

BLICKPUNKT BUNDESTAG



Dezember 7/2005
2,00 Euro
ISSN 14359146
G10624

www.blickpunkt-bundestag.de



Rollenwechsel im Bundestag

Neue Mehrheiten, neue Aufgaben

Im Gespräch
Bundestagspräsident
Norbert Lammert

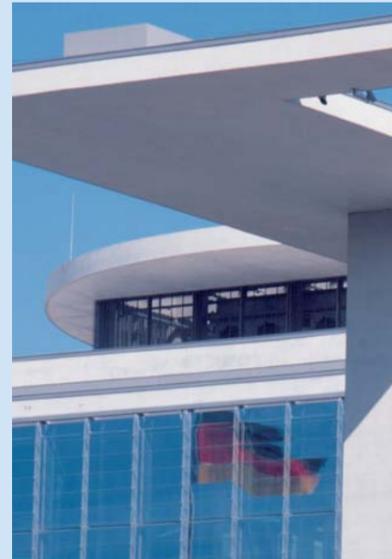
Sonderthema
Deutscher Bundestag
16. Wahlperiode



Titel
 9 „Als Institution stärker zu Wort melden“
 Norbert Lammert
 im BLICKPUNKT-Gespräch



Details
 42 Häuser und Räume 1:
 Das Herzstück



Debatte
 44 Ideen für die Demokratie
 von morgen
 Zukunftsforum Parlament

Essay

3 Nach 15 Jahren – Polen,
 Deutschland und die Einheit
 Von Adam Krzemiński

Titel

4 Neue Mehrheiten,
 neue Aufgaben
 Rollenwechsel im Bundestag

Abschied & Willkommen

14 Loslassen können
 Rainer Eppelmann, CDU/CSU

16 Wie das Leben spielt
 Sevim Dagdelen, Die Linke.

Inkognito

18 Ein liebenswürdiger Streiter

Sonderthema

16. Wahlperiode

20 Rundblick durchs Parlament
 Der 16. Deutsche Bundestag

26 Kollegiale Balance
 Das Präsidium

31 „Vorbild Bundestag“
 Interview: Prof. Werner Patzelt

32 In vorderster Front
 Die Fraktionsvorsitzenden

38 Information
 Wahlstatistik 2005

Menschen

39 Sicher den Himmel stürmen
 Höhenretter im Bundestag

Debatte

50 Wie souverän ist der
 Souverän?
 Streitgespräch:
 Stellung des Parlaments

Panorama

53 Die nächste Etappe
 Begegnungen im Parlamentsviertel

54 Drei Fragen an Abgeordnete
 Detlef Dzembritzki, SPD

54 Buchtipp
 Von Jens Ackermann, FDP

55 Großer Zapfenstreich
 fürs Parlament
 Report: Fünfzig Jahre Bundeswehr

56 Immer noch Lust auf Politik?
 Experten: Jakob Maria Mierscheid

Nach 15 Jahren – Polen, Deutschland und die Einheit

ESSAY

Ein Essay von Adam Krzemiński

Jahrzehntelang lautete eine der – auch von Nichtkommunisten vertretenen – Faustregeln der polnischen Politik, die Teilung Deutschlands liege im vitalen Interesse Polens, zumal die damalige Bundesrepublik mit der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zögerte. Trotzdem glaubte kaum jemand – auch nicht in der kommunistischen Führung Volkspolens –, dass sich dieses „rote Preußen“, das eigentlich nur ein sowjetisches Aufmarschgebiet war, auf Dauer in Europa etablieren würde. Die DDR störte wegen ihres rigorosen Autoritarismus und muffig-arroganten Dogmatismus, doch sie galt als ein Bollwerk der neuen polnischen Grenze. Das änderte sich nach Willy Brandts Kniefall in Warschau.

Es ist ein Verdienst der demokratischen Opposition in Polen, dass sie bereits Ende der 70er Jahre das Undenkbare dachte und eine diametrale Umkehr im polnischen Denken über Deutschland wagte. Nicht die Teilung, sondern gerade die Vereinigung Deutschlands liege im polnischen Interesse, schrieben die Strategen der „Solidarność“ in den 80er Jahren, und sie sagten es auch laut und deutlich im August 1989, als sie schon frei gewählte Sejm-Abgeordnete waren, während die Berliner Mauer immer noch gegen jegliche tektonische Erschütterungen in Mitteleuropa gesichert zu sein schien.

Anders als aus Paris und London gab es aus Warschau in den hitzigen Monaten des Jahres 1990 keine Versuche, die DDR zu retten. Im Gegenteil: Die polnischen Politiker sprachen von einer – bis dahin unerhörten – deutsch-polnischen Interessengemeinschaft. Beide Länder seien an einer Vereinigung Deutschlands ebenso interessiert wie an einer Anbindung Polens an die westlichen Institutionen.

Auch wenn es meist verkannt wird: Die politischen Biographien Deutschlands und Polens sind an vielen Stellen eng miteinander verflochten und bedingen einander. Beide Länder haben im 20. Jahrhundert ihre Wiedervereinigung erlebt, Polen – nach über hundert Jahren – 1919, Deutschland – nach vierzig Jahren – 1989. Die polnische verlief in der unbeständigen Welt nach dem Ersten Weltkrieg stürmischer, die deutsche nach der erfolgreichen friedlichen Revolution gegen die 1944/48 von Stalin aufgezwungene kommunistische Herrschaft in Ostmitteleuropa harmonischer.

Der Unterschied ist allerdings, dass im polnischen Falle alle drei Teilungsgebiete – das preußische, das russische und das österreichische – einen gleichberechtigten Beitrag zur neuen Staatlichkeit leisteten und damit auch zu wich-

tigen Elementen des nationalen Selbstwertgefühls wurden, während im deutschen Fall der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik die „Mauer in den Köpfen“ und den „Ossi-Wessi-Gegensatz“ nicht automatisch beseitigte. Am 3. Oktober 1990 war die Feier der Einheit dezent heiter, ohne jegliches nationales Bramabarsieren, und das Vertrauen der Ostdeutschen in die heilsame Wirkung der westdeutschen Republik war uneingeschränkt, was sich auch im Sieg der Partei Helmut Kohls bei den ersten Bundestagswahlen im vereinten Deutschland ausdrückte.

15 Jahre danach scheint die innere Vereinigung Deutschlands noch immer nicht vollendet zu sein. Von außen gesehen blühen die Landschaften der neuen Bundesländer – die neuen Autobahnen und Brücken, die neu gebauten Bauern- und die renovierten Bürgerhäuser – tatsächlich. Nur lassen neue Gründerjahre in der Ex-DDR nach wie vor auf sich warten. Das Herz der deutschen Wirtschaft schlägt weiterhin vor allem entlang der Rheinschiene. In Ostdeutschland dagegen ist die Stimmung mies, die Arbeitslosigkeit hoch und die Nachfolgepartei der alten SED regional die stärkste Partei.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Erweiterung der EU auch Ostdeutschland einen Schub geben wird. Die Stimmung in Sachsen, Brandenburg oder Mecklenburg-Vorpommern gegenüber den Nachbarn im Osten hat sich in den letzten Jahren merklich gebessert. Vergessen sind die „Brötchenkriege“ deutscher Bäcker in Frankfurt/Oder gegen ihre polnischen Wettbewerber, es verfliegt auch die Angst vor polnischer Konkurrenz auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Dagegen wächst allmählich die Hoffnung, dass irgendwann einmal der Motor der Osterweiterung auch für die Ostdeutschen anspringen wird. Und wenn das eintrifft, werden auch die Populisten auf beiden Seiten von Oder und Neiße den Wind in den Segeln verlieren, der ihnen momentan noch kräftig in den Rücken weht.



Foto: Picture-Alliance
 Lech Walesa und Bundespräsident Horst Köhler beim Festakt „25 Jahre Solidarność“.



Foto: Mecom/Poklekowski
 Der Publizist Adam Krzemiński, Jahrgang 1945, ist seit 1971 Redakteur der polnischen Tageszeitung „Polityka“. Krzemiński hat in Warschau und Leipzig studiert und gilt als exzellenter Kenner der deutsch-polnischen Beziehungen. Er arbeitet unter anderem für „Die Zeit“, das deutsch-polnische Magazin „Dialog“ und für die Polnisch-Deutsche Gesellschaft in Warschau.



Wenn der Wähler gesprochen hat, geht beim Bundestag alles auf Anfang. Immer ändert sich die Zusammensetzung, meistens das Kräfteverhältnis, und manchmal verändert sich noch viel mehr. Die Wählerinnen und Wähler sorgen für sichtbaren Wandel. So auch dieses Mal. Minister verlassen die Regierungsbank und werden „Hinterbänkler“, eine Oppositionsfraktion wird zur stärksten Kraft, ein ehemaliger Vizepräsident wird Präsident des Deutschen Bundestages.

Zudem sind Abgeordnete ins Parlament eingezogen, die vorher beruflich auf ganz anderen Feldern jenseits der Politik aktiv waren. Der neue Bundestag startet unter dem Vorzeichen des Rollenwechsels.

Text: Gregor Mayntz,
Fotos: Deutscher Bundestag, Picture-Alliance,
Photothek



Rollenwechsel im Bundestag

Neue Mehrheiten, neue Aufgaben



Die innere Aufregung hat sich schnell gelegt. Elisabeth Scharfenberg (Bündnis 90/Die Grünen) ist in Berlin angekommen.

Schon die erste, die konstituierende Sitzung des neu gewählten Bundestages lässt die Veränderung deutlich werden. Der noch amtierende Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen) steuert nicht die Regierungsbank an, wo er sieben Jahre gesessen hat, nicht die ersten Reihen seiner Fraktion, von wo er zuvor viele Jahre Politik gemacht hatte, er setzt sich in die letzte Reihe. Vom Vizekanzler zum viel zitierten „Hinterbänker“. Krasser kann sich ein Rollenwechsel optisch kaum ausdrücken.

Zudem führen die neuen Mehrheitsverhältnisse zum Rollentausch. Da die Wähler die Unionsfraktion dieses Mal stärker als die SPD-Fraktion gemacht haben, stellt die Union auch den Bundestagspräsidenten. Norbert Lammert (CDU/CSU), bislang Vizepräsident, wird Präsident. Wolfgang Thierse (SPD), bislang Präsident, wird Vizepräsident. Das heißt Kontinuität und Wandel zugleich.

Rollentausch auch bei den Fraktionen: Schon früh zeichnet sich ab, dass es auf eine große Koalition hinauslaufen wird. Dass die Union von der Oppositions- auf die Regierungsbank wechselt. Das bedeutet: Die FDP ist nun nicht mehr die kleine, sondern die größte Oppositionsfraktion. Nach parlamentarischem Brauch wird ihr somit der Vorsitz im wichtigen Haushaltsausschuss zugestanden. In jenem Gremium also, das in ganz besonderer Weise die Kontrolle des Regierungshandelns durch das Parlament zum Ausdruck bringt.

Die neue Zusammensetzung des Bundestages bedeutet auf den zweiten Blick viel, viel mehr, als die veränderte Sitzordnung, der Einzug einer fünften Fraktion und die gewandelten Zahlen bei den anderen vermuten lassen. Der Bundestag ist eben nicht nur von 601 auf 614 Abgeordnete angewachsen, die Linkspartei.PDS nicht nur von zwei fraktionslosen Abgeordneten auf 54 Fraktionsmitglieder angestiegen, die FDP hat nicht nur 14 Mandate hinzugewonnen, die SPD nicht nur 27, die Union nicht nur 21 und Bündnis 90/Die Grünen nicht nur vier Abgeordnete verloren. Dahinter verbirgt sich ein weit reichender Wechsel in der Zusammensetzung: Mehr als 160 Abgeordnete sind neu in den Bundestag eingezogen – 142 von ihnen übernehmen zum allerersten Mal ein Bundestagsmandat.

Abgeordnete der CDU/CSU während der Konstituierung.



Für jeden und jede sind möglichst schnell Mitarbeiter, Büroräume, Technik zu besorgen, damit er oder sie arbeiten und den Auftrag der Wähler wahrnehmen kann. Eine logistische Herausforderung ersten Ranges. Denn natürlich sollen die Mitglieder der einzelnen Fraktion im räumlichen Zusammenhang untergebracht sein. Der Wechsel der Rollen bringt es zudem mit sich, dass Mitarbeiter neue Aufgaben übernehmen. Zwischen den Büros von alten und neuen Abgeordneten findet reger Austausch statt, vereinzelt auch zwischen Fraktionsverwaltungen und Ministerien.

Der Morgen vor der ersten Sitzung

Die Herkulesaufgabe der Umorganisation läuft geräuschlos im Hintergrund ab. Und auch von den Einschnitten ins Leben bei vielen Neulingen erfährt die Öffentlichkeit kaum. Dabei nimmt auch dieser persönliche Rollenwechsel in der Empfindung oft große Dimensionen an. Elisabeth Scharfenberg, neu gewählte Abgeordnete für Bündnis 90/Die Grünen, beschreibt die irgendwie unwirklich scheinende Situation am Morgen vor der ersten Bundestagsitzung, als sie in der Küche ihrer neuen Berliner Wohnung saß, einen Kaffee trank und sich erst bewusst machen musste, was nun passieren würde. „Machst du alles richtig? Gehst du im richtigen Moment an den richtigen Ort?“ Aber die innerliche Aufregung legte sich schnell: „Wenn sich dieser ganze Strom in Bewegung setzt, dann funktioniert das auch.“



Gut gelaunt: Konrad Schily (FDP) und der liberale Parteichef Guido Westerwelle.

Wie der Bundestag von innen ist, das hat die freiberufliche Berufsbetreuerin aus Oberfranken überrascht: „Dieser ganze Apparat, das ging über meine Vorstellungskraft hinaus.“ Aber die Eingewöhnung fiel leicht. „Ich habe das Gefühl, dass ich mich relativ schnell in die Strukturen einfinde.“ Die Aufnahme in der Fraktion, die Hilfestellungen, ganz einfach Orientierung: „Das braucht man, und das bekommt man.“ Und ihr persönlicher Rollentausch? „Im Moment habe ich das Gefühl, dass mein altes Leben so ein bisschen abgewickelt wird.“ Kein abrupter Bruch. Als Freiberuflerin gehen die Mails, die Briefe, die Telefonate wie gewohnt bei ihr ein, müssen parallel zum Eingewöhnen ins neue Leben bearbeitet werden. „Es geht nicht, dass ich einfach irgendwo ‚Tschüß‘ sage.“

Beifall für ein „Nachwuchstalents“

Mit Abschiednehmen ist auch Johann-Henrich Krummacher in diesen Tagen beschäftigt. Der evangelische Pfarrer ist für die CDU/CSU in den Bundestag eingezogen. Dienstwohnung aufgeben, den Direktorenschreibtisch der Evangelischen Akademie in Bad Boll räumen, ein neues Büro in Berlin aufbauen. Viel Organisatorisches bedeutet für ihn der Rollenwechsel. Umso mehr freute er sich, dass der Bundestag an den Anfang seiner Arbeit einen ökumenischen Gottesdienst stellte: „Das zeigte, dass die Politik nur in einem begrenzten Umfang tätig wer-

den kann und wir auch mit einer gewissen Demut an das Geschäft herangehen sollen.“

Weil er zuvor schon viele Jahre in der Politikbegleitung tätig war, hatte er eine relativ klare Vorstellung von den Abläufen. Doch nun fällt ihm auf, dass die Prozesse, die man sonst nur von außen wahrnimmt, im Inneren doch sehr viel Zeit beanspruchen. Er hat für seine Partei in Oppositionszeiten kandidiert, nun wurde er in eine Regierungsfraktion gewählt – wie spürt er diesen doppelten Rollenwechsel? Ihm fallen die ersten Fraktionssitzungen ein, mit Themen, bei denen es um Leben und Tod ging, etwa um den Anti-Terror-Einsatz der Bundeswehr „Enduring Freedom“. Krummacher: „Ich denke, da ist das Gewissen eines Abgeordneten gefragt.“ Seine neue Aufgabe hätte

Angela Schmid, Abgeordnete der 15. Wahlperiode, übergibt ihr Büro an Jo Krummacher (CDU/CSU).



er nicht angetreten, wenn seine Frau und seine Kinder dies nicht mitgetragen hätten. „Mittragen“ hört sich in Neudeutsch freilich viel krasser an: Den Rollentausch des Vaters fänden die Söhne einfach nur „affengeil“.

Wie er den Rollenwechsel erlebt hat? „Ich wechsele noch“, sagt Konrad Schily, der für die FDP in den Bundestag neu einzog und von seinem Bruder, dem langjährigen Innenminister Otto Schily als Alterspräsident in der Eröffnungsrede des Bundestages als „junges Nachwuchstalents“ persönlich begrüßt worden war. Und zwar als einer, „der im jugendlichen Alter von 67 Jahren eine hoffnungsvolle politische Karriere beginnt“. Das Sitzungsprotokoll vermerkt „Heiterkeit und Beifall“. Der Angesprochene im Nachhinein: „Ich wurde Gegenstand eines Gags – das war ja nicht ich, denn so rollengewechselt bin ich noch nicht, dass ich das verwechseln könnte.“

Schreiben als Schutzmaßnahme

Schily fühlt sich derzeit an die Semestereröffnung in Basel erinnert, als er vor vielen Jahren sein Studium begann. Auch damals mit Gottesdienst, auch damals wusste man nicht so genau, wo es hingehen würde. Und wie damals hat Schily auch jetzt geschaut, wo die erfahrenen Kollegen hingehen. Vieles sei gewöhnungsbedürftig. Etwa herauszufinden, welche von den vielen Papieren wichtig sind. Der langjährige Universitätschef in Witten-Herdecke entdeckte „eine andere Art zu



Liedermacher, Schriftsteller – und nun Abgeordneter.
Diether Dehm (Die Linke.) ist in verschiedenen Rollen zu Hause.

denken“ in seiner neuen Rolle: Man versuche ständig, das Besondere ins Allgemeine zu bringen. Und wie empfindet er nun den Parlamentsbetrieb, den er bislang nur aus den Berichten seines Bruders kannte? Schily antwortet mit einem Erlebnis: „Ein Vetter hat mir mal einen Film so spannend erzählt, dass ich auch ins Kino gerannt bin, um ihn mir anzuschauen. Anschließend wusste ich: Schade, die Schilderung war viel besser.“

Er ist Autor, Liedermacher – und nun Abgeordneter. Aber Jörg-Diether Dehm-Desoi, der für die Die Linke. in den Bundestag einzog, hat noch einen weiteren Vergleich. Vor mehr als einem Jahrzehnt kam er schon einmal ins Parlament, als SPD-Abgeordneter. Der Rollenwechsel jetzt ist für ihn jedoch völlig anders: „Damals bin ich in fertige Strukturen nachgerückt, diesmal fange ich sozusagen freihändig an.“ Noch ist sich Dehm nicht sicher, ob der Rollenwechsel gelingt, ja, ob er ihn so radikal überhaupt will.

Die meisten Künstler vor ihm hätten es im Bundestag nicht so lange durchgehalten. Seine Vermutung: Die Politik verhunze die Sprache, lasse Künstlern nicht genügend Raum zur Entfaltung. Dehm nimmt sich deshalb vor, für sich selbst „energische Grenzlinien zu ziehen“. Dehm will „durchhalten“ und gleichzeitig künstlerisch tätig sein, etwa weiterhin gemeinsam mit „Tatort-Kommissar“ Peter Sodann und Liedermacher Konstantin Wecker an monatlichen Literaturproduktionen für Hörbücher und Radiostationen

arbeiten. Und den Roman über die Innenansichten der Sozialdemokratie anhand einer Liebesgeschichte will er auch fertig bekommen. „Für mich ist das Schreiben auch eine gewisse therapeutische Schutzmaßnahme gegen bestimmte Formen des Parteichinesisch.“

Wissenschaftler mit eigenem Wahlkreis

Auch Karl Lauterbach, der für die SPD in den Bundestag eingezogen ist, möchte an seinem Beruf festhalten. Im Parlament gebe es sicher nicht zu wenig Exwissenschaftler, aber zu wenig aktive Wissenschaftler. Der Professor will weiter über Gesundheitsökonomie und Epidemiologie forschen. Ein gedämpfter Rollentausch also. Zumal er als Politikberater oft

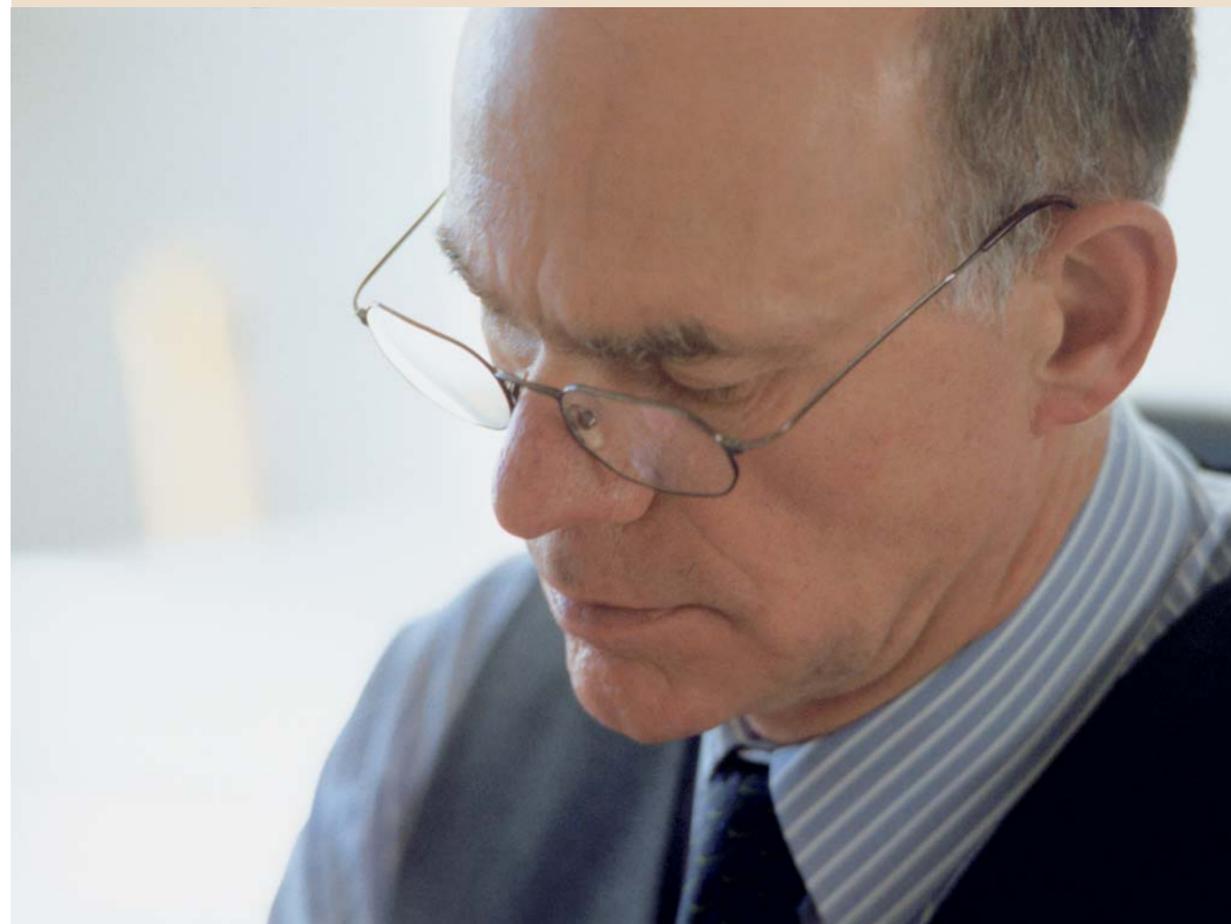
Karl Lauterbach (SPD) will auch als Abgeordneter über Gesundheitsökonomie und Epidemiologie forschen.



schon in Ausschusssälen bei Anhörungen gesessen hat – allerdings „auf der anderen Seite des Tisches“. Seine ersten Eindrücke? „Ich bin überrascht, wie viel Zeit Organisations- und Personaldiskussionen beanspruchen.“ Man müsse darauf achten, nicht in Stellungskriege hineingezogen zu werden und stattdessen mehr über Inhalte sprechen.

Aber das sei das Einzige, das ihm negativ aufgefallen sei. Die Prophezeiung, Seiteneinsteiger wie er hätten es schwerer, habe er nicht bestätigt gefunden. Kollegial und in guter Atmosphäre sei er aufgenommen worden. Als besondere Herausforderung sieht er seine Absicht, sich mehr in der Parteipolitik zu engagieren. Diese Freiräume könne er sich jedoch nur schaffen, „wenn ich mich nicht zu sehr verschleiß in Funktionen, die ich erst mal lernen müsste“. Bedeutet es eine Umstellung für einen Professor, einen Wahlkreis zu betreuen? Lauterbach beschreibt das „Glück“, einen Wahlkreis in unmittelbarer Nähe bekommen und diesen auch direkt gewonnen zu haben. Er „genieße“ ihn als ein „Stück Heimat“ und fühle sich als direkt gewählter Repräsentant besser, als wenn der den Einzug über die Liste geschafft hätte. Der Wahlkreis sei „Bereicherung und Verantwortung“.

Rollenwechsel – mal schneller, mal langsamer, mal radikal und mal begrenzt. Aber niemand bereut „die Rolle vorwärts“ ins Parlament. Alle freuen sich auf eine „spannende Zeit“.

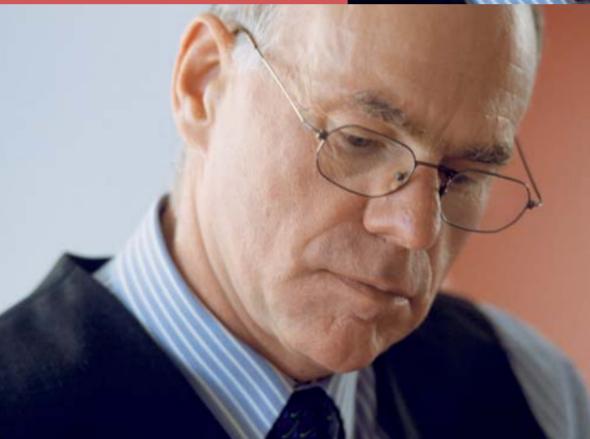
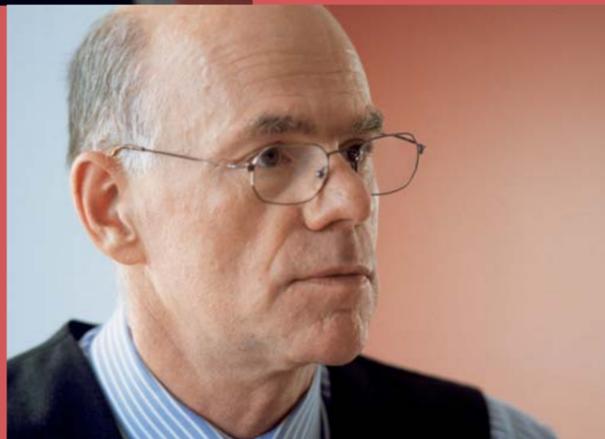


Bundestagspräsident Norbert Lammert im BLICKPUNKT-Gespräch

„Als Institution stärker zu Wort melden“

Norbert Lammert liebt seine Heimatstadt Bochum und den Fußballverein VfL – und ist doch längst begeisterter Berliner geworden. Im Gespräch mit BLICKPUNKT BUNDESTAG verrät der neue Präsident des Bundestages, wie er die Rolle des Parlaments interpretiert, was er von Regierungskommissionen und Talkshow-Kabinetten hält und welche Position er in der Fußballmannschaft des Bundestages gespielt hat.

Interview: Sönke Petersen, Fotos: studio kohlmeier, Deutscher Bundestag



„Dass der Bundestag das entscheidende politische Forum der Nation ist, steht außerhalb jeder ernsthaften Debatte.“

Blickpunkt Bundestag: Herr Präsident, mit Ihrer Wahl zum 12. Präsidenten des Bundestages sind Sie nicht nur oberster Repräsentant des Parlaments, sondern zugleich auch – nach dem Bundespräsidenten, aber vor der Bundeskanzlerin – protokollarisch zweiter Mann im Staate. Warum ist das eigentlich so?

Norbert Lammert: Der Bundestag ist das einzige direkt vom Volk gewählte Verfassungsorgan. Der protokollarische Rang der Parlamentspräsidenten ist keine Reverenz gegenüber der jeweiligen Person, sondern gegenüber dem Souverän: dem deutschen Volk.

Blickpunkt: Wird der hohe Status den Menschen Norbert Lammert verändern?

Lammert: Hoffentlich nicht.

Blickpunkt: Ihr neues Amt bindet Sie noch stärker als zuvor an Berlin. Welche Bedeutung hat die Hauptstadt für Sie? Immerhin sind Sie mit Herz und Seele Bochumer.

Lammert: Natürlich bleibe ich Bochumer – „Bochum, ich komm’ aus dir, Bochum, ich häng’ an dir ...“ – aber ich bin längst Berliner geworden: Die Stadt ist auch jenseits der Politik ebenso anregend wie aufregend.

Blickpunkt: Können Sie heute noch nachvollziehen, warum es vor 15 Jahren so eine erbitterte „Schlacht“ zwischen Bonn und Berlin gab?

Lammert: Ja, aber es gibt wenig vergleichbare „Schlachten“, deren Ergebnis so schnell so breit akzeptiert worden ist.

Blickpunkt: Welches Amtsverständnis haben Sie und wie wird das Ihre Amtsführung prägen?

Lammert: Ich weiß nicht, ob ich ein besonderes Amtsverständnis habe. Die Rechte und die Pflichten des Präsidenten sind in der Geschäftsordnung eindeutig formuliert, und ich glaube nicht, dass irgendjemand den Ehrgeiz hätte – ich jedenfalls nicht –, über diese dort festgelegten Funktionen hinaus Zuständigkeiten für sich zu reklamieren. Und noch weniger kann ich mir vorstellen, dass irgendjemand für sich erklärt oder mindestens beabsichtigt, irgendeiner dieser ausdrücklich formulierten Aufgaben nicht nachzukommen. Der spannende Teil ist also nicht so sehr, wie das Amtsverständnis jeweils einzeln aussieht, sondern mit

welcher persönlichen Handschrift es wahrgenommen wird.

Blickpunkt: Und welche Handschrift wird das sein?

Lammert: Nun, man hat ja schon drei laufende Jahre konkrete Erfahrungen mit meiner Handhabung des Amtes machen können, nämlich immer da, wo ich es in Vertretung des damaligen Präsidenten wahrgenommen habe.

Blickpunkt: Sie gelten, Herr Präsident, als Mann mit viel Humor. Werden Sie Ihr Amt mit Würde, aber auch mit Witz und Ironie ausüben?

Lammert: Ganz sicher. Für mich gibt es, was den Ablauf von Plenarsitzungen angeht und auch anderer politischer Gremien, die nicht in gleicher Weise unter dauernder öffentlicher Aufmerksamkeit stehen, keinen Gegensatz zwischen Ernsthaftigkeit und Fröhlichkeit. Das sollte man auch nicht gegeneinander ausspielen. Es muss schon ernsthaft zugehen, aber es muss nicht steif und langweilig sein.

Blickpunkt: Sie sind nicht nur humorvoll und äußerst kulturinteressiert, sondern auch sport- und fußballbegeistert. Wer darf hier auf Ihr Interesse hoffen?

Lammert: Als gebürtiger Bochumer bin ich, wie sich das gehört, seit Jahrzehnten zahlendes und leidendes Mitglied des VfL Bochum. Die Aufregung über die jeweiligen Spielergebnisse wird nur durch die gelegentliche Spannung an Wahlabenden noch überboten. Die eigenen aktiven Möglichkeiten sind im Laufe der Zeit naturgemäß etwas eingeschränkt worden. Immerhin habe ich viele Jahre in der Fußballmannschaft des Deutschen Bundestages mitgespielt.

Blickpunkt: In welcher Position?

Lammert: Das werden Sie nicht für möglich halten: In der Regel habe ich Rechtsaußen gespielt, also just auf der Position, in der mich die eigene Fraktion politisch ganz sicher nicht vermutet hätte.

Blickpunkt: Nun sind die politischen Verhältnisse nicht ganz einfach. Es gibt wieder fünf Fraktionen im Parlament, zudem wird eine Große Koalition unser Land regieren. Sind das erschwerte Bedingungen für den neuen Präsidenten?

Lammert: Es sind andere, ob es erschwerte Bedingungen sind, warten wir mal ab.

Blickpunkt: Wie wollen Sie der Gefahr begegnen, dass die kleinen Fraktionen angesichts der breiten Mehrheit des Regierungslagers unter die Räder kommen? Wie wird der Umgang mit den kleinen Fraktionen – also mit der Opposition – sein?

Lammert: Ob unter den Bedingungen einer Großen Koalition für die Ausgestaltung der Minderheitenrechte der Opposition, etwa mit Blick auf Quoren für bestimmte Initiativrechte, Modifizierungen erforderlich werden, muss man sich in Ruhe ansehen. Wenn konkrete Situationen auftreten, bei denen Zweifel daran bestehen, ob hier nun eine hinreichend wirkungsvolle Wahrnehmung der Rechte möglich ist, die eine Opposition haben muss, werde ich persönlich ganz sicher ein hartnäckiger Verfechter der Interessen der Opposition sein, und zwar nicht im Interesse der jeweiligen Fraktion, sondern im Interesse der Aufgaben des Parlamentes.

Blickpunkt: Nun neigt womöglich gerade eine Große Koalition dazu, wichtige Entscheidungen in kleine Zirkel und Koalitionsrunden zu verlegen. Fürchten Sie, dass dies auch jetzt wieder passieren wird?

Lammert: Ich gehe fest davon aus, dass es in dieser Legislaturperiode, wie in allen Perioden zuvor, neben der förmlichen Arbeit an Gesetzen, Entschließungen, politischen Initiativen auch informelle Gremien gibt, die solche Arbeiten vorbereiten und begleiten. Ich finde das auch vollständig unproblematisch. Es ist eine Fehleinschätzung, dass das eine Fehlentwicklung der letzten Jahre sei. Es wäre ein schönes Thema für eine Diplomarbeit, einmal zu untersuchen, welche der großen Gesetzesvorhaben in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ohne vorbereitende Arbeit von Kommissionen, entweder im Auftrag der jeweiligen Regierungen oder des Parlamentes, zustande gekommen sind. Ich finde im Übrigen das, was sich im Umfeld des Parlaments an solchen Gremien bildet, noch weniger problematisch als das, was sich im Umfeld von Regierungen bildet. Das im Regierungshandeln versteckte Vorarbeiten ist regelmäßig viel weniger öffentlich transparent.





Blickpunkt: Erwarten Sie mit dem Einzug der Linkspartei.PDS heftigere Auseinandersetzungen im Parlament, zumal es ja alte Rechnungen und Rivalitäten mit der SPD gibt?

Lammert: Nein, die erwarte ich nicht. Wer so lange dem Bundestag angehört wie ich, hat jede Gangart bereits erlebt. Diejenigen, die an der Stelle ganz besondere Temperamentsausbrüche erwarten, haben vermutlich schlicht frühere Erfahrungen nicht mitgekriegt.

Blickpunkt: Herr Präsident, Sie haben gesagt, der Bundestag sei nicht das Vollzugsorgan der Regierung, sondern ihr Auftraggeber. Dennoch ist immer wieder von Kompetenz- und Machtverlust des Parlaments die Rede. Waren das nur schöne Worte oder werden Sie die Souveränität des Parlamentes verteidigen?

Lammert: Die Bemerkung war ausdrücklich nicht als rhetorische Floskel gemeint. Wir haben in Deutschland ein parlamentarisches Regierungssystem. Das bedeutet zum einen, dass das Volk, dass die Wählerinnen und Wähler nicht die Regierung wählen, sondern das Parlament. Und dass das Parlament durch die durch Wählerentscheid gegebenen Mehrheitsverhältnisse eine Regierung bestellt und gegebenenfalls auch abberuft. Daraus ergibt sich wiederum zwangsläufig eine viel stärkere Zuordnung von Regierungsarbeit und Parlamentsarbeit der Mehrheitsfraktionen, als es in anderen politischen Systemen mit stärkerer Trennung zwischen Regierung und Parlament der Fall ist. Weil das so ist, muss man umso mehr, jedenfalls von Zeit zu Zeit, daran erinnern, dass diese unvermeidliche, durch unsere Verfassung gewollte Zusammenarbeit eben nicht bedeutet, Zentrum des politischen Systems sei die Regierung, und zu den Hilfsorganen gehöre das Parlament. Wenn überhaupt, ist es umgekehrt.

Blickpunkt: Verliert der Bundestag nicht doch an Gestaltungseinfluss, wenn, wie in der letzten Legislaturperiode, Kommissionen und Vermittlungsausschuss bis ins Detail und aufs Komma Vorgaben machen? Manche Abgeordnete wussten nachher gar nicht mehr, worüber sie abstimmten.

Lammert: Ein glänzendes Beispiel für meine These! Denn der Vermittlungsausschuss ist eben keine der vielen beschimpften Kommissionen, sondern ein in unserer Verfassung vorgesehene Organ zur Überwindung unterschiedlicher Positionen der beiden Verfassungsorgane Bundestag und Bundesrat.

Blickpunkt: Herr Präsident, was kann man tun, um das Selbstbewusstsein des Parlaments zu stärken?

Lammert: Ich habe nicht den Eindruck, dass man einen Freundeskreis zur Unterstützung vergrößerten Selbstbewusstseins der Parlamentarier gründen müsste. Dieses Selbstbewusstsein ist schon da, individuell in der Regel prächtig entwickelt. Es sollte in bestimmten Situationen vielleicht auch mal als Institution sich stärker zu Wort melden. Also, ich mache mir keine Sorgen, dass wir uns in Zukunft mit Minderwertigkeitskomplexen auseinander setzen müssen.

Blickpunkt: Was sagen Sie zu der Kritik, manche Talkshow im Fernsehen sei inzwischen politisch wichtiger und ergiebiger als viele Parlamentsdebatten?

Lammert: Dazu drei Bemerkungen: Auf die Programmgestaltung der öffentlich-rechtlichen wie schon gar der privaten Rundfunk- und Fernsehanstalten hat der Deutsche Bundestag keinen Einfluss, will er auch keinen Einfluss nehmen. Ob es zur Strahlkraft der Fernsehanstalten beiträgt, dass zu jeder Tages- und Nachtzeit auf den allermeisten Kanälen diese Talkshows zu besichtigen und anzuhören sind, mögen andere entscheiden. Zweitens:

Der Deutsche Bundestag hat kein Monopol auf Meinungsbildung, nie gehabt, weder qua Verfassung noch in der politischen Realität. Aber drittens: Dass er das entscheidende politische Forum der Nation ist, steht genauso außerhalb jeder ernsthaften Debatte. Selbst eine Multiplizierung der Anzahl der Talkshows würde nichts daran ändern, dass der prinzipielle Unterschied zwischen einer Talkshow und einer Parlamentsdebatte darin besteht, dass die zweite zu einer Entscheidung führt und die erste, wenn's gut geht, zur Information, meist mehr zur Unterhaltung beiträgt.

Blickpunkt: Rund 2,6 Millionen Menschen besuchen im Jahr die gläserne Kuppel auf dem Reichstagsgebäude. Fällt mit diesem großen Zuspruch auch Glanz auf das Parlament?

Lammert: Ich würde lieber fragen, ob es nicht ein schöner Nachweis für die Attraktivität des deutschen Parlaments ist, dass der Sitz des Bundestages gleichzeitig die mit Abstand größte Berliner Touristenattraktion ist. Ich denke schon, dass die Attraktivität der Kuppel mit dem atemberaubenden Blick auf die Stadt auch mit einem gewissen Interesse an der Arbeitsweise des Bundestages verbunden ist.

Blickpunkt: Welchen Stellenwert hat für Sie die öffentliche Darstellung des Parlaments? Und: Was wäre hier verbesserbar?

Lammert: Es ist überall etwas verbesserbar. Ich habe in meiner Antrittsrede ausdrücklich darauf hingewiesen, dass weder Parteien noch Parlamente, weder Regierungen noch Oppositionen sich gegenwärtig auf dem Höhepunkt ihres öffentlichen Ansehens befinden. Dafür gibt es viele Gründe, allerdings keinen einfachen und keinen eindeutigen Zusammenhang. Wir müssen das ernst nehmen. Gerade, weil es kein Patentrezept gibt und weil wir auch nicht die einzigen sind, die auf das Ansehen von Parlamenten einwirken, müssen wir jedenfalls den Einfluss, den wir selber haben, tatsächlich wahrnehmen.

i Ein biografisches Porträt von Bundestagspräsident Norbert Lammert lesen Sie im Sonderthema auf Seite 27.



Abschied und Willkommen

Nach jeder Bundestagswahl gibt es ein neues Parlament. In diesem Jahr beginnt für 142 Menschen ein Leben und die Arbeit als Bundestagsabgeordnete. Fast genauso viele Menschen haben diesen Teil ihrer politischen Laufbahn beendet. Sie wurden nicht wieder gewählt oder sind freiwillig ausgeschieden. Für die einen wie die anderen heißt es nun: Alles wird anders. Und die einen wie die anderen sind neugierig darauf, wie es wird.

Texte: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier



Loslassen können

Rainer Eppelmann hat den Bundestag verlassen. Eine Zeit ist zu Ende, von der einiges Bestand haben wird. An Plänen für das neue Leben mangelt es nicht.

Er schlägt vor, sich in Berlin-Mitte zu treffen. In der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in der Otto-Braun-Straße. Die ist schon lange ein Teil seines Lebens als Politiker. Nun wird dieser Teil größer werden. Viel größer, wenn es nach Rainer Eppelmann geht. Von jetzt an wird er mehr als bisher über seine Tage, seine Arbeit und seine Leidenschaften bestimmen können. Sein Leben als Bundestagsabgeordneter war einem vorgegebenen Rhythmus unterworfen. Gestaltungsspielräume gab es genug – doch lag ihnen ein bestimmtes Raster zu Grunde. Nun, mit 62 Jahren, macht Rainer Eppelmann, was er will. Und er will vieles. Die Flure der Stiftung sind mit Plakaten verschönt und ihre Wände leuchten hell. Das macht das Haus, in dem einst die Statistiker der DDR saßen, erträglich. Denn schön ist es nicht. Rainer Eppelmann läuft schnell,

grüßt in dieses und jenes Zimmer und redet dabei fast ohne Unterlass. Er hat viel zu sagen und er berlinert mehr, als man vorher glauben mochte. Das passt aber zu ihm.

Enquete-Kommissionen

Den Beschluss des Bundestages zur Errichtung der Stiftung fasste er 1998 als Abgeordneter mit. Und da er in den Jahren zuvor Vorsitzender zweier großer Enquete-Kommissionen war, die mit der Aufarbeitung der Geschichte und mit den Folgen der SED-Diktatur und mit der Überwindung dieser Folgen im Prozess der Deutschen Einheit befasst waren, war es nur logisch, dass Rainer Eppelmann Vorsitzender der Stiftung wurde.

Das werde er nun, sagt er, mit viel mehr Zeit und Möglichkeiten und Kraft sein können. Dabei lehnt er sich zurück, breitet die Arme ein wenig aus,

wie um zu zeigen, dass er sich hier jetzt verankert, und dann lächelt er. Lebensabschnitte, die einen Anfang und dann auch ein richtiges Ende haben, sind dem Bürgerrechtler, dem einstigen Pfarrer der Samariter-Gemeinde in Berlin (Ost), dem gelernten Maurer und ewigen Widerständler nicht fremd. „Ich glaube“, sagt er, „15 Jahre sind für mich die passenden Zeitabschnitte. 15 Jahre war ich Pfarrer und 15 Jahre habe ich im Bundestag gesessen. Mal sehen, wie die nächsten 15 Jahre werden.“

Mal sehen. Das klingt, als könne Rainer Eppelmann die Dinge jetzt gelassen auf sich zukommen lassen. Vielleicht. Aber kann er sie denn auch hinter sich lassen?

Es sei nicht zu spät, aber viel später hätte es auch nicht werden dürfen, sagt er, um neue Schwerpunkte im Leben zu setzen. Der Prozess des Nachdenkens darüber habe bereits 2002

begonnen. Da habe er im Vorfeld der Wahlen einen Kampf gegen einen Kandidaten führen müssen, dessen Methoden fragwürdig und unfair waren. Und das sei ein Zeichen gewesen, dass die Zeiten sich sehr ändern, nicht nur zum Besseren, und dass er nicht jede dieser Veränderungen mitmachen möchte. „Jetzt mache ich aus der Kür die Pflicht, hier in der Stiftung, und es wird gut werden.“

Anfang mit Kochbüchern

Das „mal sehen“ bezieht sich für Rainer Eppelmann auch auf all das, was er nun wieder oder sogar neu lernen muss. Bundestagsabgeordneter zu sein, mache einen in gewissen Dingen des Alltags auch ein wenig unmündig, sagt er. „Ein paar Privilegien werde ich vermissen. Ich muss mir zu Hause ein richtiges Büro einrichten und ich muss lernen, wie das mit dem Computer funktioniert. Computert haben bisher andere für mich. Ich habe mir nun einen gekauft. Und ich musste feststellen, dass ich zum Beispiel nicht weiß, wie man übers Internet ein Zugticket bucht.“

Dafür kann er gut kochen, aber das erfährt man erst später, bei der Frage, welche Bücher Rainer Eppelmann nun zuerst lesen wird, wo er doch die Zeit dafür hat. „Vielleicht fange ich mit den

Kochbüchern an“, sagt er und lacht. „Die stehen zwar ganz oben im Regal, aber... Und mehr Zeit für die fünf erwachsenen Kinder und die Enkelkinder werde ich mir nehmen. Und im Bundestag werde ich auch in jeder Sitzungswoche sein, denn ich bin seit einigen Jahren in einem fraktionsübergreifenden Gebetsfrühstückskreis, an dem ich weiter teilnehmen werde.“

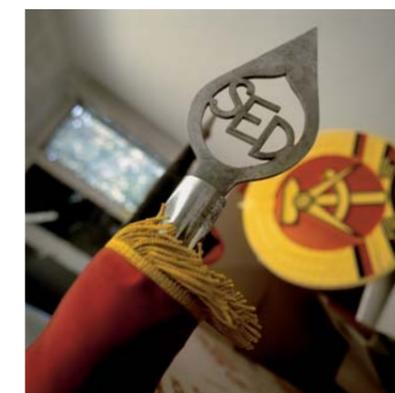
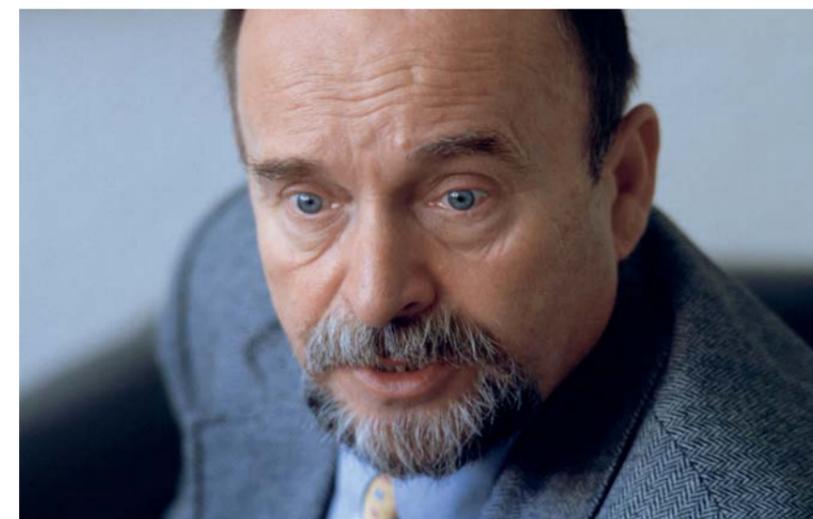
Da fängt man an, die Stunden zu addieren und denkt, dass sich der Rainer Eppelmann vielleicht irrt, wenn er all dies tun will. Die Tage werden ja nicht länger.

In den Zeitungen war vor den Wahlen zu lesen, dass mit Eppelmann eine ganze Gruppe von Abgeordneten fast verschwinden werde aus dem deutschen Parlament. Die der DDR-Bürgerrechtler nämlich. Und damit sei dann auch eine Ära zu Ende, was zu bedauern wäre. „Ach“, sagt Rainer Eppelmann, „da ist doch eine Generation Abgeordneter nachgewachsen, die eine gute Arbeit machen werden. Man muss loslassen können. Und gehen, wenn es für einen selbst der richtige Zeitpunkt ist.“

Wissen und erkennen

Was bleibt, ist natürlich die Mutter aller Fragen: Bleibt was? Und: Hat es sich gelohnt? Die 32 Bände, die aus der

„Auf diese Arbeit in den Enquete-Kommissionen bin ich stolz, und ich traue ihr Nachhaltigkeit zu.“



Arbeit der beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages hervorgingen, sind wichtig. Und sie sind einmalig in ihrer Vollständigkeit der Beschreibung eines Alltags der Unterdrückung und des Widerstandes, des Sich-Einrichtens und Damit-Lebens – oder des Verweigerens und der Flucht in einem untergegangenen Staatswesen. Wer wissen und erkennen will, dem wird es möglich gemacht, denn Wissen und Erkenntnis sind aufgeschrieben. „Und daraus sind ja auch Dinge entstanden, die weitergehen“, sagt Eppelmann. „Nicht nur die Stiftung. Forschungsarbeit wird geleistet, es wird geschrieben und nachgedacht. Auf diese Arbeit in den Enquete-Kommissionen bin ich stolz und ich traue ihr Nachhaltigkeit zu.“

Rainer Eppelmann, der gegangen ist, als er gehen wollte, fängt ein neues Leben an. Eins, das anknüpft an das Leben davor. Er muss sich dafür nicht neu erfinden. Aber ein Abenteuer ist es doch.

i Informationen zur
Stiftung Aufarbeitung:
www.stiftung-aufarbeitung.de



Wie das Leben spielt

Sevim Dagdelen ist zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt. Ein anderes Leben beginnt. Und es fühlt sich wirklich ganz und gar neu an.

Die „Rote Harfe“ in Berlin-Kreuzberg gefällt ihr. Gestern erst hat sie hier Radio Multikulti ein Interview gegeben und sich gedacht, dass diese Kneipe doch ein schöner Ort sei. Man kann sitzen und schauen, was die Leute treiben und wie das Leben spielt.

Die 30-jährige Duisburgerin Sevim Dagdelen ist in Berlin angekommen. Zwei Mal schon hatte sie hier ihre Zelte aufgeschlagen. Zuerst nur im Kopf, das war 1991 nach ihrem ersten Besuch in der Stadt. Da entschied die Schülerin Sevim: „Nach dem Abi gehe ich an die Humboldt-Uni und wohne in der Schönhauser Allee.“ 1998 bewarb sie sich dann an der Uni und mietete zusammen mit einem Freund eine Wohnung. Zwei Monate später hieß die Uni Marburg und die Wohnung wurde wieder gekündigt. Nun aber ist Sevim Dagdelen hier. Unter ganz

besonderen Umständen angekommen in ihrer Wunschstadt oder der Stadt ihrer Wünsche. Am 18. September wurde sie in den Deutschen Bundestag gewählt. Sie ist Mitglied der Fraktion „Die Linke.“ und eine von den 147 Neuen im Parlament. Einen Stern wird sie im „Kürschner“, dem Bundestagshandbuch, bekommen. Der steht für „erste Legislaturperiode“.

Politik auf der Straße

Das Leben meint es gut mit ihr. Dafür hat sie viel gearbeitet und gekämpft. Als Sevim Dagdelen vor wenigen Monaten gefragt wurde, ob sie kandidieren will für die Linkspartei, hatte sie zwei Tage Zeit zu überlegen. Einen Tag blieb sie allein zu Hause und sortierte im Kopf Chancen und Risiken. Ihr Studium der Rechtswissenschaften war noch nicht abgeschlossen, sie hatte ein Jahr in Australien verbracht, Berufser-

fahrung als Übersetzerin und Journalistin gesammelt und sich seit vielen Jahren politisch engagiert – zuerst als Schülersprecherin, später in einem Dachverband türkischer Vereine und seit März 2005 im Bund der Migrantinnen.

Sich einzumischen hat ihr immer gefallen. „Abgeordnete des Bundestages zu werden, dort linke Politik zu machen, für möglichst viele Menschen und mit anderen zusammen, das klang gut. Ich interessiere mich seit meinem 14. Lebensjahr für Politik. Aber...“, sagt Sevim Dagdelen und malt mit der rechten Hand ein Zeichen in die Luft, „... ich hatte Zweifel am Anfang. Das Wichtigste für einen Menschen ist doch, ein glückliches Leben zu führen. Und ich wusste nicht, ob ich hiermit glücklich werden kann. Wenn ich mich vier Jahre lang mit Menschen auseinander setzen muss, die ganz

andere Inhalte vertreten und ganz andere Ziele haben als ich. Politik wird auch auf der Straße und außerhalb von Parlamenten gemacht, habe ich gedacht. Und vielleicht gehöre ich da eher hin.“

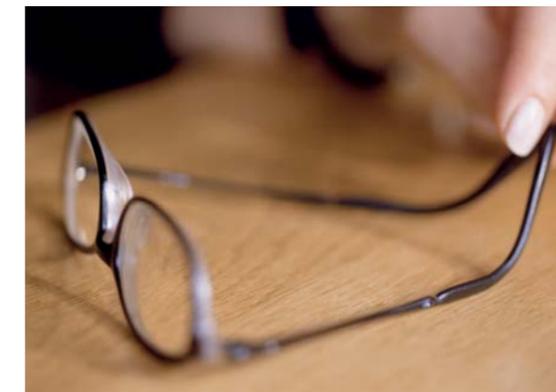
Vater bei Thyssen

Am zweiten Tag redete Sevim Dagdelen mit ihren Freunden und mit ihrer ältesten Schwester. Fast alle haben ihr zugeraten, ihre Schwester auch. Eine Freundin sagte: „Tu es nicht.“ Am Ende waren die Risiken nicht aus dem Kopf verschwunden, aber die Chancen hatten Gestalt angenommen. „Die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag sind klar. Ich will mit anderen dafür kämpfen, dass die gesellschaftliche Opposition gestärkt wird – in und außerhalb von Parlamenten. Ich bin das erste in Deutschland geborene Kind meiner türkischen Familie, die 1973 nach Duisburg kam. Zuerst mein Vater, der als Gastarbeiter bei Thyssen Lokrangierführer wurde, dann meine Mutter mit meinen beiden älteren, in der Türkei geborenen Schwestern. Wir sind sechs Geschwister. Und mein Interesse an Politik ist auch aus der Erkenntnis entstanden, dass sozialer Status und Migrationshintergrund bedeuten: Das Leben hält weniger Angebote bereit und man muss härter kämpfen, um sich seine Träume zu erfüllen.“

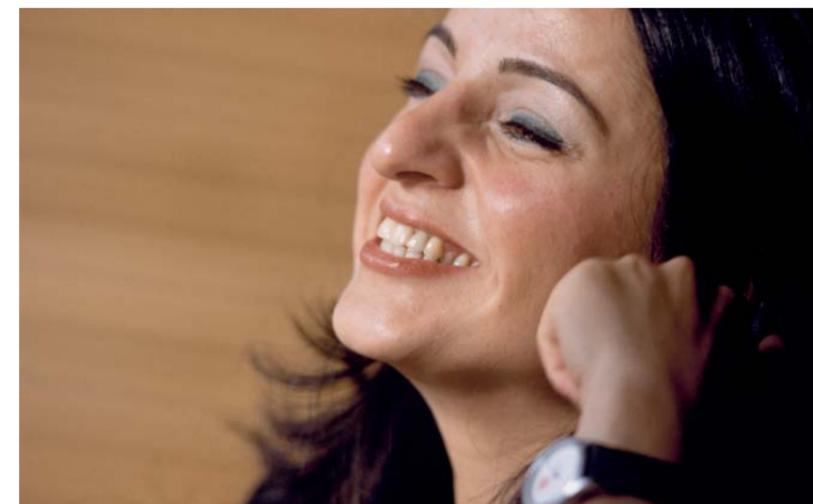
Jetzt ist ein Traum in Erfüllung gegangen, den die junge Frau eigentlich gar nicht hatte. Das ist schon etwas ganz Besonderes. Und vielleicht auch ein wenig eigenartig. „Alle in der Familie sind stolz und haben sich mit mir und für mich gefreut.“ Nun hält Sevim Dagdelen doch einen Moment inne und schaut aus dem Fenster und setzt die schmale Brille mit dem schwarzen Gestell auf, die sie etwas strenger aussehen lässt. Aber nicht wirklich streng. Das liegt vielleicht daran, dass sie sehr viel lächelt und fast alles, was sie sagt, mit schwungvollen Handbewegungen untermalt. Möglicherweise hat auch der grüne Lidschatten einen Anteil. Schöne Farbe, denkt man, und: Passt großartig zum Armband.

Keine Zeit für Picasso

Die ersten Tage in Berlin und im Parlament sind hektisch und natürlich ein wenig chaotisch. Noch war keine Zeit, sich eine Wohnung zu suchen. Deshalb ist die Abgeordnete erst mal zu Freunden nach Neukölln gezogen. Noch war keine Zeit, sich die Picasso-Ausstellung anzusehen. Goya hat sie schon verpasst. Immer war die Schlange der Wartenden vor dem Museum zu lang und die Zeit zu kurz. Noch war keine Gelegenheit, sich wirklich an den Gedanken zu gewöhnen, dass man von nun an Teil einer Fraktion ist und



„Ich will mit anderen dafür kämpfen, dass die gesellschaftliche Opposition gestärkt wird.“



dass ein anderes Leben beginnt. „Ich möchte in den Innenausschuss. Und ich will“, sagt Sevim Dagdelen selbstbewusst, „migrationspolitische Sprecherin meiner Fraktion werden.“ Noch ist die Arbeit nicht verteilt innerhalb der Fraktion, gerade erst werden Räume, Telefonnummern, Computer eingerichtet.

Alles fängt gerade erst an. Bei der konstituierenden Sitzung saß die junge Frau aus Nordrhein-Westfalen zum ersten Mal im Plenarsaal und versuchte sich vorzustellen, wie es sein wird, da vorne am Rednerpult zu stehen. „Es ist ein neues Gefühl. Ich kannte diesen Saal nur aus dem Fernsehen. Und ich wusste, das wird jetzt mein Arbeitsplatz sein, hier werde ich mich behaupten. Das wird nicht einfach, aber ich werde nicht den Mut zu träumen verlieren. Meine Träume sind mir wichtig und geben mir Kraft. Ich will, dass die Welt besser und gerechter wird, und dafür werde ich innerhalb und außerhalb des Plenarsaales kämpfen.“

 E-Mail: sevim.dagdelen@bundestag.de
www.linksfraktion.de/mdb

Wer war's?

fragt BLICKPUNKT BUNDESTAG und lädt Sie ein, Persönlichkeiten der Parlamentsgeschichte wieder zu begegnen.



INKOGNITO

Ein liebenswürdiger Streiter

In jeder Ausgabe stellen wir jeweils ein Mitglied des Bundestages vor, das in der Geschichte der Bundesrepublik eine bedeutende Rolle gespielt hat. Sein Name wird nicht genannt. Lüften Sie sein Inkognito und gewinnen Sie eine Reise für zwei Personen nach Berlin.

Seine Sonntagsreden waren gefürchtet. Fast jede sorgte für Ärger – ob bei den Gewerkschaften, bei der katholischen Kirche, bei befreundeten Nationen wie Frankreich, Österreich oder Luxemburg oder bei der eigenen Partei. Sogar das Bundesverfassungsgericht wurde zur Zielscheibe seiner oft impulsiven Kritik.

Doch heimlich zollten viele dem Mann mit dem heißen Herzen Respekt. Er kannte keine taktischen Feinheiten, keine falsche Rücksichtnahme, keine Patentrezepte. Er verstand Politik im wahrsten Sinne des Wortes als Ringen um die richtigen Lösungen. Dabei war er durchaus offen für Alternativvorschläge und immer bereit, neue Wege zu gehen. Zudem war er einer der farbigsten Redner und zugleich einer der erfolgreichsten Minister der frühen Jahre.

In Porträts des 1897 in Franken geborenen Liberalen wird fast immer erwähnt, dass er Sohn eines Metzgers und Brauers war. Das klingt nach Fleischermesser, nach Bierkrug, nach derbem Zupacken. Doch hinter dem politischen Streiter, der wie kein anderer Politiker seiner Zeit die Gerichte beschäftigte, verbarg sich ein ganz anderer. So schrieb der Journalist Walter Henkels, wenn „die menschliche Liebenswürdigkeit, die persönliche Sauberkeit und die charakterliche Anständigkeit der Bundesminister prämiert



Foto: Picture-Alliance

Unser Kandidat studiert mit Kanzler Adenauer Glückwünsche zu dessen 79. Geburtstag.

werden sollten“, dann würde er wahrscheinlich den ersten Preis bekommen. „Der mittelgroße Mann, hinter dessen funkelnder Brille etwas prüfende und versteckte blaue Augen liegen ... könnte ebenso ein Gelehrter sein, der ein Herbarium betreut.“

Soweit der Eindruck eines Zeitgenossen. Doch für eine wissenschaftliche Laufbahn hätte der promovierte Jurist wohl nicht getaugt. Seine wahre Berufung, der Einsatz für die Mitmenschen und das Gemeinwesen, zeigt sich schon früh. Der Teilnehmer des Ersten Weltkriegs schließt sich mit 23 Jahren zu Beginn der Weimarer Republik der linksliberalen Deutschen Demokratischen Partei an. Er gehört 1923 zu den Gründern der Organisation „Der Reichsadler“, die die Republik gegen die Gefahr von rechts verteidigt und später im republiktreuen

„Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ aufgeht. Während der nationalsozialistischen Diktatur schließt er sich einem liberalen Widerstandskreis an, wird zweimal für kurze Zeit eingesperrt. Er ist mit einer Jüdin verheiratet und scheut sich nicht, sich beim Chef des Geheimen Staatspolizeiamts in Preußen Heydrich persönlich für einen inhaftierten jüdischen Anwaltskollegen einzusetzen.

Sofort nach Kriegsende gehört er zu denen, die versuchen, aus den Trümmern ein demokratisches Deutschland aufzubauen. Als Orts- und Landesvorsitzender seiner Partei

beteiligt er sich an der Wiederbegründung des organisierten Liberalismus, arbeitet im Parlamentarischen Rat am Grundgesetz mit und wird 1949 ins erste Kabinett von Konrad Adenauer berufen. Dem Kanzler bereitet er mit seinen verbalen Eskapaden oft Kopfschmerzen. Als Minister hat er maßgeblichen Anteil am Aufbau des Bundesverfassungsgerichts und des Bundesgerichtshofs. Vehement kämpft er gegen die Wiedereinführung der Todesstrafe. Ebenso leidenschaftlich wettet er später gegen Machtansprüche der Gewerkschaften und gegen Adenauers „einsame Entscheidungen“. Im Alleingang versucht er, Moskau für eine Wiedervereinigung Deutschlands zu gewinnen.

Adenauer bildet sein zweites Kabinett 1953 ohne den konfliktbereiten Liberalen, der daraufhin das Amt des Fraktionsvorsitzenden, ein Jahr später auch das des Parteichefs übernimmt. Seine deutschlandpolitischen Vorstellungen spalten schließlich die Fraktion, was der Partei 1957 eine schwere Wahlniederlage beschert. Der Mann „mit den drei Seelen in seiner Brust“, wie er selbst einmal gesteht, verliert seine Parteiämter, nicht aber seinen Kampfesmut. 1960 wird er zum Vizepräsidenten des Bundestages gewählt. Dieses Amt übt er bis zu seinem Tode im Jahre 1967 aus.

Adenauer bildet sein zweites Kabinett 1953 ohne den konfliktbereiten Liberalen, der daraufhin das Amt des Fraktionsvorsitzenden, ein Jahr später auch das des Parteichefs übernimmt. Seine deutschlandpolitischen Vorstellungen spalten schließlich die Fraktion, was der Partei 1957 eine schwere Wahlniederlage beschert. Der Mann „mit den drei Seelen in seiner Brust“, wie er selbst einmal gesteht, verliert seine Parteiämter, nicht aber seinen Kampfesmut. 1960 wird er zum Vizepräsidenten des Bundestages gewählt. Dieses Amt übt er bis zu seinem Tode im Jahre 1967 aus.

Wer war's?

BLICKPUNKT BUNDESTAG



Deutscher Bundestag 16. Wahlperiode

Sonderthema

Die Antwort schicken Sie als Fax, E-Mail oder per Postkarte an: MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH, Wassergasse 3, 10179 Berlin, Fax: (030) 65 000-190, E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com. **Einsendeschluss: 16. Dezember 2005.** Unter den richtigen Einsendungen werden fünf Preise verlost. Der Hauptgewinn ist eine Reise für zwei Personen nach Berlin. Die Lösung unseres Rätsels in Heft 6/05 lautet: Elisabeth Schwarzhaupt. Eine Reise nach Berlin hat Annerose Müller aus Dieburg gewonnen.



Der Deutsche Bundestag in der 16. Wahlperiode

Rundblick durchs Parlament

Nach den vorgezogenen Wahlen 2005 präsentiert sich der neue Bundestag mit vielen neuen Mitgliedern, einer weiteren Fraktion und einer leicht gestiegenen Mandatszahl. Nach dem amtlichen Endergebnis sitzen im 16. Deutschen Bundestag 614 Abgeordnete, 420 Männer und 194 Frauen. Das sind elf Parlamentarier mehr als im 15. Bundestag bei seinem Zusammentreten vor drei Jahren. Da die Nachfolgerin der PDS unter dem Namen „Die Linke.“ den Einzug ins Parlament schaffte, sind wie vor sieben Jahren wieder fünf Fraktionen vertreten. Der Anteil der Frauen ist mit 31,6 Prozent ein wenig zurückgegangen.

Eigentlich setzt sich das Parlament je zur Hälfte aus den 299 in den Wahlkreisen direkt gewählten Kandidaten und einer gleichen Zahl Abgeordneten zusammen, die die Parteien über ihre Landeslisten in den Bundestag schicken. Das wären jedoch nur 598 Mitglieder. Die zusätzlichen 16 Sitze im Bundestag beruhen auf den Überhangmandaten, die in einigen Bundesländern auf die SPD und auf die CDU entfielen.

Eines ihrer Überhangmandate erhielt die CDU bei der Nachwahl in Dresden (Wahlkreis 160). Das hatte zur Folge, dass der CDU-Kandidat mit dem berühmten Namen Cajus Julius Caesar seine Wiederwahl verpasste, obwohl er nach dem vorläufigen Endergebnis am 19. September über die nordrhein-westfälische Landesliste seiner Partei gerade noch ins Parlament gerutscht war. Caesar musste sein Mandat an die Parteifreundin Anette Hübinger aus dem Saarland abgeben – eine Auswirkung des Verfahrens, nach dem die Zweitstimmen auf die einzelnen Landeslisten verrechnet werden.

Der Forstingenieur Caesar, der bei seinem Einzug in den Bundestag 1998 seinen damaligen Fraktionschef Wolfgang Schäuble erst durch Vorlage seines Personalausweises von der Echtheit seines Namens überzeugen konnte, ist einer von rund 150 Abgeordneten, die den Bundestag nach der Wahl 2005 freiwillig oder unfreiwillig verlassen haben. Bei der SPD etwa hatte der ehemalige Parteivorsitzende und Minister Rudolf Scharping nicht mehr kandidiert, ebenso der langjährige Erste Parlamentarische Geschäftsführer Wilhelm Schmidt. Auch einige der prominentesten Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion hatten auf eine Wiederwahl verzich-



Der erste Tag: Ausgabe der vorläufigen Abgeordnetenenausweise, der vorläufigen Bahnkarte und von Informationsmaterial an neue Abgeordnete.

tet, etwa der ehemalige Verteidigungsminister Volker Rühle, der frühere Vorsitzende der CSU-Landesgruppe und Postminister Wolfgang Bötsch oder der Minister für Abrüstung und Verteidigung der letzten DDR-Regierung, Rainer Eppelmann. Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gaben neben anderen die langjährige Vizepräsidentin des Bundestages, Antje Vollmer, und der frühere Fraktionschef Rezzo Schlauch ihr Mandat freiwillig auf. Im Kampf um die Wiederwahl unterlegen waren zum Beispiel die frühere Ministerin Claudia Nolte und DDR-Bürgerrechtler Günter Nooke, beide von der CDU/CSU-Fraktion.

Überhangmandate bei Bundestagswahlen

Aufgeschlüsselt nach Parteien und Bundesländern von 1949 bis 2005

Wahljahr	1949	1953	1957	1961	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002	2005
Baden-Württemberg	1 CDU							1 CDU		2 CDU		3 CDU
Brandenburg									3 SPD	3 SPD		3 SPD
Bremen	1 SPD					1 SPD			1 SPD			
Hamburg		1 DP*				1 SPD				1 SPD	1 SPD	1 SPD
Mecklenburg-Vorpommern								2 CDU	2 CDU	2 SPD		
Saarland				1 CDU								1 SPD
Sachsen									3 CDU		1 CDU	4 CDU
Sachsen-Anhalt								3 CDU	2 CDU	4 SPD	2 SPD	4 SPD
Schleswig-Holstein		2 CDU	3 CDU	4 CDU	1 SPD							
Thüringen								1 CDU	3 CDU	3 SPD	1 SPD	
Gesamt	1 CDU	2 CDU	3 CDU	5 CDU	1 SPD	2 SPD	1 CDU	6 CDU	12 CDU	13 SPD	4 SPD	9 SPD
	1 SPD	1 DP*							4 SPD		1 CDU	7 CDU

* Deutsche Partei

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung / Bundeswahlleiter



Überhangmandat

Überhangmandate entstehen, wenn eine Partei in einem Bundesland mehr Direktmandate durch Erststimmen erhält, als ihr aufgrund des erzielten Anteils an Zweitstimmen zustehen.

So könnte es vorkommen, dass eine Partei aufgrund ihres Zweitstimmenanteils in einem Bundesland 11 Abgeordnete in den Bundestag entsenden darf.

Haben nun aber 13 Kandidaten dieser Partei per Erststimme ein Direktmandat in dem Bundesland errungen, wird das Kontingent übertroffen.

Da die Direktmandate aber feststehen, entfallen auf diese Partei zwei Überhangmandate, die die Gesamtzahl der Bundestagsitze erhöhen.

An ihre Stelle treten neue Abgeordnete, etwa ein Viertel der Mitglieder ist erstmals dabei. Der Anteil der Neulinge ist erwartungsgemäß besonders groß bei der 54 Mitglieder starken Fraktion Die Linke. 75 Prozent ihrer Abgeordneten sind erstmals ins Bundesparlament eingezogen. Relativ viele Debütanten hat auch die FDP-Fraktion, eine Folge ihres gegenüber 2002 deutlich verbesserten Ergebnisses. Mehr als ein Drittel der Fraktion sind Neulinge. Vor allem auf der bayerischen Landesliste kamen Kandidaten zum Zuge, die sich selbst kaum eine Chance eingeräumt hatten. Die Freidemokraten sind nach 15 Jahren wieder zur drittstärksten Kraft im Bundestag gewählt worden. Bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 1990 konnte die FDP zuletzt den dritten Platz erringen, der ihr bis dahin im politischen Gefüge der alten Bundesrepublik jahrzehntelang zugefallen war.

Debütanten mit Erfahrung

Wenn jemand neu in den Bundestag einzieht, heißt das keineswegs, dass er keinerlei Parlamentserfahrung hat. Viele waren vorher Mitglieder eines Landtages. So wie der bisherige Fraktionsvorsitzende der CDU im hessischen Landtag, Franz Josef Jung und Sigmar Gabriel von der SPD, zuletzt Fraktionschef im niedersächsischen Landtag. Über drei Jahre lang hat er von Dezember 1999 bis März 2003 als Ministerpräsident auf der Bundesratsbank die Interessen seines Landes vertreten. Parlaments- und Regierungserfahrung weist auch die neue Abgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Bärbel Höhn, auf. Sie war in Nordrhein-Westfalen zunächst Fraktionsprecherin und dann Umweltministerin.

Auf gewohntem Parkett bewegt sich auch Brigitte Zypries (SPD), obwohl sie bislang kein Mandat innehatte.



Brigitte Zypries (SPD): Erst Bundesjustizministerin, jetzt auch Bundestagsabgeordnete.

Sie vertrat in der 15. Wahlperiode als Bundesjustizministerin auf der Regierungsbank die Exekutive. Politische und parlamentarische Erfahrung bringen aber auch viele andere Abgeordnete in den Bundestag mit. Fast alle haben zu Beginn ihrer politischen Laufbahn Politik an der Basis gemacht, die meisten in der Kommunalpolitik. Die Statistik des Bundeswahlleiters zeigt, dass mehr als die Hälfte der Abgeordneten vor ihrem Bundestagsmandat legislative oder exekutive Aufgaben ausgeübt haben. Und etwa ein Drittel der Parlamentarier sind Beamte. Sie fallen wie die Abgeordneten und Berufspolitiker aus Ländern und Kommunen unter die statistische Bezeichnung „Abgeordnete, administrativ entscheidende Berufstätige“.

Zumindest bei den beiden großen Fraktionen lässt sich oft das gleiche Karrieremuster feststellen: Arbeit in der Nachwuchsorganisation wird mit der Kandidatur für Kommunalparlamente gekoppelt.



Mit 18 Jahren zur Jungen Union: Der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU Peter Ramsauer (rechts).

Exemplarisch ist der Weg, den Peter Ramsauer (CSU) genommen hat: Der Diplom-Kaufmann, Müllermeister und Unternehmer tritt 1972 als 18-Jähriger in die Junge Union ein, ein Jahr später in die CSU. Er wird nacheinander Orts-, Kreis-, stellvertretender Bezirks- und stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union. Außerdem ist er CSU-Ortsvorsitzender, Mitglied des CSU-Parteivorstands, Stadtrat und Kreistagsmitglied. 1990 wird er erstmals in den Bundestag gewählt. 1998 wird er Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion.

Parteikarriere oder Seiteneinstieg?

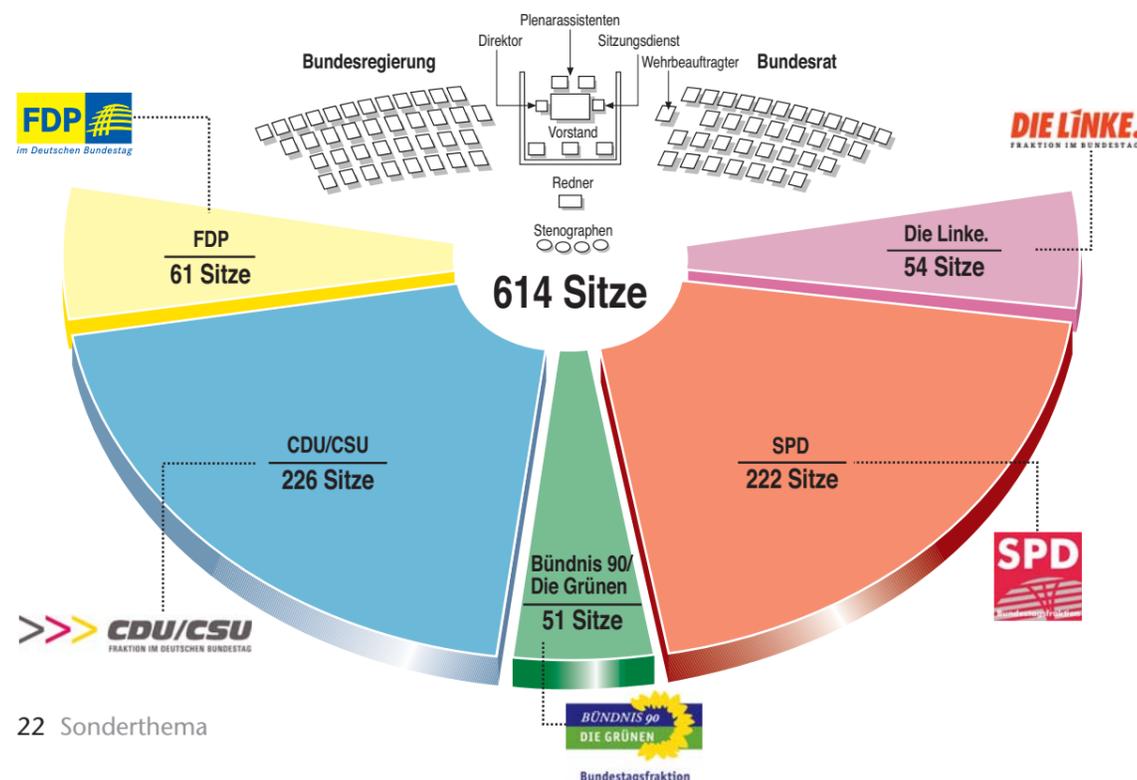
Auch bei der SPD bietet vielen die Kommunalpolitik den Einstieg, die Mitgliedschaft bei der Jugendorganisation spielt aber eine etwas geringere Rolle als in der CDU/CSU. Arbeiter wie der gebürtige Kroatier Josip Juratovic kommen



Alles vorbereitet für die neue Wahlperiode: Der Plenarsaal des Bundestages.

oft über Gewerkschaftsengagement politisch nach vorn. Nach Abschluss einer Lehre als Kfz-Mechaniker tritt er 1982 der SPD bei, ein Jahr später der IG Metall. Er wird Vertrauensmann bei Audi, später Betriebsrat. Seit 2001 arbeitet er beim Bundesvorstand seiner Gewerkschaft. Seine politische Laufbahn beginnt 1986 mit der Wahl zum stellvertretenden Juso-Kreisvorsitzenden. 1993 wird er stellvertretender Vorsitzender des SPD-Kreisverbands, 1997 Mitglied des Landesvorstands der SPD. Der Einzug in den neuen Bundestag stellt den bisherigen Höhepunkt seiner politischen Karriere dar. Eine solche – vor allem für die beiden großen Fraktionen – typische „Ochsentour“ versuchen jüngere Akademiker abzukürzen, indem sie das politische Geschäft als Mitarbeiter einer Fraktion, einer Partei, eines Abgeordneten oder als Referent eines Ministers lernen.

Sitzverteilung im 16. Deutschen Bundestag

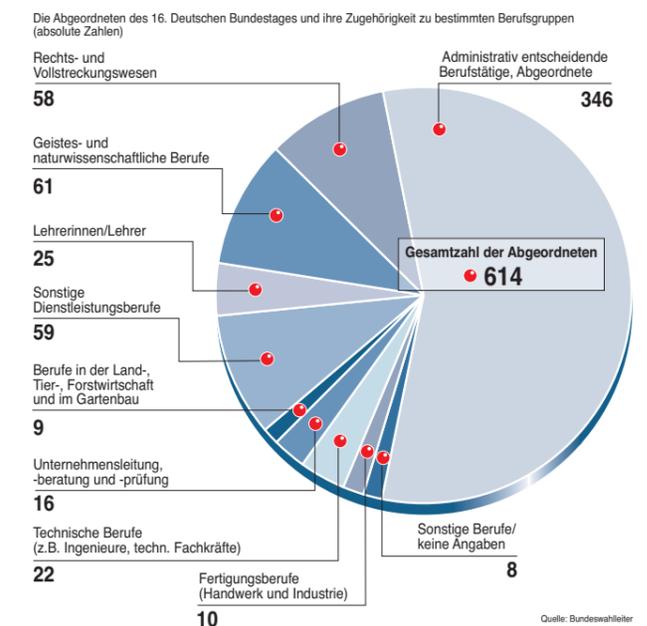


Sitzverteilung

Entscheidend für die Sitzverteilung im Bundestag ist der Anteil an Zweitstimmen je Partei. Zur Berechnung der Sitzverteilung wird das so genannte Hare/Niemeyer-Verfahren angewendet. Danach werden die zu vergebenden Sitze mit der Zahl der Zweitstimmen je Partei multipliziert und anschließend durch die Gesamtzahl der Zweitstimmen dividiert. Die so berechneten ganzen Zahlen entsprechen den Sitzen der Partei. In einem zweiten Schritt werden die restlichen Sitze nach der Größenordnung der Nachkomma-Stellen vergeben. Anschließend erfolgt die Verrechnung mit den errungenen Direktmandaten.



Abgeordnete nach Berufsgruppen





Angela Merkel mit Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen).



Disput im Plenarsaal: Gregor Gysi (Die Linke.) und Guido Westerwelle (FDP).



Immer informiert: Die Sonderausgabe von „Kürschners Volkshandbuch“.

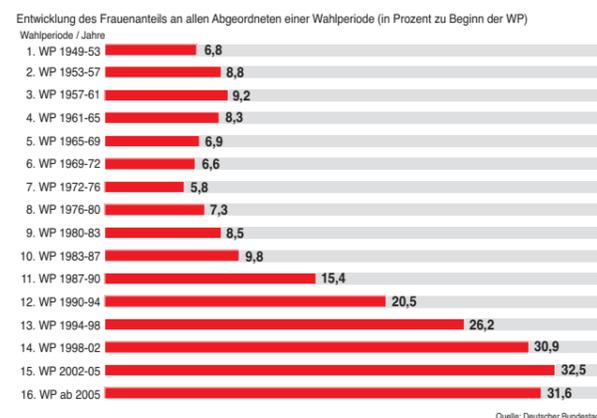


Abstimmung während der konstituierenden Sitzung des 16. Deutschen Bundestages.

So Katrin Göring-Eckardt, jetzt Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages: Das Gründungsmitglied von „Demokratie jetzt“ und „Bündnis 90“ arbeitet in der Landtagsfraktion ihrer Partei in Thüringen als Referentin für Frauenpolitik, Familie und Jugend, wird Landessprecherin und Beisitzerin im Bundesvorstand. Von 1995 bis 1998 lernt sie den Bundestag als Mitarbeiterin des Abgeordneten Matthias Berninger kennen und schafft 1998 den Übergang zum eigenen Mandat. Vier Jahre später ist sie bereits Vorsitzende ihrer Fraktion.

Seiteneinsteiger aus politikfernen Berufen sind dagegen selten. Konrad Schily, Arzt und Gründer der Privatuniversität Witten/Herdecke, ist so einer. Er tritt im Jahre 2005 der FDP bei und kommt noch im selben Jahr über die Landesliste der FDP in den Bundestag. Schily, Bruder des bisherigen Bundesinnenministers, gehört als Arzt einer winzigen Minderheit im Bundestag an. Dagegen treffen Juristen allenthalben Berufskollegen. Jedes fünfte Mitglied des Bundestages ist Jurist, versteht also etwas von Gesetzen, was bei einem Gesetzgebungsorgan kein Nachteil sein muss. Der strukturelle Wandel der Erwerbsgesellschaft spiegelt sich auch im Parlament: Bergleute sind nicht mehr vertreten, ebenso wenig Drucker. Und ganze drei Landwirte sitzen noch im Bundestag.

Weibliche Abgeordnete im Bundestag



Viele Abgeordnete werden wohl nie mehr in ihren früheren Beruf zurückkehren, auch wenn sie diesen im Amtlichen Handbuch des Bundestages angeben und sich nicht wie die SPD-Parlamentarierin Uta Zapf eben schlicht als „Abgeordnete“ bezeichnen. Kaum einem lässt das Mandat noch Raum, um nebenher einen Beruf auszuüben. Ein Handwerksmeister wie Ernst Hinsken (CDU/CSU) sagt, er schaffe es kaum, in seinem Betrieb nach dem Rechten zu schauen. Er sei auf gute Mitarbeiter und „eine tüchtige Ehefrau“ angewiesen, erklärt der Bäckermeister und Konditor.

Stolz ist Hinsken darauf, auch dieses Mal in seinem Wahlkreis Straubing mit 68,0 Prozent das beste Erststimmenergebnis aller Direktkandidaten erreicht zu haben. Bei den Sozialdemokraten liegen drei Abgeordnete aus dem Stammland der SPD, dem Ruhrgebiet, ganz vorn. An der Spitze Johann-Andreas Pflug im Wahlkreis Duisburg II mit 61,6 Prozent. Die meisten Zweitstimmen holte die SPD im Wahlkreis Aurich-Emden mit 55,9 Prozent, während die CDU im nicht weit entfernten Wahlkreis Cloppenburg mit 57,2 Prozent auf ihr bestes Zweitstimmenergebnis kam. Der Gegensatz zwischen den beiden niedersächsischen Wahlkreisen verweist auch auf die traditionelle Stärke der Union in katholisch geprägten Gegenden (Cloppenburg), während die SPD in mehrheitlich protestantischen Landstrichen (wie Aurich-Emden) häufig stärkste Kraft ist.

Politische Familien

Einen großen persönlichen Erfolg verbuchte der Berliner Hans-Christian Ströbele. Er holte wie schon vor drei Jahren für Bündnis 90/Die Grünen das einzige Direktmandat und verbesserte dabei seinen Stimmenanteil um über zehn Punkte auf 43,3 Prozent. Für Die Linke. haben Petra Pau und Gesine Löttsch ihre Berliner Direktmandate verteidigt. Beide saßen im 15. Deutschen Bundestag noch als fraktionslose Abgeordnete. Ihren dritten Wahlkreissieg verbuchte die neue Fraktion ebenfalls in Berlin: Fraktionschef Gregor Gysi gewann in Treptow-Köpenick.

Ströbele, Jahrgang 1939, ist das älteste Mitglied seiner Fraktion, die mit 46,3 Jahren drei Jahre unter dem Altersdurchschnitt des neuen Bundestages liegt. Die Durchschnittsmarke von 49,3 Jahren hat sich gegenüber der vergangenen Wahlperiode nicht verändert. Die beiden großen Fraktionen liegen knapp über dem Altersdurchschnitt, Die

Linke. unterbietet ihn leicht mit 48,4 Jahren. Die FDP-Fraktion, die vor drei Jahren zusammen mit der SPD noch das höchste Durchschnittsalter aufwies, hat sich deutlich verjüngt. Mit 47,5 liegen die Freidemokraten nur noch ein gutes Jahr über den Grünen.

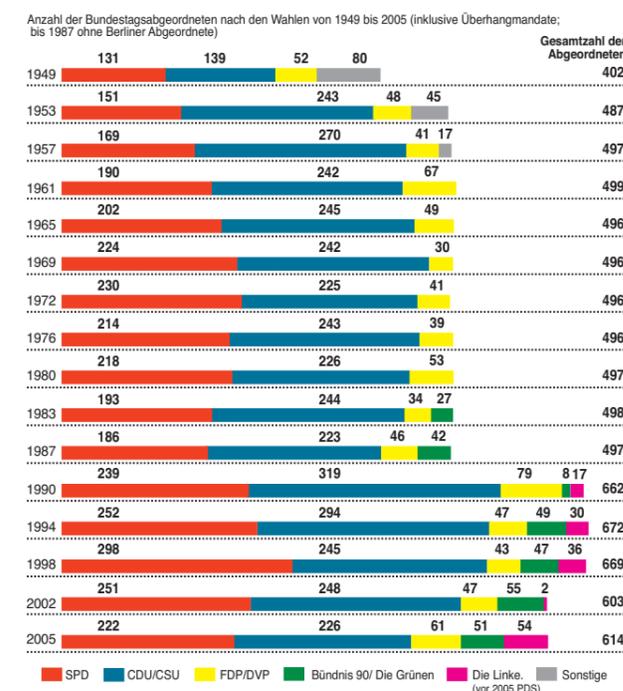
Deren Altersdurchschnitt hat vor allem Anna Lührmann, Jahrgang 1983, gesenkt, die nach drei Jahren im Bundestag immer noch die jüngste Abgeordnete ist. Zwischen ihr und Alterspräsident Otto Schily, Jahrgang 1932, liegt mehr als ein halbes Jahrhundert. Beim Altersdurchschnitt herrscht seit 1949 Kontinuität: Schon zu Beginn der ersten Wahlperiode lag er mit genau 50 Jahren sehr nahe beim aktuellen Durchschnittswert von 49,3. Otto Schily und sein Bruder Konrad bilden das zweite Bruderpaar im Bundestag. Schon 2002 hatte Volker Kauder, nun Vorsitzender der CDU/CSU-



Mandat

Mandat bedeutet in wörtlicher Übersetzung Auftrag. Die Mandatsträger, die durch das Votum der Bürgerinnen und Bürger in den Bundestag gewählt sind, sind Beauftragte des Volkes. Die Ausübung ihres Mandates ist also die Erfüllung eines Wählerauftrages. Das freie Mandat in den modernen demokratischen Verfassungen bedeutet, dass die Abgeordneten nur ihrem eigenen Gewissen unterworfen sind und keinen speziellen Weisungen zu folgen haben. Das Mandat für den Bundestag ist zeitlich begrenzt. Seine Gültigkeit erlischt mit der Konstituierung eines neuen Bundestages.

Mandate nach Parteien von 1949 bis 2005





Kollegiale Balance

Das Präsidium des Deutschen Bundestages

Das Präsidium des Deutschen Bundestages besteht aus dem Bundestagspräsidenten und den Vizepräsidenten. Es vereint Frauen und Männer aus allen Regionen Deutschlands, Vertreter der Koalition und der Opposition in einer gemeinsamen Aufgabe. Der Bundestagspräsident und seine Stellvertreter leiten abwechselnd die Plenarsitzungen und sind schon durch diese wichtige Funktion für die Bürger die sichtbaren Repräsentanten des Parlaments.

Schon im Reichstag der Weimarer Republik nominierte die stärkste Fraktion den Parlamentspräsidenten – so ist es auch im Bundestag. Nach der Wahl 2005 stellt die CDU/CSU den Präsidenten. Nach der Geschäftsordnung soll jede Fraktion mit mindestens einem Vizepräsidenten im Präsidium vertreten sein. Die CDU/CSU stellt neben dem Präsidenten noch einen Stellvertreter. Der SPD, die mit ihrer Mandatszahl nur knapp hinter der CDU/CSU liegt, wurden zwei Vizepräsidenten zugestanden. Die drei anderen Fraktionen entsenden je ein Mitglied in die Leitung des Parlaments.

Allerdings ist die Fraktion Die Linke noch nicht im Präsidium vertreten, nachdem die Wahl ihres Kandidaten Lothar Bisky viermal gescheitert ist.

Präsident und Vizepräsidenten werden geheim für die Dauer der gesamten Wahlperiode gewählt, also in der Regel für vier Jahre. Sie können nicht abgewählt werden, was ihre übergreifende Funktion und ihre Neutralität zusätzlich stärkt.

Primus inter Pares

Das Präsidium tagt in jeder Sitzungswoche und versteht sich als kollegiales Beratungsorgan. Das Präsidium wirkt mit bei Personalfragen der Verwaltung, es genehmigt Delegationsreisen und befasst sich mit Fragen der Sitzungsleitung. Zudem berät es über die Öffentlichkeitsarbeit des Bundestages.

Der Präsident vertritt den Bundestag nach außen. Protokollarisch ist er nach dem Bundespräsidenten der zweithöchste Repräsentant der Bundesrepublik. Im Namen des Bundestages vereidigt er den Bundespräsidenten, den Bundeskanzler und die Bundesminister. An ihn werden sämtliche Gesetzentwürfe und Eingaben gerichtet. Er ist oberster Dienstherr der Bundestagsmitarbeiter und übt das Hausrecht und die Polizeigewalt in den Parlamentsgebäuden aus. Als Repräsentant des Bundestages hat er zahlreiche politische und gesellschaftliche Verpflichtungen. Er pflegt Kontakte zu

ausländischen Parlamenten und gesellschaftlichen Gruppen in Deutschland und wird zu Staatsempfängen und anderen wichtigen Anlässen eingeladen. Zwar hat der Bundestagspräsident rein rechtlich mehr Kompetenzen als seine Stellvertreter. In der Praxis jedoch ist er Primus inter Pares, erster unter Gleichen. Das heißt, in allen wichtigen Fragen wird er seine Kollegen im Präsidium konsultieren und sich stets um Konsens bemühen.

Präsidium des 16. Deutschen Bundestages (zurzeit ohne Die Linke.)

Bundestagspräsident
Norbert Lammert (CDU/CSU)

Vizepräsidenten
Wolfgang Thierse (SPD)
Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU)
Susanne Kastner (SPD)
Hermann Otto Solms (FDP)
Katrin Göring-Eckardt
(Bündnis 90/Die Grünen)

Mehr Informationen:
www.bundestag.de/parlament/praesidium

Norbert Lammert (CDU/CSU) Lieber Florett als Säbel

Er stammt aus der Stadt „tief im Westen, wo die Sonne verstaubt“, wie sein Lieblingsänger Herbert Grönemeyer singt. Norbert Lammert, der neue Bundestagspräsident, ist 1948 in Bochum geboren, und er ist stolz auf seine Heimat. Sein „stärkstes Stück Ruhrgebiet“ ist allerdings – wie es auf seiner Internetseite heißt – nicht seine Geburtsstadt, sondern seine Frau Gertrud, mit der er seit 1971 verheiratet ist und vier Kinder hat.

Sein politisches Interesse wird sehr früh im Elternhaus und in der Schule geweckt. Als 16-Jähriger tritt er der Jungen Union bei, zwei Jahre später der CDU. An die Politik als Beruf denkt er damals aber noch nicht. Vielmehr spielt er in jungen Jahren mit dem Gedanken, Musiker oder Fußballer zu werden. Heute gesteht er, der Politik habe er sich erst stärker zugewendet, als er einsehen musste, dass seine Begeisterung für den Sport und die Kunst „als Grundlage für einen Beruf vermutlich nicht ausreichen würde“.

So beginnt er nach seinem Studium der Sozialwissenschaften und der Promotion eine politische Laufbahn, die den damals 27-Jährigen 1975 zunächst in den Bochumer Stadtrat führt. Der stellvertretende Kreisvorsitz in der Partei und der stellvertretende Landesvorsitz in der Jungen Union kommen hinzu. Sein Geld verdient der junge Familienvater als freiberuflicher Dozent in der Erwachsenen- und Weiterbildung sowie als Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft.

Mit der Wahl in den Bundestag 1980 wird die Politik endgültig zur Hauptsache. Schon nach drei Jahren wird er stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung. 1989 beruft Helmut Kohl ihn in die Regierung. Als Parlamentarischer Staatssekretär unterstützt er zunächst den Bundesbildungsminister, dann den Wirtschaftsminister und bis zum Ende der Regierung Kohl den Verkehrsminister. Fast vier Jahre lang ist er auch der Koordinator der Bundesregierung

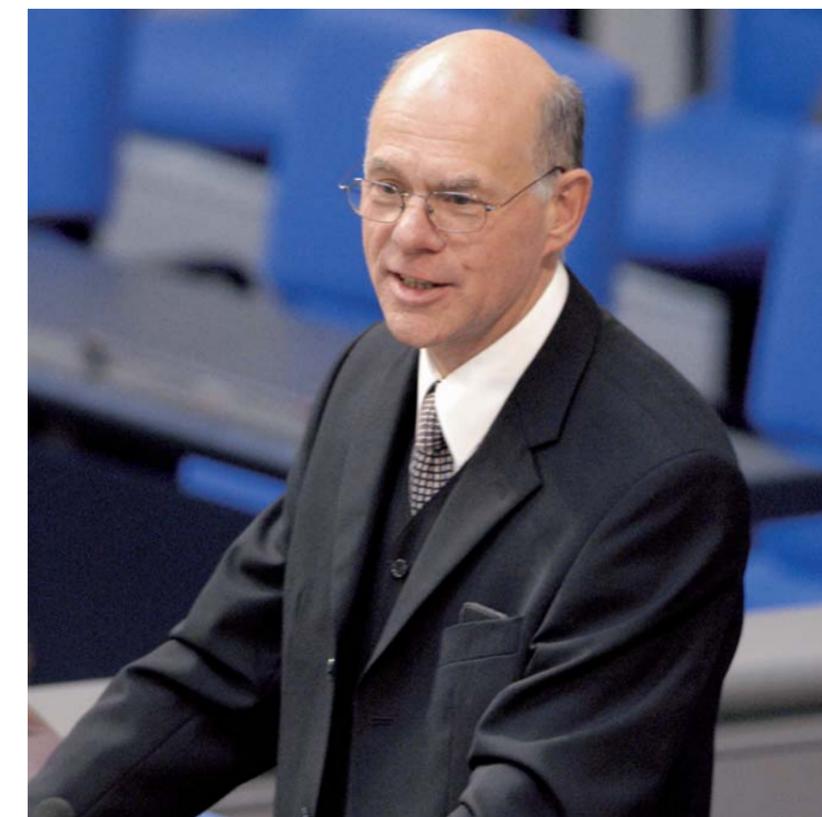
für die Luft- und Raumfahrt. Parallel dazu übernimmt er eine herausgehobene Verantwortung in der Partei. 1986 wird er Vorsitzender der CDU im Ruhrgebiet und Mitglied des Landesvorstandes, dann auch stellvertretender Landesvorsitzender in Nordrhein-Westfalen, wo sich viele Parteimitglieder Norbert Lammert als Ministerpräsidenten gut vorstellen können. Doch 1994 unterliegt er in einer Urabstimmung der Parteimitglieder über die Spitzenkandidatur gegen den damaligen Fraktionschef im Landtag, Helmut Linssen.

1998 verliert die CDU/CSU die Bundestagswahl und damit ihre Regierungsmehrheit. Lammert konzentriert sich im Bundestag auf die Arbeit in der CDU-Landesgruppe Nordrhein-Westfalen, deren Vorsitz er seit 1996 innehat. Gleichzeitig vertritt er seine Fraktion nun als kultur- und medienpoli-

tischer Sprecher – ein Aufgabenfeld, das seinen Neigungen besonders entgegenkommt. Nach der Bundestagswahl 2002 nominiert seine Fraktion ihn für das Amt des Vizepräsidenten des Bundestages. Als „Ein-Mann-Kompetenzteam der Union“ charakterisiert ihn eine Zeitung zur Bundestagswahl 2005.

Drei Jahre später steht er an der Spitze des deutschen Parlaments. Wie Norbert Lammert seine politischen Aufgaben angeht, hat er einmal in einem Interview mit einem Vergleich aus der Welt des Sports deutlich gemacht: „Ich bin eher ein Anhänger des Floretts als des Säbels, aber beides sind olympische Sportarten, und ich respektiere, dass es auch viele Anhänger des Säbels gibt.“

 Mehr zur Person:
www.norbert-lammert.de





Wolfgang Thierse (SPD) Berliner mit Bodenhaftung

re seiner Kollegen im Präsidium, aus einem politischen Elternhaus. Sein Vater, ein Rechtsanwalt, war Kreistagsabgeordneter der Ost-CDU.

Wolfgang Thierse wäre gern Journalist geworden. Doch dieser Beruf bleibt dem Katholiken, der nicht an der Jugendweihe teilgenommen hat, in der DDR verwehrt. So erlernt er zunächst das Schriftsetzerhandwerk, studiert später Germanistik und Kulturwissenschaft. Er verliert eine Stelle im Kulturministerium, weil er sich weigert, Künstler anzuschwärzen und zudem darüber auch noch „unbotmäßige Reden“ führt. Aber er hat Glück und findet an einem Institut für Literaturgeschichte als Mitverfasser eines historischen Wörterbuchs eine „geräumige Nische“.

Anfang Oktober 1989 schließt sich Wolfgang Thierse der Oppositionsgruppe Neues Forum an, im Januar 1990 der Sozialdemokratischen Partei

der DDR. Hier wird man schnell auf ihn aufmerksam. Er zieht in die erste frei gewählte Volkskammer ein und steigt zum Partei- und dann auch zum Fraktionsvorsitzenden auf. In der vereinigten SPD hat der glänzende Redner immer Positionen in der engeren Partei- und Fraktionsführung inne, nach Ansicht von Journalisten ist er das – manchmal unbequeme – „Mundwerk der Ostdeutschen“. 1998 wird er als erster Ostdeutscher zum Präsidenten des Bundestages gewählt und 2002 in dem Amt bestätigt. Auch in diesem Amt lässt er sich von seinem „ausgeprägten Gefühl für Gerechtigkeit“ leiten. Das bedeutet auch, es nicht immer allen recht zu machen.

i Mehr zur Person:
www.thierse.de

Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU) Mit Politik aufgewachsen

Sie ist mit der Politik groß geworden. Ihr Vater Alois Rainer, ein niederbayerischer Gastwirt, Metzgermeister und Landwirt, war außerdem Bürgermeister, Mitglied des Landtags und 18 Jahre lang Mitglied des Bundestages. Die gleiche Zeitspanne hat nun auch seine Tochter Gerda Hasselfeldt im Bundestag zurückgelegt.

Die neue Vizepräsidentin des Bundestages, Jahrgang 1950, wächst mit fünf Geschwistern im Landkreis Straubing-Bogen auf. Da der Vater viel Zeit in die Politik steckt, ist die Hilfe der Familie im Betrieb notwendig. Gerda kümmert sich um die Buchhaltung und arbeitet neben dem Besuch des Gymnasiums mit in der Gastwirtschaft und der Landwirtschaft. Sie studiert Volkswirtschaft und findet nach dem Diplom eine Anstellung bei der Bundesanstalt für Arbeit.

Als 19-Jährige ist sie der Partei ihres Vaters, der CSU, beigetreten, engagiert sich in der Jungen Union, der Kommunalpolitik und in der Frauen-Union, deren Landesvorsitzende sie 1991 wird. Schon 1987 rückt sie für Franz Josef Strauß, der nach der Wahl auf sein Mandat verzichtet, in den Bundestag nach. Gerda Hasselfeldt bringt im Ausschuss für Arbeit und Soziales ihre Berufserfahrung ein und arbeitet bei der Gesundheitsreform von Minister Norbert Blüm mit.

Bei der Regierungsumbildung vom April 1989 wird sie zur Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau berufen. Nach der Bundestagswahl 1990 übernimmt sie für zwei Jahre die Führung des Gesundheitsministeriums, in dem sie sich gegen den Widerstand der mächtigen Interessengruppen um Fortschritte bei den Reformen bemüht. Danach wird es vorüber-



gehend stiller um sie, doch schon 1995 wird sie zur finanzpolitischen Sprecherin ihrer Fraktion berufen. Im Oktober 2002 rückt sie als stellvertretende Vorsitzende in die engere Fraktionsführung auf und ist dort für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Energiepolitik, Kommunalpolitik und Tourismus zuständig.

i Mehr zur Person:
www.hasselfeldt.de



Susanne Kastner (SPD) Dialog mit der Jugend

auf dem zweiten Bildungsweg eine Ausbildung zur Religionspädagogin und arbeitet bis 1989 an einer Grund- und Hauptschule.

Sie engagiert sich zunächst in der Kommunalpolitik, wird Gemeinde- und Kreisrätin. Als Kassiererin ihres Ortsvereins besucht sie die Mitglieder noch persönlich, knüpft dabei Verbindungen und wird bekannt. Sie rückt 1989 in den Bundestag nach und wird tourismuspolitische Sprecherin ihrer Fraktion.

1998 wird Susanne Kastner Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion, vier Jahre später Vizepräsidentin des deutschen Parlaments. Ihren Schwerpunkt sieht sie in der Arbeit mit jungen Menschen. „Es ist entscheidend, dieser Generation den Wert der parlamentarischen Demokratie zu vermitteln, damit sich die Jugendlichen für sie stark machen.“

Die Auseinandersetzung über Politik hat sie zu Hause in Franken gelernt. Der Vater, ihr großes Vorbild, war CSU-Mitglied und machte es ihr bei allem Streit dennoch leicht, sich politisch abzubauen und 1972 der SPD beizutreten. Susanne Kastner, Jahrgang 1946, durchläuft nach der mittleren Reife eine Ausbildung zur Erzieherin. Nach der Geburt der drei Kinder und dem Studium ihres Mannes absolviert sie

Ende 1989 erreicht sie der Hilferuf eines deutschen Arztes aus einem Krankenhaus in der rumänischen Stadt Arad und sie wird aktiv. Sie gründet eine Hilfsorganisation und betreibt als Vorsitzende der Deutsch-Rumänischen Parlamentariergruppe „Lobbyarbeit im allerbesten Sinne“. Dafür hat ihr die Universität von Arad die Ehren doktorwürde verliehen und die Stadt Lipova hat sie zur Ehrenbürgerin ernannt.

Aufgrund von persönlichen Begegnungen und Gesprächen ist ihr ebenso der Ausbau parlamentarischer Kontakte mit Afrika wichtig: „Ich werde mich nicht damit abfinden, Afrika als vergessenen Kontinent zu bezeichnen. Deshalb möchte ich dort als Vizepräsidentin aktiv werden.“

i Mehr zur Person:
www.susanne-kastner.de

Hermann Otto Solms (FDP) „Gelernter“ Vizepräsident

Er sei, so meint er im Scherz, „der einzige gelernte Vizepräsident“ im Bundestag. Denn er hat das parlamentarische Handwerk in den 70er Jahren als persönlicher Referent bei Bundestagsvizepräsidentin Liselotte Funcke gelernt.

Hermann Otto Solms stammt aus einem uralten hessischen Adelsgeschlecht, doch darauf gibt es auf seiner Homepage keinen Hinweis. Wohl aber die Bilder, die Christine, eine seiner drei Töchter, gemalt hat und Fotos, die ihn auf dem Motorrad zeigen. Außerdem ist dort viel über Finanzpolitik zu finden, denn Solms ist leidenschaftlicher Finanzpolitiker und eine radikale Steuerreform ist für ihn „geradezu ein Herzenswunsch“.

Solms wird 1940 in Lich im Kreis Gießen geboren. Sein Vater fällt im Zweiten Weltkrieg. Nach Abitur, Wehrdienst und Banklehre studiert er Wirt-

schaftswissenschaften und Landwirtschaft. 1969 legt er die Diplomprüfung als Volkswirt ab, 1975 promoviert er als Agrarwissenschaftler. Seine „Bundestagslehrzeit“ bei Liselotte Funcke, der Vizepräsidentin und Vorsitzenden des Finanzausschusses, führt ihn noch nicht direkt in die Politik. Zwar ist er seit 1971 FDP-Mitglied, wird auch Kreisvorsitzender und 1975 Mitglied des Landesvorstands. Zunächst aber versucht er sich als Unternehmer, gründet 1976 eine Firma, die zunächst Videospiegelgeräte, später CAD-Entwicklungssysteme herstellt.

1980 wird er in den Bundestag gewählt und arbeitet im Finanzausschuss. Er wird stellvertretender Fraktionschef und Schatzmeister der FDP, 1991 Vorsitzender der Fraktion. Das war nach seinen Worten sein schönster Job, weil er konfrontativ und aufregend, gestaltend und produktiv war.



1998 übergibt er den Fraktionsvorsitz an den Parteivorsitzenden Wolfgang Gerhardt und wird ins Präsidium des Bundestages gewählt.

i Mehr zur Person:
www.hermann-otto-solms.de

Katrin Göring-Eckardt (Bündnis 90/Die Grünen)

Aus zwei Welten

Als eine der ersten Frauen in der DDR setzte sie es durch, einen Doppelnamen führen zu dürfen. Mit Emanzipation habe das aber weniger zu tun, sondern mit Werten, soll sie Gerhard Schröder einmal erklärt haben. „Oder würden Sie gerne heißen wie der Reichsmarschall?“, fragte sie den damaligen Kanzler.

Katrin Göring-Eckardt wird 1966 im Thüringer Wald geboren. Ihre Eltern haben eine eigene Tanzschule, gelten als Selbstständige in der DDR als suspekt. So wächst die Tochter in „zwei Welten“ auf, der Welt da draußen und der zu Hause. In der Welt zu Hause gibt es Westfernsehen, Tango, Walzer und Cha-Cha-Cha und einen Vater, der den CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß verehrt.

Die junge Frau engagiert sich in der kirchlichen Opposition und beginnt ein Theologiestudium. 1989 gehört sie

zu den Gründungsmitgliedern von „Demokratie jetzt“ und „Bündnis 90“. Sie wird Referentin für Frauenpolitik, Familie und Jugend der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen in Thüringen, steigt in die Landesvorstände von „Demokratie jetzt“ und „Bündnis 90“ auf und arbeitet an der Vereinigung von „Bündnis 90“ und „Grünen“ mit. Von 1995 bis 1998 ist sie Thüringer Landesvorsitzende der vereinigten Partei und wird 1996 in den Bundesvorstand gewählt. Gleichzeitig lernt sie von 1995 bis 1998 das Abgeordnetenhandwerk als Mitarbeiterin des Bundestagsabgeordneten Matthias Berninger.

Als diese Aufgabe 1998 nahtlos in ein Abgeordnetenmandat einmündet, bekommt ihre politische Karriere einen weiteren Schub. Sie wird auf Anhieb Parlamentarische Geschäftsführerin und gesundheits- und rentenpolitische



Sprecherin ihrer Fraktion, um schließlich 2002 als eine von zwei Vorsitzenden an die Spitze der Fraktion gewählt zu werden. Nach der Wahl 2005 räumt sie ihren Platz und wird eine der jüngsten Vizepräsidentinnen in der Geschichte des Bundestages.



Mehr zur Person:
www.goering-eckardt.de

Die Linke.

Vorerst kein Vizepräsident



Die Linke., Lothar Bisky, in insgesamt vier Wahlgängen nicht die notwendige Mehrheit erreichte, kündigte die Fraktion an, auf unbestimmte Zeit keinen neuen Wahlgang beantragen zu wollen.

Im ersten Wahlgang bei der konstituierenden Sitzung am 18. Oktober hatten 225 Abgeordnete für Bisky gestimmt, 312 gegen ihn. Damit hatte er die hier notwendige „Mehrheit der Mitglieder des Bundestages“ klar verfehlt. Diese so genannte absolute Mehrheit wird erreicht, wenn mindestens 308 der insgesamt 614 Mitglieder des 16. Bundestages dem Antrag zustimmen.

Diese Mehrheit kam auch im zweiten Wahlgang nicht zustande, obwohl hier die Ja-Stimmen (282) die Nein-Stimmen (235) deutlich überwogen. Für den dritten Wahlgang beschloss der Bundestag, die relative Mehrheit

– die einfache Mehrheit der gültigen Stimmen – gelten zu lassen, die Bisky ja im zweiten Wahlgang bereits erreicht hatte. Doch im dritten Wahlgang verpasste der Kandidat auch diese Mehrheit knapp. Mit Ja stimmten 248, mit Nein 258 Abgeordnete.

Nach einer Pause von drei Wochen stellte sich Bisky am 8. November ein weiteres Mal zur Wahl. In diesem vierten Wahlgang verfehlte er die relative Mehrheit bei 249 Ja-Stimmen und 310 Nein-Stimmen deutlich. Er erklärte anschließend, er habe verstanden, dass eine Mehrheit nicht wolle, dass er den Bundestag repräsentiere. Dies müsse er als Demokrat akzeptieren.



Informationen
der Fraktion Die Linke.:
www.linksfraktion.de

„Der Bundestag gilt als Vorbild“

Der Dresdner Politikwissenschaftler Professor Werner Patzelt über das Profil und die Stellung des Bundestages im internationalen Vergleich



Blickpunkt Bundestag: Herr Professor Patzelt, Sie sind Fachmann für den internationalen Vergleich von Regierungen und Parlamenten. Wenn Sie den Bundestag mit den Volksvertretungen anderer demokratischer Staaten vergleichen, was fällt Ihnen da auf?

Werner Patzelt: Der Bundestag ist ein einflussreiches Parlament und gilt nach Ausstattung und Arbeitsweise als vorbildlich. Seine Funktionen der Regierungsbildung, Regierungskontrolle und Gesetzgebung erfüllt er im internationalen Vergleich sehr gut.

Blickpunkt: Bei den letzten beiden Bundestagswahlen hat sich im deutschen Parlament eine starke Umschichtung vollzogen. Jetzt hat jedes zweite Mitglied höchstens sieben Jahre Bundestagerfahrung. Gibt es einen solchen starken personellen Wandel auch in anderen Parlamenten?

Patzelt: In gefestigten Regierungssystemen vollzieht sich der personelle Wandel von Parlamenten meist moderat, doch immer wieder in Schüben. Diese werden hervorgerufen durch das Auf- und Abtreten einer stark politisierten Generation oder durch Verschie-

bungen im Wahlverhalten. Letzteres erlebten wir unlängst. Im Vergleich ist auch der neue Bundestag ein stabiles und kontinuierstarkes Parlament.

Blickpunkt: Im Bundestag sind Juristen, Lehrer und Angehörige anderer Dienstleistungsberufe stark repräsentiert. Vertreter der Wirtschaft sind eher selten. Ist das auch im Ausland so?

Patzelt: Ja. Voraussetzung einer Abgeordnetenkarriere ist meist eine überdurchschnittliche Schulbildung zusammen mit beruflicher Abkömmlichkeit und großen, selbst gestaltbaren Zeitbudgets. Das privilegiert Anwälte, Lehrer und politiknahe Angestellte und benachteiligt Nichtakademiker sowie Selbstständige.

Blickpunkt: Es fällt auf, dass immer mehr junge Abgeordnete ihren Beruf als Mitarbeiter von Abgeordneten gelernt haben. Ist dieser Trend auch in den anderen Staaten spürbar?

Patzelt: Zwar gibt es da noch viele Unterschiede. Doch grundsätzlich sind die technischen Seiten des Abgeordnetenberufs immer professioneller geworden, was die an Kandidaten gerichteten Erwartungen wachsen lässt. Auch haben überall die Parteien an Mitgliedern außerhalb der quasi-professionellen Aktivisten verloren. Das alles verbessert die Chancen derer, die im engsten Umfeld von Abgeordneten das Know-how erlernen und die zur Nominierung nötigen Netzwerke knüpfen können.

Blickpunkt: Der Frauenanteil im Bundestag stagniert bei etwas über 30 Prozent. Können die deutschen Politikerinnen vom Ausland lernen, wie sich ihre Repräsentanz erhöhen lässt?

Patzelt: Nur in 28 Ländern gibt es einen parlamentarischen Frauenanteil, der den deutschen erreicht oder über-

steigt. Wir stehen da also nicht allzu schlecht da. An der Spitze liegt – noch deutlich vor den übrigen nordischen Staaten – Schweden mit 45 Prozent Frauen, desgleichen manche zweite Kammer wie der Senat der Bahamas mit 44 Prozent Frauen. Generell ist eine Frauenquote das sicherste Mittel, viele Frauen ins Parlament zu bekommen.

Blickpunkt: Ein Bundestagsabgeordneter ist durchschnittlich 50 Jahre alt. Wie sieht es mit der Altersstruktur in anderen Parlamenten aus?

Patzelt: Kaum anders: Der durchschnittliche Abgeordnete ist immer noch ein Mann mit akademischem Hintergrund aus der Mittelschicht in seinen besten Jahren.

Blickpunkt: Was könnte der Bundestag im Ausland lernen? Mehr frei gehaltene Reden, mehr Diskussion, mehr Öffentlichkeit?

Patzelt: Der Bundestag dient den meisten anderen Parlamenten selbst als Maßstab. An Diskussion fehlt es diesem Arbeitsparlament keineswegs, und mehr wirklich frei gehaltene Reden im Plenum bringen kaum Vorteile. Es kommt nämlich auf griffige Formulierungen und auf knappe Präsentationen zentraler Entscheidungsgründe an, was beides nun einmal besser gelingt, wenn man sich seine Sätze vorher überlegt. Auch bietet der Bundestag jetzt schon mehr an Öffentlichkeit und Informationen, als die Bürgerschaft tatsächlich nutzt. Zu verbessern ist anderes: Den Bürgern ist vor Augen zu führen, dass man im Bundestag ihre Probleme wirklich kennt – und diese Probleme sind dann mit konstruktiver Politik zu lösen.

Prof. Dr. Werner J. Patzelt ist geschäftsführender Direktor des Instituts für Politikwissenschaft der TU Dresden.



In vorderster Front

Fraktionsvorsitzende im Bundestag

In der politischen Auseinandersetzung stehen die Vorsitzenden der derzeit fünf Fraktionen des Bundestages in vorderster Front. Sie gehören zu den einflussreichsten Mitgliedern des Parlaments und treten – neben den führenden Regierungsvertretern – in der Öffentlichkeit am häufigsten in Erscheinung. Sie sorgen für den Zusammenhalt ihrer Fraktion und haben in den wichtigsten Debatten für ihre Fraktionen in der Regel das erste Wort.

Die Chefs der Regierungsfractionen dienen als Schaltstelle zwischen der Regierungsspitze und den Abgeordneten. Sie vertreten zum einen den politischen Willen der Volksvertreter. Andererseits müssen sie dafür sorgen, dass im Parlament bei den Abstimmungen eine Mehrheit gesichert ist. In der Opposition stehen andere Aufgaben im Vordergrund: Kritik an der Regierung, aber auch das Erarbeiten und Aufzeigen inhaltlicher Alternativen.

Die Fraktionen sind nach der Geschäftsordnung Vereinigungen von Abgeordneten, die „derselben Partei oder solchen Parteien angehören, die auf Grund gleichgerichteter politischer Ziele in keinem Land miteinander im Wettbewerb stehen“. Sie können ihre interne Organisation weitgehend frei festlegen. Es haben sich aber bei allen Fraktionen ähnliche Strukturen herausgebildet. Der wichtigste Unterschied: Die Fraktion Die Linke, sowie die des Bündnisses 90/Die Grünen haben zwei gleichberechtigte Mitglieder an ihrer Spitze.

Zusammenarbeit im Vorstand
Die Vorsitzenden haben eine je nach Fraktion unterschiedliche große Zahl an Stellvertretern, die für verschiedene Themen des politischen Geschäfts verantwortlich sind, etwa für die Finanzpolitik oder die Außenpolitik. In der praktischen Organisation der Frak-

tionsarbeit werden die Vorsitzenden von den Parlamentarischen Geschäftsführern unterstützt. Sie alle haben ihre eigenen Aufgabenbereiche, zum Beispiel die Verantwortung für Personal oder die Öffentlichkeitsarbeit. Eine besondere Schlüsselposition haben die Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer inne. Was sie fraktionsübergreifend vereinbaren, das gilt.

Der Vorsitzende, seine Stellvertreter, die Parlamentarischen Geschäftsführer und weitere Funktionsträger, etwa die Justitiare, bilden den Geschäftsführenden Fraktionsvorstand, der regelmäßig zu Beginn der Sitzungswochen und bei Bedarf auch an anderen Tagen zusammenkommt. Mindestens einmal pro Sitzungswoche tagt auch der Gesamtvorstand der Fraktionen. Er bereitet die Fraktionssitzungen vor, in denen die Gesamtfraktion ihre Position für die bevorstehenden Plenarsitzungen festlegt.

Volker Kauder (CDU/CSU)

Berufswunsch: Zirkusdirektor



Schlüsselfunktion in der Fraktion

Schon mit 16 tritt Volker Kauder der CDU bei. Bei seiner Hinwendung zur Politik lässt er sich von zwei Gedanken leiten, der Ablehnung der deutschen Teilung und der 68er-Bewegung, die nach seiner Meinung versucht hat, Gewalt zur Veränderung einzusetzen.

Nach dem Jura-Studium arbeitet er zunächst an der Universität Freiburg und wechselt dann in die Innenverwaltung des Landes Baden-Württemberg. Als stellvertretender Landrat des Kreises Tuttlingen setzt er sich besonders für die Förderung psychisch Kranker ein, „einer Gruppe, die in Teilen unserer Bevölkerung noch gar nicht als richtig krank anerkannt ist“.

Gleichzeitig steigt er in der Landes-CDU auf. Als Generalsekretär organisiert er erfolgreiche Wahlkämpfe und zieht 1990 in den Bundestag ein, wo er vier Jahre lang der Gruppe der baden-württembergischen CDU-Abgeordneten vorsitzt. 2002 beruft ihn die neue Fraktionsvorsitzende Angela Merkel in das Amt des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers, eine Schlüsselfunktion, die auch SPD-Fraktionschef Peter Struck lange innehatte. Im Januar 2005 wechselt er in das Amt des CDU-Generalsekretärs und wird im Herbst 2005 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Zirkusdirektor habe er eigentlich werden wollen, gesteht er auf seiner Homepage, wo er zusammen mit einem riesigen Bären abgebildet ist. Der Vermutung, er habe sich seinen Berufswunsch nun endlich erfüllt, widerspricht Volker Kauder allerdings: „Ich möchte etwas für die Gemeinschaft bewegen und gestalten, Dinge voranbringen, von denen ich überzeugt bin, und nicht allein das Publikum unterhalten.“

Auf den Unterhaltungswert kommt es bei der Aufgabe, die Kauder nun übernommen hat, weniger an. Aber er würde wahrscheinlich nicht ganz so vehement widersprechen, wenn man die Fraktionsvorsitzenden mit Dompfeuren vergliche. Schließlich müssen sie, gerade wenn sie einer Regierungspartei vorstehen, immer wieder den Dressurakt unternehmen, unterschiedliche Interessen unter einen Hut zu bringen.

Der neue Fraktionschef der CDU/CSU ist 1949 in Sinsheim bei Heidelberg geboren, wo seine aus Jugoslawien vertriebenen Eltern zunächst untergekommen sind. Sein Vater ist Lehrer und vertritt die CDU im Stadt-

und Kreisrat von Singen. Dort wachsen Volker und sein ein Jahr jüngerer Bruder Siegfried auf, der ihm später in den Bundestag folgen wird. Verheiratet ist Kauder seit 1976 mit der Kardiologin Elisabeth Kauder, Tochter des langjährigen Bundestagsabgeordneten Hermann Biechele.



CDU/CSU-Fraktion
im Deutschen Bundestag
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 2 27-5 22 67
Fax: (0 30) 2 27-5 68 64
E-Mail: fraktion@cducsu.de
www.cducsu.de



Peter Struck (SPD)

Fans bei der Bundeswehr



Auch nach 25 Jahren Bundespolitik, trotz Dienstwagen, Flugbereitschaft und großem Stab, ist er in seinen Begegnungen mit anderen Menschen ganz locker geblieben. Peter Struck ist schnell per Du, trinkt beim Gespräch mit Soldaten das Bier aus der Flasche oder spielt bei der Bundeswehr in Sarajewo mit Hut und schwarzer Sonnenbrille den „Blues Brother“. So hat der promovierte Jurist und leidenschaftliche Motorradfahrer bei der Bundeswehr viele Fans gewonnen. Nun kehrt er in das Amt des Fraktionschefs zurück, das er widerstrebend vor drei Jahren verlassen musste.

Peter Struck, Jahrgang 1943, Sohn eines Autoschlossers aus Göttingen, tritt als 21-jähriger in die SPD ein, studiert Jura und promoviert unmittelbar nach dem zweiten Staatsexamen mit einer Arbeit über jugendliche Alkoholtäter. Seine Berufstätigkeit beginnt in der Verwaltung in Hamburg, doch führt ihn seine kommunalpolitische Arbeit nach Uelzen, wo er zum Stadtrat und stellvertretenden Stadtdirektor gewählt wird. 1980 kandidiert er

mit Erfolg für den Bundestag. Er wird Mitglied im Finanzausschuss und profiliert sich als Obmann seiner Fraktion im Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der Flick-Parteispendenaffäre.

Erfolgreicher Bundesminister

Nach der Wahl 1990 rückt Struck zum Ersten Parlamentarischen Geschäftsführer auf, erhält damit – wie der Berliner Journalist Robert Birnbaum

SPD-Fraktion
im Deutschen Bundestag
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 2 27-5 50 66
Fax: (0 30) 2 27-5 60 85
E-Mail: frabuero@spdfraktion.de
www.spdfraktion.de



schreibt – die „Lizenz zum Strippenziehen“. In der Position arbeitet er so erfolgreich, dass er 1998 als Nachfolger von Rudolf Scharping zum Fraktionsvorsitzenden berufen wird. Nach Scharpings Entlassung als Verteidigungsminister folgt er ihm 2002 an die Spitze der Bundeswehr. Schneller als erwartet arbeitet sich der „Ungeiente“ in die neue Aufgabe ein, wo er unter anderem für die Auslandseinsätze der Soldaten verantwortlich ist. „Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt.“ Dieser Satz Strucks markiert eine neue deutsche Sicherheitspolitik.

Struck gilt als eines der erfolgreichsten Mitglieder der alten Bundesregierung. Die Süddeutsche Zeitung bescheinigt ihm, zu den „wenigen Politikern“ zu gehören, „die weder arrogant noch verschroben geworden sind“. Erfolgreich überwindet er im Jahr 2004 die Folgen eines Schlaganfalls. Bereits nach zehn Wochen meldet er sich zu seinem Dienst zurück. Peter Struck ist verheiratet und hat drei Kinder.



Wolfgang Gerhardt (FDP)

Solide und loyal



Die Frage nach seinem „größten Traum“ beantwortet er im Internet mit den Worten „Frieden überall auf der Welt“. Als Außenminister hätte er sicher gern daran gearbeitet, diesem Traum ein wenig näher zu kommen.

2002 und 2005 ist Wolfgang Gerhardt als Kandidat für das Auswärtige Amt in einer schwarz-gelben Koalition seinem Ziel ganz nahe. Doch in der Politik erfüllen sich Träume nur selten. Nach beiden Wahlen ist seine Partei zwar gestärkt, jedoch nicht in der Regierung. So ist er nun wieder Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, wenn auch nur bis Frühjahr 2006.

Gerhardt, Jahrgang 1943, ist auf einem kleinen Bauernhof im hessischen Vogelsbergkreis aufgewachsen, wie viele seiner Generation ohne seinen im Krieg gefallenen Vater. Das Studium der Erziehungswissenschaften, Germanistik und Politik schließt er mit der Promotion ab. Gleichzeitig beginnt er seine politische Laufbahn: Als 22-Jähriger tritt er der FDP bei und übernimmt Führungspositionen beim Liberalen Studentenbund und bei den Jungdemokraten.

Erfolg im Land

Durch seine Tätigkeit für die liberale Friedrich-Naumann-Stiftung, später für die beiden hessischen Innenminister Hanns-Heinz Bielefeld und Ekkehard Gries erwirbt er politisches Know-how. 1978 zieht er in den Landtag ein, bereits wenig später ergreift er die Chance und übernimmt den Vorsitz der Landespartei. Von 1987 bis 1991 amtiert Gerhardt als hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst und stellvertretender Ministerpräsident.

Mit dem Erfolg im Land wächst Gerhardts bundespolitischer Ruf. Er wird Mitglied des Bundesvorstandes,

dann stellvertretender Vorsitzender. 1994 zieht er in den Bundestag ein und gilt wegen seiner Solidität und Loyalität als Hoffnungsträger der Partei. So wird er 1995 zum Parteivorsitzenden gewählt, um seine Partei auf Reformkurs zu bringen. Auf dem gleichen Parteitag wird Guido Westerwelle in seinem Amt als Generalsekretär bestätigt, der Mann, der ihn 2001 als Parteichef und im Mai 2006 als Fraktionsvorsitzender beerben wird.

Gerhardt wird 1998 Fraktionsvorsitzender, nachdem die FDP in die Opposition wechselte. Es gelingt ihm, die Fraktion auf diese neue Herausforderung einzustellen und neu zu motivieren. Als Fraktionsvorsitzender genießt Gerhardt parteiübergreifend hohen Respekt und wird 2004 sogar als Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten gehandelt.

FDP-Bundestagsfraktion
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 2 27-5 23 78
Fax: (0 30) 2 27-5 67 78
E-Mail: pressestelle@fdp-bundestag.de
www.fdp-fraktion.de



Gregor Gysi und Oskar Lafontaine (Die Linke.)

Aus- und Einsteiger

Wenige deutsche Politiker haben eine so wechselvolle Laufbahn hinter sich wie die beiden Männer an der Spitze der Fraktion Die Linke. Gregor Gysi und Oskar Lafontaine. Beide haben Erfolge, Rückschläge und körperliche Belastungen überstanden, sind aus der großen Politik aus- und nun erneut in die Bundespolitik eingestiegen.

Comeback mit der Linkspartei

Gregor Gysi, Jahrgang 1948, entstammt einer alteingesessenen Berliner Familie mit jüdischen Vorfahren. Sein Vater Klaus war Kulturminister der DDR. Gysi tritt mit 19 in die SED ein, studiert Rechtswissenschaften. Als Anwalt vertritt er auch systemkritische Bürger und macht sich damit über die Grenzen der DDR hinaus einen Namen.

Nach dem Zusammenbruch der alten DDR-Führung wird Gysi Ende 1989 Vorsitzender der SED, von 1990 bis 1993 ihrer Nachfolgerin PDS. Er führt von 1990 bis 1998 die PDS-Gruppe, ab 1998 die PDS-Fraktion im Bundestag. Anfang 2002 scheidet er im Zuge der Koalitionsbildung im Berliner Senat aus dem Bundestag aus.

Seinen Rückzug aus der ersten Reihe der Politik verkündet er nach einer Abstimmungsniederlage auf dem PDS-Parteitag im Jahre 2000. Doch nach einer erfolgreichen Kandidatur bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin 2001 steigt er als Wirtschaftsminister der rot-roten Koalition erneut in die Politik ein, allerdings nur für ein halbes Jahr. Grund für seinen Rücktritt ist die private Inanspruchnahme von Bonusmeilen für dienstliche Flüge. Der eloquente Anwalt lässt danach – auch geschwächt durch eine Herzkrankheit – lange offen, ob er sich noch einmal zur Verfügung stellen wird. Doch bei Bildung der Linkspartei kann er 2005 nicht mehr Nein sagen.

Ein ebenso leidenschaftlich politischer Mensch ist sein neuer Partner Oskar Lafontaine, Jahrgang 1943. Sein

Vater fällt im Zweiten Weltkrieg, er studiert mit Hilfe eines Stipendiums Physik und macht 1969 sein Diplom.

Bereits 1966 ist der Katholik der SPD beigetreten, weil er den Anspruch des Christentums in der CDU nicht verwirklicht sieht. Eine steile Parteikarriere führt ihn über das Amt des Oberbürgermeisters von Saarbrücken und des saarländischen Ministerpräsidenten an die Spitze der SPD. Trotz eines Attentats durch eine geistesgestörte Frau, bei dem er eine Stichwunde am Hals davonträgt, wird er Spitzenkandidat der SPD bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl. Er kritisiert die deutsche Einheit als schlecht vorbereitet und erfährt nicht zuletzt deshalb eine Wahlniederlage. Er verzichtet auf den ihm trotzdem angebotenen Parteivorsitz, bleibt aber Mitglied der engeren Parteiführung.

Kritik an Regierungspolitik

Auf dem SPD-Parteitag 1995 setzt er sich in einer Kampf Abstimmung um den Parteivorsitz gegen den bisherigen Parteichef Rudolf Scharping durch. Unter Lafontaines Führung wird die SPD 1998 wieder stärkste Partei. Er hat dem Rivalen Gerhard Schröder die

Kanzlerkandidatur überlassen und tritt als Finanzminister in dessen Kabinett ein. Wenige Monate später tritt er überraschend von allen Ämtern zurück, weil er in der Politik des Kanzlers eine Abkehr von den Wahlaussagen der SPD sieht. In der Folge äußert er sich sehr kritisch über die Regierungspolitik, doch erst 2005 tritt er aus der SPD aus, wendet sich der Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit zu, in der sich viele ehemalige SPD-Mitglieder zusammengefunden haben. Er regt eine Zusammenarbeit mit der PDS an, die schließlich zur Bundestagswahl 2005 zustande kommt.

Bundestagsfraktion
Die Linke.
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 2 27-7 12 48
Fax: (0 30) 2 27-7 62 48
E-Mail: geschaeftsfuehrung@linksfraktion.de
www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
FRAKTION IM BUNDESTAG



Renate Künast und Fritz Kuhn (Bündnis 90/Die Grünen)

Durchsetzungsfähig und beredt



Durchsetzungsfähigkeit, Beredsamkeit und Hartnäckigkeit – Eigenschaften, die die beiden gleichberechtigten Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen neben ihrem gemeinsamen Geburtsjahrgang 1955 verbinden. Dass sie zu zweit etwas erreichen können, haben sie in ihrer Partei in der Zeit als Doppelspitze der Partei 2000 schon bewiesen. „Der Modernisierung eine Richtung geben“, heißt es seitdem für die Grünen.

Erfahrene Unterhändlerin

Renate Künast stammt aus einer Arbeiterfamilie in Recklinghausen. Schon früh lernt sie, sich durchzusetzen, zunächst gegen die eigenen Eltern, denen sie die Erlaubnis abtrotzt, statt der Haupt- die Realschule zu besuchen. Nach der Ausbildung zur Sozialarbeiterin arbeitet sie zwei Jahre lang in einer Berliner Männer-Justizvollzugsanstalt vor allem mit Drogenabhängigen. 1985 schließt sie ihr Jurastudium ab und arbeitet später als Rechtsanwältin.

Schon 1979 ist die Atomkraftgegnerin in die Berliner Grün-Alternative Liste eingetreten. Seit 1982 hat sie wechselnde Positionen in ihrer – 1993

mit den Bündnisgrünen zusammengeschlossenen – Partei und deren Abgeordnetenhausfraktion inne. Dabei festigt sich ihr Ruf als pragmatische Parteilinke und erfahrene Unterhändlerin, so dass sie nach der Bundestagswahl 1998 in die Kommission für die Koalitionsverhandlungen mit der SPD berufen wird. Die Bundespolitik steht ihr schon jetzt offen. Sie aber entscheidet sich zunächst noch für Berlin.

Im Jahr 2000 bewirbt sie sich mit ihrem heutigen Kollegen Fritz Kuhn um den gemeinsamen Parteivorsitz in

Bundestagsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen
11011 Berlin
Tel.: (0 30) 2 27-5 67 89
Fax: (0 30) 2 27-5 65 52
E-Mail: epost@gruene-bundestag.de
www.gruene-bundestag.de



Bundestagsfraktion

der Bundespartei. Sie ist zu jener Zeit Fraktionsvorsitzende der Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, Kuhn hat dieselbe Position im Landtag von Baden-Württemberg inne.

In der BSE-Krise im Januar 2001 muss sie das höchste Parteiamt bereits wieder verlassen, weil sie das neu strukturierte Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft übernimmt. Sie hat es in der Folge geschafft, den Verbraucherschutz auf die politische Agenda der Republik zu setzen und zu einem Markenzeichen der Grünen zu machen.

Vordenker des Realo-Flügels

Ihr Partner Fritz Kuhn, in Bad Mergentheim geboren und im Allgäu aufgewachsen, hat Germanistik und Philosophie in München und Tübingen studiert. Sein politisches Engagement gründet sich in der Umweltbewegung und im Widerstand gegen die Atomkraft. Er tritt der SPD bei, verlässt sie 1978 aber wieder „wegen des unerbittlichen Atomkurses von Helmut Schmidt“. Wenig später gehört er zu den Gründern der Grünen zunächst in Baden-Württemberg, dann auch im Bund. 1984 wird er in den Landtag gewählt, wo er sogleich zum Fraktionschef arriviert.

Er macht sich einen Namen als „Vordenker des südwestdeutschen Realo-Flügels“, wie es in der Presse heißt. Aus beruflichen Gründen tritt er zur nächsten Wahl nicht mehr an, mit der Begründung, es sei „nicht gerade eine verlockende Perspektive, in einer Partei Berufspolitiker zu werden, die explizit keine Berufspolitiker haben wolle“. Er übernimmt Lehraufträge und erhält 1989 eine Professur an der Stuttgarter Merz-Akademie.

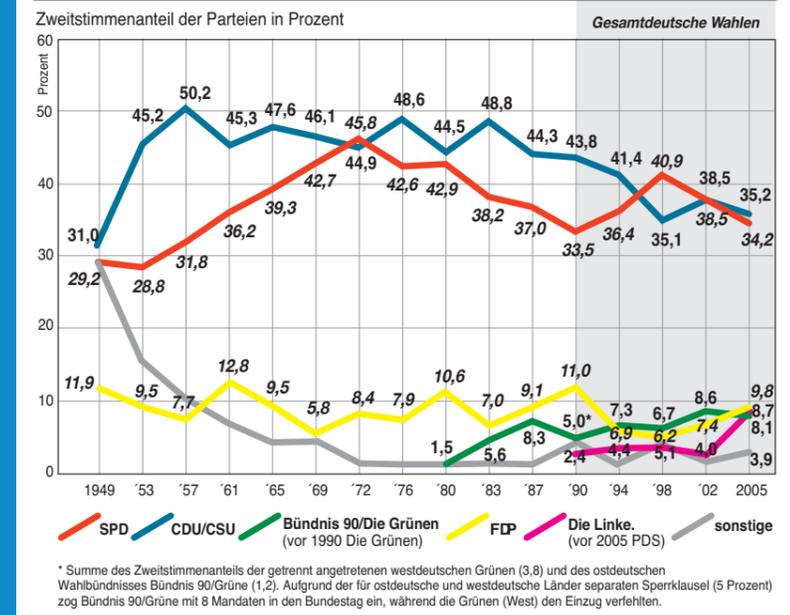
Die Politik lässt ihn aber nicht los. Er kehrt 1992 in den Landtag auf den Fraktionsvorsitz zurück, den er schließlich 2000 zugunsten des gemeinsamen Parteivorsitzes mit Renate Künast, später dann mit Claudia Roth, aufgibt.

Wahlstatistik 2005

Die Wahl in Zahlen

Wahlbeteiligung	77,7 Prozent
Anteil ungültige Erststimmen	1,8 Prozent
Anteil ungültige Zweitstimmen	1,6 Prozent
Briefwähleranteil	18,6 Prozent

Bundestagswahlen 1949 bis 2005



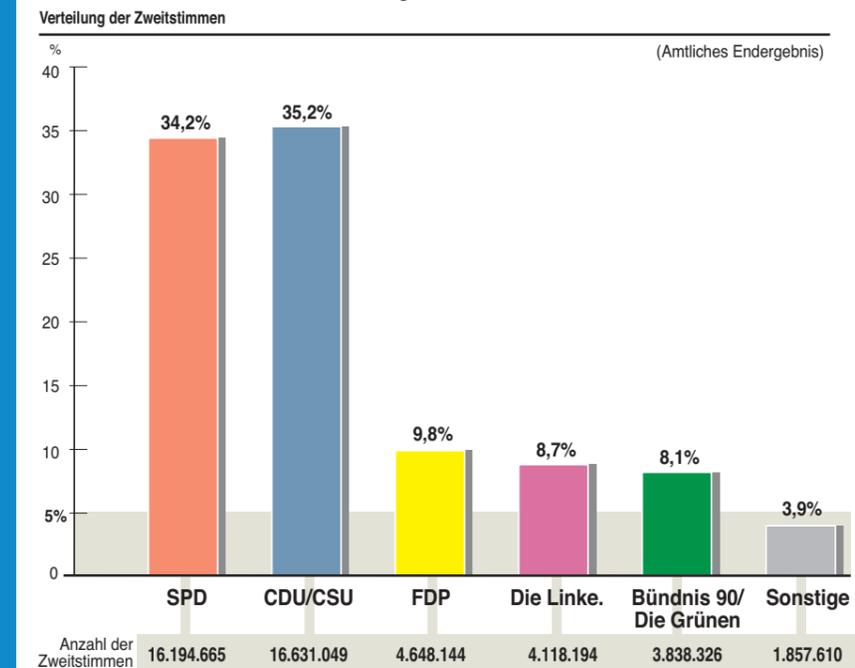
Weitere Wahlergebnisse

Ergebnisse der Parteien, die an der Sperrklausel (5 Prozent) gescheitert sind (erzielte Zweitstimmen).

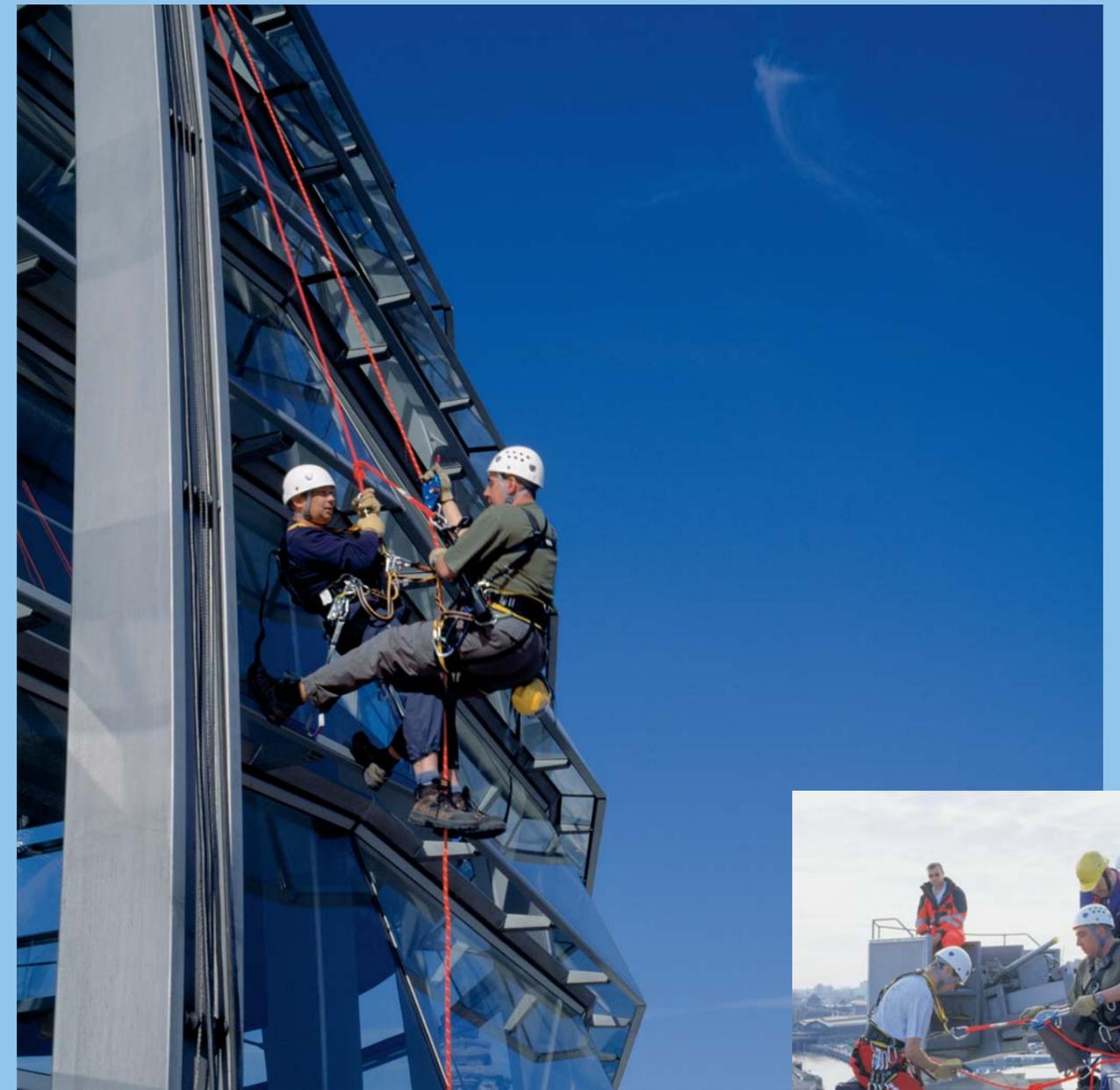
Partei	Anzahl	Prozent
Offensive D	3.338	< 0,1
REP	266.101	0,6
NPD	748.568	1,6
Die Tierschutzpartei	110.603	0,2
GRAUE	198.601	0,4
PBC	108.605	0,2
DIE FRAUEN	27.497	0,1
FAMILIE	191.842	0,4
BüSo	35.649	0,1
BP	35.543	0,1
ZENTRUM	4.010	< 0,1
Deutschland	9.643	< 0,1
AGFG	21.350	< 0,1
APPD	4.233	< 0,1
50Plus	10.536	< 0,1
MLPD	45.238	0,1
Die PARTEI	10.379	< 0,1
PSG	15.605	< 0,1
Pro DM	10.269	< 0,1

Weitere Informationen unter www.bundeswahlleiter.de

Die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag



Texte: Klaus Lantermann;
Fotos: Deutscher Bundestag, privat,
Picture Alliance, studio kohlmeier;
Grafiken: Karl-Heinz Döring



Sicher den Himmel stürmen

Fünf Männer von der Maschinen- und Versorgungstechnik des Deutschen Bundestages haben gelernt zu retten, wenn jemand in luftiger Höhe in Not gerät. Dafür war im Sommer ein hartes Training nötig.

Text: Kathrin Gerlof, Fotos: studio kohlmeier

Jetzt wird der Dirk gerettet. Dirk, du bist das Opfer, vergiss nicht zu schreien.“ Dirk lächelt und sieht nicht aus wie ein Opfer. Aber nun ist er eben dazu bestimmt worden und wehrt sich auch nicht dagegen. Es trifft jeden einmal. Dirk steigt in den Fahrkorb der Fassadenbefahranlage, in der Fachsprache auch „hochziehbares Personenaufnahmemittel“ genannt, und verschwindet mit ihr im Blau des Himmels.

Heiß ist es an diesem Tag in Berlin, und in der Kuppel des Reichstagsgebäudes laufen die Touristen schwitzend die Doppelhelix hinauf und hinunter. Ihnen wird zu dem sportlichen noch ein zweites Vergnügen geschenkt, denn an der gläsernen Außenwand der Kuppel tut sich was. Fassadenkletterer sind unterwegs. Dreht da jemand einen

Mühe, seinen Chef, der gerade eine hilflose Person mimt, sach- und fachgerecht für den Abstieg vorzubereiten. Eine einfache Höhenrettung soll das werden. Die Höhe an sich ist schon mal respektbeisend: 54 Meter über dem Straßenniveau. Jens Tetzlaff ist einer der Retter. Er sieht Vertrauen erweckend aus: breitschultrig, lächelnd – eben so, als könne ihn so schnell nichts aus der Ruhe bringen.

Stauende Touristen

Unten auf der Plattform stehen die anderen Kollegen des Sachbereiches Maschinen- und Versorgungstechnik und zwei Männer aus anderen Unternehmen: Holger Hebold, Ingenieur für Brandschutz und Inhaber einer Firma für Höhensicherheitstechnik, und Michael Pawelski, Technischer Auf-

Dirk ist inzwischen sachgerecht für den Abstieg vorbereitet. Leicht fällt es ihm nicht, sich hilflos zu stellen. Für die Kollegen unten und den tapferen Retter schreit das Opfer noch einmal kurz auf, um dann Gliedmaßen und Kopf hängen zu lassen und sich vollständig in die Obhut eines anderen zu begeben. Der macht seine Sache gut. Die Berater und Ausbilder auf der Aussichtsplattform sind zufrieden. Das ist der dritte Tag einer ganzen Trainingswoche und die Männer bringen gute Leistungen. Zumal ein Abstieg an der gläsernen Kuppelfassade keine einfache Sache ist. Schwieriger noch als an den anderen Häusern des Bundestages, deren Fassaden zumindest im 90-Grad-Winkel zur Erde stehen. Eine Kuppel ist die größere Herausforderung.

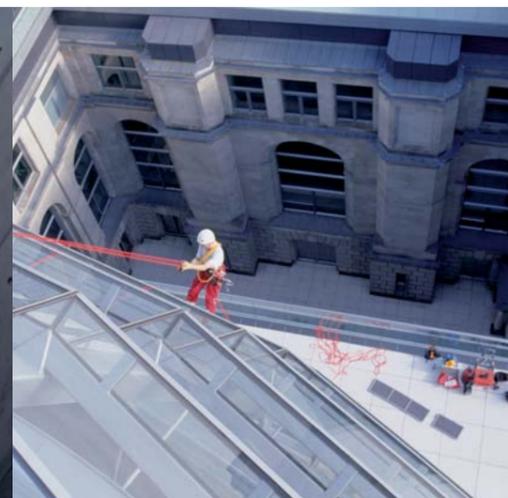
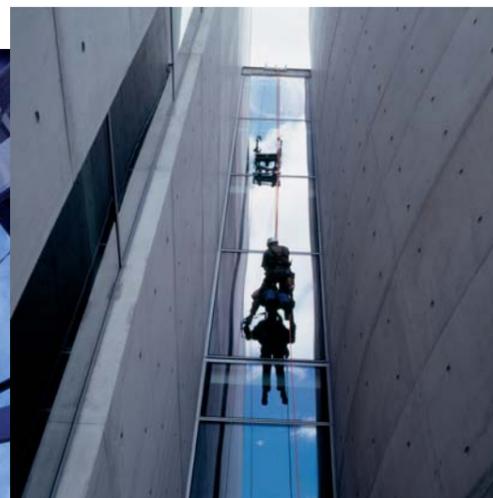
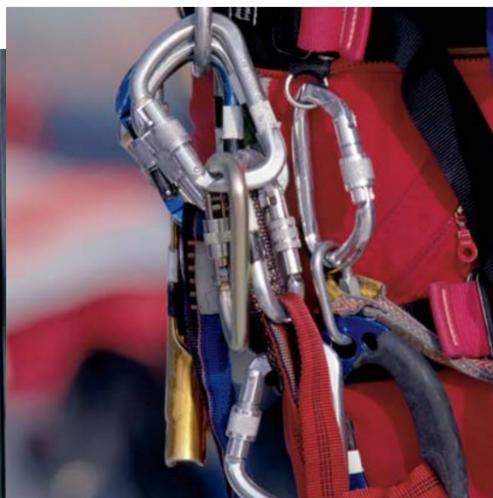
haltungswertes, gut sein? „Wir machen diese Trainingswoche hier im Bundestag schon zum zweiten Mal – zumindest Jens Tetzlaff und ich“, erklärt Dirk Stavorinus. „Das ist eine Präventivmaßnahme. Unsere Techniker und die Fassadenreinigungskräfte arbeiten in großen Höhen. Wenn da mal jemandem schlecht wird oder ein Unfall passiert, sollten wir in der Lage sein, Rettungsmaßnahmen einzuleiten, noch bevor die Einsatzkräfte der Feuerwehr kommen.“

Das klingt logisch. Vor allem, wenn man einmal im Büro des Sachbereiches, der für die Betreuung der Aufzugsanlagen und die gesamte Aufzugs- und Fördertechnik im Bundestag zuständig ist, auf die Rückseiten der Leitzordner im Regal schaut und sieht, wie viele verschiedene Möglichkeiten

Die Häuser des Bundestages stellen, sicherheitstechnisch betrachtet, eine große Herausforderung dar. „Wir mussten selbst Lösungsansätze erarbeiten, wie jemandem schnell geholfen werden kann, der in großen Höhen und in einer der Befahranlagen in Not gerät. Bis jetzt hatten wir noch keinen Ernstfall, muss auch nicht sein. Aber wir wollen natürlich bestens vorbereitet sein, wenn es doch mal dazu kommt. Wenn jemand im Gurt hängt, muss er innerhalb von fünfzehn Minuten gerettet werden, sonst besteht die

„Wenn man eine Rettung auch aus dieser Höhe beherrscht, gibt das denen, die da arbeiten, natürlich ein besseres Gefühl.“

Tetzlaff mit seinen Kollegen unter anderem um die rund 150 Aufzüge in den Häusern des Deutschen Bundestages. Mit Aufzügen hatte er schon in seinem früheren Berufsleben bei einer schwäbischen Firma zu tun. Seit 2002 ist er im Bundestag angestellt, eine Arbeit, die ihm gefällt – mit und ohne Rettungsübungen. Obwohl: Mit Rettungsübungen vielleicht doch noch etwas mehr. „Wir haben in dieser Woche trainiert, was passieren könnte. Das war an der Kuppel sicher am schwersten. Da sind Zugriffszeiten größer als anderswo. Aber wenn man eine Rettung auch aus dieser Höhe beherrscht, gibt das denen, die da arbeiten, natürlich ein besseres Gefühl“, sagt Jens Tetzlaff und schickt hinterher: „Sicherheit ist immer ein schönes Gefühl.“



Film? Auf jeden Fall lohnt es sich zu fotografieren. Vielleicht meinen es die mutigen Kerle da draußen ja tatsächlich ernst. Und wer weiß, vielleicht entpuppt sich einer gar als „Spiderman“.

Natürlich meinen sie es ernst, aber sie haben auch unglaublich viel Spaß an der Sache. Das „Opfer“ Dirk, im richtigen Leben Dirk Stavorinus, Meister im Sachbereich Maschinen- und Versorgungstechnik im Referat ZT 3, Liegenschaften und Gebäudetechnik, wird oben im Fahrkorb mit Seilen und Karabinerhaken gesichert. Handlich ist so ein ausgewachsener Mann ja nicht, aber irgendwie muss er wieder runter auf festen Boden kommen. Jens Tetzlaff, sein Kollege, gibt sich reichlich

„Wenn jemand im Gurt hängt, muss er innerhalb von fünfzehn Minuten gerettet werden, sonst besteht die Gefahr eines Hängetraumas.“

sichtsbeamter der Bau-Berufsgenossenschaft Hannover. Holger Hebold bildet unter anderem Rettungskräfte aus und vermittelt die Technik der „seilunterstützten Arbeitsplatzpositionierung für technische Hilfeleistungen in Höhen und Tiefen“. Michael Pawelski zertifiziert – um es einfach auszudrücken – Produkte, die an Seilen hängen oder an Kranen. Für Sicherheit sorgen sie beide.

„Wer schreit, lebt noch“, sagt Michael Pawelski und lächelt. Wie zur Bestätigung schickt Dirk noch einmal einen Hilferuf hinterher. Dann beginnt der Abstieg. In der Kuppel bleiben die Touristen stehen und fotografieren. Das glaubt ihnen zu Hause doch sonst kein Mensch. Und sie könnten ja erzählen, dass es sich hier um eine echte Rettung handelt. Wie eine Übung sieht es schließlich gar nicht aus.

Das „Opfer“ wird sicher auf den Boden der Aussichtsplattform gebracht und Jens Tetzlaff lehnt es noch fachgerecht mit dem Rücken an die Kuppelwand. „Na bitte“, sagt Holger Hebold, „hat doch gut geklappt.“ Und wofür soll das alles, jenseits des Unter-

es gibt, den Häusern des Bundestages auf die Dächer zu steigen oder sich an ihren Fassaden entlang in große Höhen zu arbeiten: Hubtische, Hebebühnen, Klettersitze, Fassadenaufzüge, Teleskopbühnen, Motorgondeln. Da sollte, neben der ständig zu prüfenden technischen Sicherheit, der Ernstfall auch ernsthaft geprobt werden.

Fünf Männer gehören zur Höhenrettungsgruppe des Fachreferates. Jens Tetzlaff und Dirk Stavorinus sind, dank einer Zusatzausbildung, Gruppenführer. Das klingt militärisch, heißt aber wirklich so. Einmal jährlich üben die Männer 30 Stunden lang, wie man Menschen rettet.

Gefahr eines Hängetraumas“, erklärt Dirk Stavorinus.

Echte Grenzerfahrung

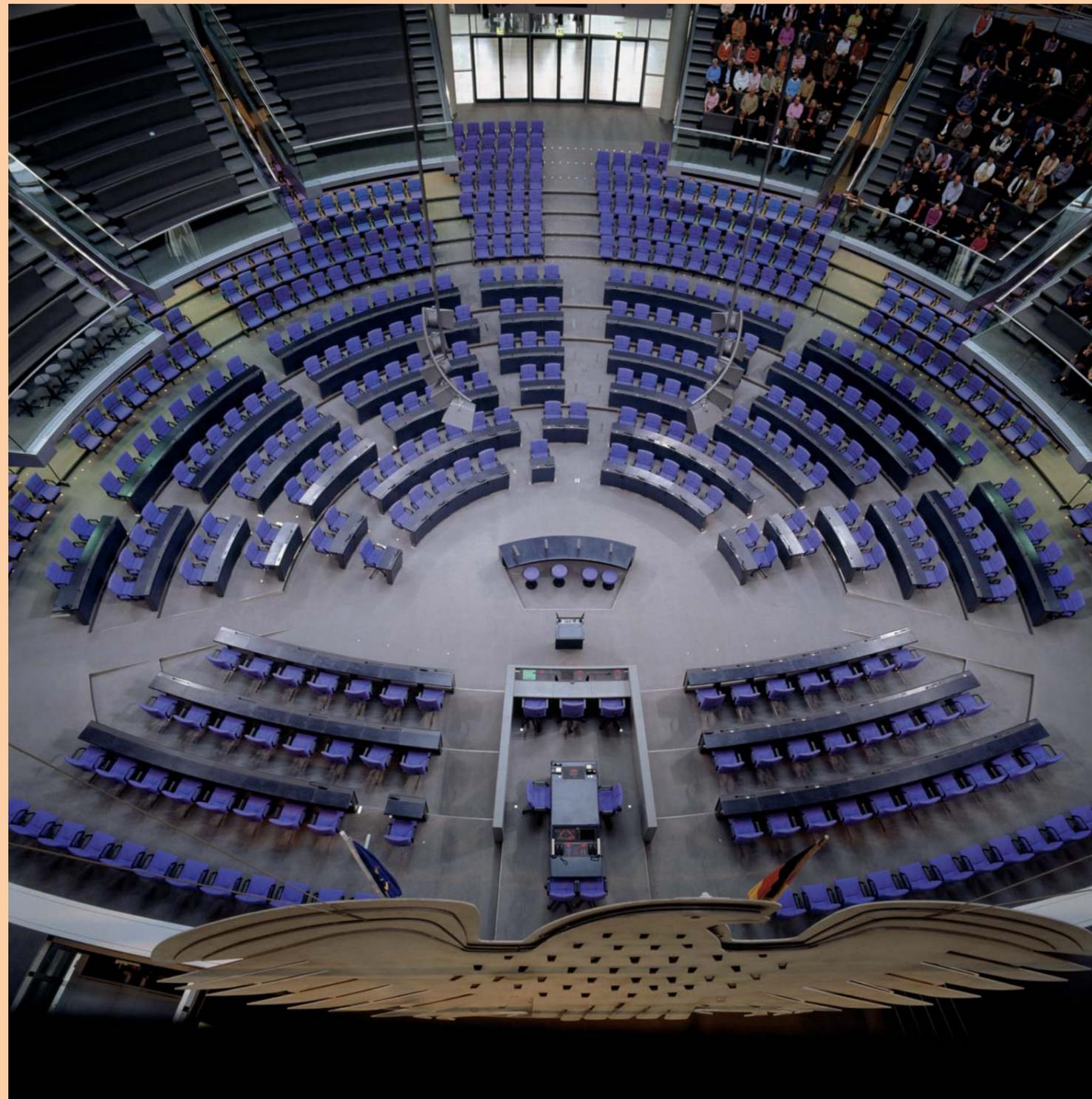
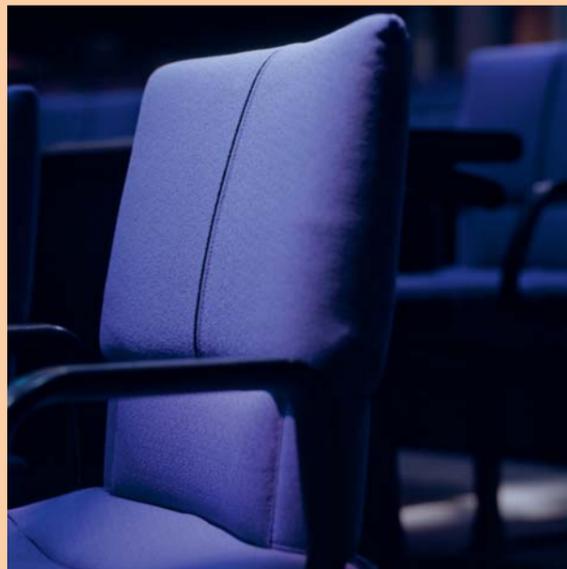
Natürlich wurden alle, die an der Ausbildung teilnehmen, auf Höhentauglichkeit geprüft. Jens Tetzlaff, von Beruf Mechaniker, hat den Test wie alle anderen bestanden. „Wer tiefentauglich ist...“, hebt er an und lächelt dann vielsagend. Wie sein Kollege Dirk Stavorinus geht der 40-jährige gebürtige Berliner gerne tauchen. Ob ihn das wirklich höhentauglich macht, weiß man nicht. Auf jeden Fall ist er es. Das Training beschreibt er als spannend, als eine echte Grenzerfahrung. Im normalen Arbeitsalltag kümmert sich Jens

Trainiert hat er auch schon in der Sächsischen Schweiz. „Da haben uns die Gebirgsjäger mal gezeigt, wo es langgeht.“ Ein zweiter Lehrgang führte ihn nach Ulm, wo einst ein Schneider meinte, fliegen zu können. Für Jens Tetzlaff war das Highlight dort die Rettung eines „Opfers“ von einem 60 Meter hohen Flutlichtmast. „Der hat vielleicht geschwankt“, sagt er und vermittelt den Eindruck, dagegen sei eine stabile Reichstagskuppel zwar kein Kinderspiel, aber souverän zu bewältigen.

Und so sah es ja auch aus bei der Übung unter strahlend blauem Himmel: spektakulär – und gleichzeitig sehr Vertrauen erweckend.

Nach jeder Wahl wird das Herzstück des Reichstagsgebäudes einer Prüfung unterzogen. Reichen die Plätze und folgt ihre Ordnung der gewählten Logik?

614 müssen es in dieser Legislaturperiode sein. „Figura eins“ hat also zahlenmäßig zugelegt. Farbe und Form aber sind gleich geblieben. Und der Name „Figura eins“ auch. So ein Sitz im Deutschen Bundestag kann einen schönen Namen auch gut vertragen. Und eine Farbe, die „Reichstagsblue“ heißt. Anders als das Königsblau ist dies eine sehr demokratische Farbe. Wer einen bundestagsblauen Sitz mit dem Namen „Figura eins“ hat, dessen Stimme zählt. Und hat Gewicht.



Wenn die neuen und die alten Abgeordneten ihre Arbeit aufnehmen, ist im Plenarsaal alles gut vorbereitet. Die Mikrofone funktionieren perfekt. Anzeigetafeln können jederzeit in Leuchtschrift den Tagesordnungspunkt vermelden. Der Platz für den neuen Präsidenten ist eingerichtet. Fahnen schmücken in vorgegebener Ordnung den Saal. Tische stehen an den richtigen Stellen, Kabel sind unsichtbar verlegt, Teppichböden gereinigt. Und alle Technik ist einer akribischen Prüfung unterzogen worden. Nun kann Politik gemacht werden.

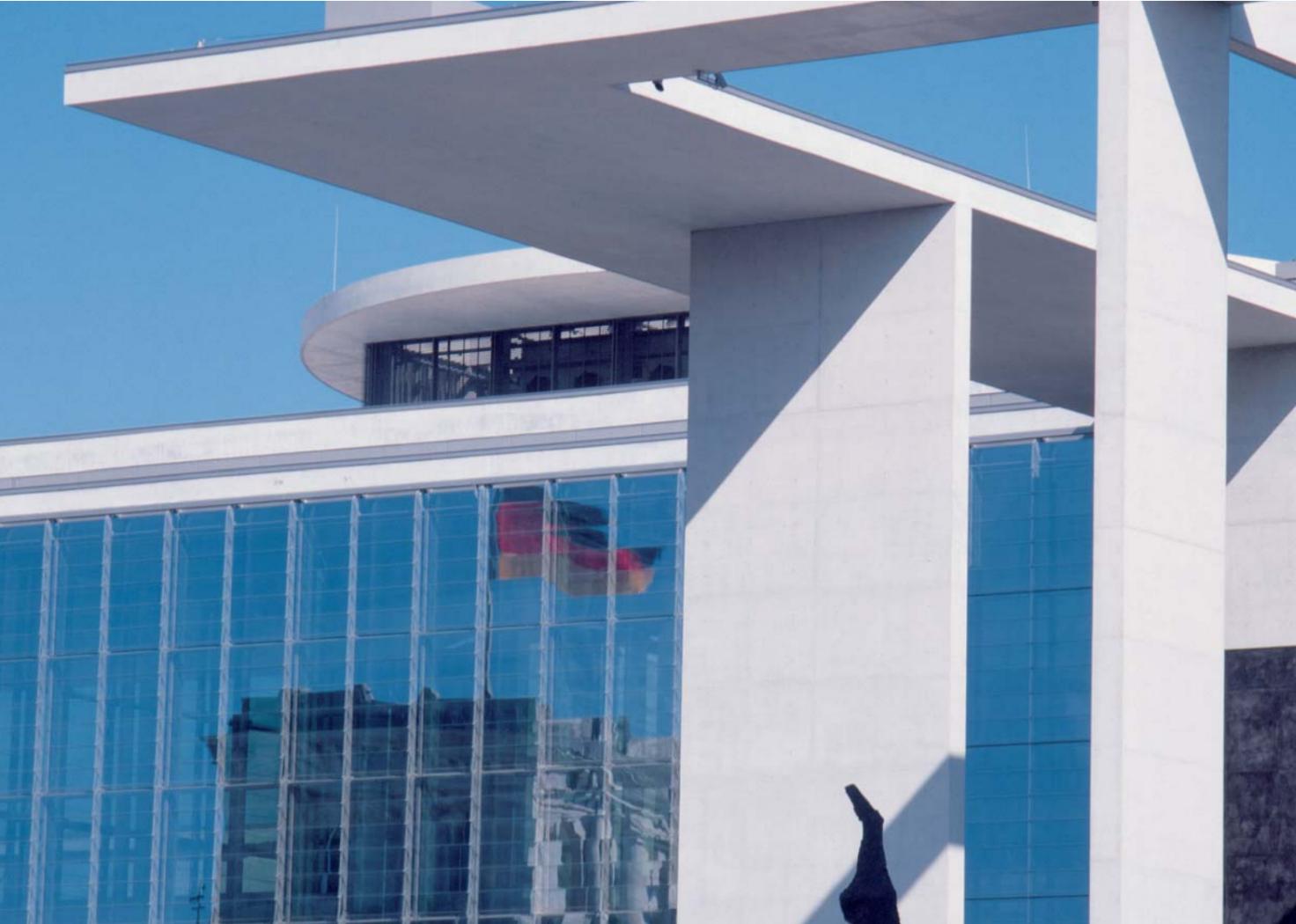
Text: Kathrin Gerlof
Fotos: studio kohlmeier

HÄUSER UND RÄUME 1



DAS HERZSTÜCK





Zukunftsforum Parlament

Ideen für die Demokratie von morgen

Effizient, transparent, bürgernah – was heute die Arbeit des Bundestages ausmacht, soll auch seine Zukunft bestimmen. Dabei könnte auch der Einsatz von neuer Informationstechnik helfen. Vieles ist möglich: Elektronische Petitionen gibt es seit September im Bundestag, Parlamentswahlen im Internet werden 2006 in Estland eingeführt. Aber nicht alles, was machbar ist, ist auch sinnvoll – und Technik nur ein Aspekt parlamentarischer Innovation. Zum Auftakt der Wahlperiode sucht BLICKPUNKT BUNDESTAG Ideen für das „Parlament der Zukunft“.

Herzlich willkommen – was darf ich Ihnen zum Thema Bundestag erzählen?“ Wer auf der Suche nach Informationen auf die Website des Bundestages surft, staunt nicht schlecht: Zu Diensten steht dort der Bundestagsadler als virtueller Assistent, um Fragen rund um das Parlament zu beantworten. Sekundenlang reagiert das animierte Tool auf die Eingabe. Der interaktive Berater schöpft aus einem Repertoire von rund 1.500 Antworten und er lernt ständig hinzu, Fragen korrekt zu erkennen. Eine kleine Service-Innovation – die Politik anschaulich macht, Zeit und Rechercheaufwand spart.

Im Kleinen, aber auch im Großen kann Elektronik helfen: So beabsichtigt die Bundestagsverwaltung, künftig Parlamentsdrucksachen auch elektronisch zu verteilen. Das ist schwieriger, als es auf den ersten Blick scheint. „Sie müssen sicherstellen, dass eine solche elektronische Drucksache auch sicher und recht-

lich unanfechtbar zugestellt werden kann“, sagt Arnulf Lunze, der Leiter der Unterabteilung Zentrale Informationsverwaltung. In einem ersten Schritt werden die Fraktionen Gesetzesvorhaben und Ausschüsse ihre Be-

schlussvorlagen auf elektronischem Weg einbringen können.

Fernziel ist, so Lunze, „dass Gesetzesentwürfe schon in einem vorgegebenen Format geschrieben werden, das auch bei der Verkündung des Gesetzes als Druckvorlage verwendet wer-

Zukunft der Demokratie – junge Abgeordnete im Parlament.



Ein Ausschuss für die Zukunft

Günter Krings, CDU/CSU

 guenter.krings@bundestag.de
www.guenter-krings.de

Nun ist sie wieder in Gang gesetzt, die Maschinerie des Deutschen Bundestages. Doch wie beständig sind diese parlamentarischen und organisatorischen Abläufe? Wie wird das Parlament der Zukunft aussehen? Wird die schleichende Amerikanisierung auch im hohen Haus Einzug halten? Wird gar die nächste konstituierende Sitzung nicht vom Alterspräsidenten, sondern vom „Senior Executive Director Otto Schily“ eröffnet? Wohl kaum.

Es sind aber Bereiche denkbar, in denen unser Parlament von der Professionalität des privaten Sektors noch lernen könnte. Im Parlament der Zukunft wird es den Abgeordneten erlaubt sein, mit ihren Laptops ins Plenum zu marschieren. Dank Wireless LAN können sie dort vor Ort die Aussagen des Redners überprüfen und in ihrem Redebeitrag darauf kontern. Gleiches gilt in den Ausschüssen: Über W-LAN werden die Drucksachen des Bundestag-Intranets den Abgeordneten zur Verfügung stehen. Das Termin-Hopping mit zentnerschweren Ausschussakten entfällt.

Auch die Wissenschaftlichen Dienste werden einen neuen Charakter bekommen. Sind sie heute noch Ansprechpartner für eher langfristig angelegte Rechercheaufträge, werden Sie zukünftig kurze prägnante Anfragen innerhalb kürzester Zeit beantworten.

Die Gewichtung der parlamentarischen Schwerpunktthemen wird sich ändern. Das Parlament der Zukunft wird nach dem Vorbild etwa des finnischen Parlaments um einen „Zukunftsausschuss“ erweitert sein. Dieser ist als Querschnittsausschuss angelegt, der zentrale Gesetzgebungsvorhaben auf ihre langfristigen Folgen durchleuchtet.

Schließlich ist das Parlament der Zukunft wieder zentraler Ort politischer Debatten. Die Zurückverlagerung der politischen Auseinandersetzung aus den Talkshows ins Plenum war notwendig geworden, nachdem bei allen Parteien die Erfahrung gereift war, dass Talkshowformate nicht geeignet sind, die Bevölkerung sachlich und ausführlich über politische Inhalte zu informieren.

den kann“. Das würde eine Menge Arbeit sparen. Denn eine Vorlage geht durch viele Institutionen und Hände ehe am Ende ein Gesetz im Bundesanzeiger steht. Bisher müssen Rechtstexte gelegentlich mehrmals von Hand bearbeitet werden, etwa wenn sich Tabellen nicht von einem zum anderen Computerformat übertragen lassen.

Umstrittene eWahlen

Die „elektronische Drucksache“ ist nur eines von vielen Projekten, um die Parlamentsarbeit durch technische Hilfsmittel effizienter zu machen und neuen Gegebenheiten anzupassen. Seit diesem Sommer etwa ist es möglich, an den Petitionsausschuss Eingaben per E-Mail zu richten, die dann auf der Website des Bundestages veröffentlicht werden. Vor allem Sammelpetitionen, hinter denen eine große Zahl an Petenten steht, werden dadurch einfacher. Vorgemacht haben es



Ein etwas anderes Wahllokal: Internet-Cafe in Estland.

die Schotten: Seit Februar 2004 können sie öffentliche Petitionen über das Internet an ihr Parlament einreichen. Ein Drittel aller Petitionen ist dort mittlerweile öffentlich.

Doch nicht alles, was technisch möglich ist, macht auch für die Ab-

geordneten Sinn. So hat sich das Parlament gegen eine elektronische Abstimmungsanlage ausgesprochen. Stattdessen setzt der Bundestag auf die bewährten Verfahren, die womöglich schon die alten Griechen kannten: Hand heben, aufstehen und den



Gute Politik braucht Zeit

Christian Lange, SPD

Auch der Bundestag der Zukunft lebt vom Vertrauen der Bürger. Um dieses zu bewahren und dort, wo es bereits verloren gegangen ist, neu zu schaffen, braucht das Parlament von morgen schon heute vor allem zwei Dinge: mehr Handlungsfähigkeit und mehr Transparenz.

Gerade in Zeiten, in denen durch die Globalisierung oder die Verlagerung von Entscheidungen in Kommissionen der Handlungsspielraum nationaler Parlamente eingeschränkt erscheint, gilt es, die verbliebenen Möglichkeiten auszuschöpfen und auszuweiten. Konkret bedeutet dies eine engere Einbindung der Abgeordneten schon im Vorfeld der Erarbeitung internationaler Verträge und Abkommen, die weitergehende Demokratisierung der Europäischen Union und eine Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre.

Denn gute Politik braucht Zeit, fundamentale Herausforderungen werden nicht über Nacht und in der Atmosphäre hitziger Dauerwahlkämpfe gemeistert. Im Gegenzug sollten endlich direktdemokratische Elemente auf Bundesebene eingeführt werden. Wer Vertrauen schaffen will, muss zudem dafür sorgen, dass es transparent und gerecht zugeht.

Der Bürger muss nachvollziehen können, was sein Vertreter in Berlin macht. Auch wenn niemand den gläsernen Abgeordneten möchte, gläserne Taschen sollte er schon haben. Die Offenlegung von Einnahmen, wie jetzt für die neue Wahlperiode durchgesetzt, sollte deshalb für jeden Abgeordneten selbstverständlich sein. Gleiches gilt für Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge: Wer von anderen Opfer verlangt, muss auch hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Das Parlament der Zukunft muss also zugleich gläsern und stark sein. Nur dann wird es auf Dauer gelingen, das Vertrauen der Menschen zu gewinnen.

 christian.lange@bundestag.de
www.lange-spd.de

„Hammelsprung“. Im alten Bonner Plenarsaal war in den 70er Jahren sogar schon einmal eine Abstimmungsanlage installiert, doch dann überwogen die Zweifel: Zu groß sei die Gefahr von Missbrauch, hieß es, etwa das Abgeordnete sich von Kollegen vertreten lassen, was nach der Verfassung nicht erlaubt ist.

Nicht unumstritten sind auch elektronische Wahlen. Mitte Oktober konnten etwa die Bürger Estlands bei den Kommunalwahlen zum ersten Mal ihre Stimme per Internet abgeben. Ein Computer, eine spezielle Identitätskarte mit Lesegerät und die Software aus dem Internet genügten, um von überall auf der Welt sein Kreuzchen bei der Wahl von Bürgermeister und Gemeinderat zu machen. 2006 soll das System bei der nationalen Parlamentswahl zum Einsatz kommen.

Auch in der Schweiz experimentieren drei Kantone mit der Stimmabgabe über das Internet. „Wir wollen

die Stimmabgabe den gesellschaftlichen Veränderungen anpassen“, sagt Daniel Brändli, der Leiter des Projektes „elektronische Stimmabgabe“ in der schweizerischen Bundesverwaltung in Bern. Im kommenden Jahr wird es im Kanton Zürich bei Kommunalwahlen den ersten Probelauf geben.

In Deutschland ist man eher skeptisch. Bereits 2001 ließ das Bundesinnenministerium die Möglichkeit von Internetwahlen untersuchen. Das Urteil war negativ: Technisch noch nicht ausgereift und die Gefahr der Manipulation zu groß, so der Befund. Denn wie will man sicherstellen, dass bei der Wahl über das Internet die Stimmabgabe geheim bleibt und dass niemand manipuliert?

Innovativer Untersuchungsausschuss

Bei der stetigen Modernisierung und Verbesserung der Parlamentsarbeit geht es jedoch nicht nur um

technische Neuerungen. Um die Volksvertretung im modernen Staat schlagkräftig zu halten, sind ebenso gesetzgeberische und organisatorische Fragen sowie Aspekte der öffentlichen Darstellung von Politik zu beachten. Ein wichtiges Feld ist dabei die praktische Gestaltung der Kontrollrechte.

Was die Kontrolle der Regierung angeht, hat der Bundestag in der Vergangenheit seine Kompetenzen erheblich erweitert und steht weit besser da als die Volksvertretungen anderer westeuropäischer Länder. „In mehreren Reformschritten hat der Bundestag fast immer die parlamentarischen Minderheitsrechte und somit die Wirkungsmöglichkeiten der Opposition gestärkt“, sagt Wolfgang Ismayr, Professor für Politikwissenschaft an der TU Dresden.

Dabei geht es um so simple Dinge wie Fristen und Verfahrensregeln, die sicherstellen, dass die Opposition ihre Gegenentwürfe zur Politik der Regie-



Sunset-Klausel, Verleseverbot

Jan Mücke, FDP

Der Bundestag der Zukunft muss vor allem eines sein: bürgernäher und transparenter. Die Akzeptanz des Bundestages krankt an seiner verkürzten, oftmals verzerrten Wahrnehmung. Nur wenige Interessierte nutzen Informationsangebote bis hin zu Liveübertragungen von Plenardebatten im Fernsehen. Selbst diese beschränken sich oftmals auf die Übertragung der Reden der Fraktionsspitzen, der einfache Abgeordnete hat kaum Gelegenheit, für seine Wähler im Wahlkreis via TV sichtbar zu werden.

Ich plädiere für die vollständige Digital-TV-Übertragung von Plenar- und Ausschusssitzungen. Dazu gehört aber auch, dass die Debatten lebendiger werden. Das Verlesen der Rede ist leider keine Seltenheit mehr und widerspricht dem Geschäftsordnungsgebot der freien Rede. Ein Verlesungsverbot würde dazu beitragen, dass sich die Abgeordneten auf das Wesentliche bei ihrer Rede konzentrieren, sich kurz fassen und vor allem lebhafter debattieren.

Zum Parlament der Zukunft gehört auch die Änderung des Selbstverständnisses als Gesetzgeber. Deutschland ist überreguliert, deshalb sollte das Parlament endlich zwingend Sunset-Klauseln in jedes neue Gesetz einarbeiten. Verordnungsermächtigungen für die Bundesregierung sollten nur noch im Ausnahmefall erteilt werden. In der Zeit der leeren Kassen, in der Politiker den Bürgern Einschränkungen zumuten müssen, sollten sie selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Deshalb steht eine Neuregelung der Altersvorsorge für Abgeordnete und Minister an. Abgeordnete und Minister sollen für ihr Alter selber Vorsorge treffen müssen. Besonders unverständlich ist beispielsweise auch das Sterbegeld für Abgeordnete, das für Otto Normalversicherte bereits zum 1. Januar 2004 aus den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen gestrichen worden ist. Das Parlament der Zukunft ist glaubwürdiger, wenn es sich selbst von Sparmaßnahmen nicht ausnimmt.

 jan.muecke@bundestag.de
www.jan-muecke.org.liberales.de

rung auch wirkungsvoll in der Öffentlichkeit präsentieren kann. Genauso wichtig sind die Rechte der Opposition in einem Untersuchungsausschuss, dem schärfsten Kontrollinstrument des Parlaments. Auch hier hat das Gesetz über Untersuchungsausschüsse die Rechte der Opposition weiter gestärkt. „Mit diesem Gesetz hat der Bundestag die Möglichkeiten der Opposition verbessert, Missständen öffentlichkeitswirksam nachzugehen“, so Ismayr.

Auch die Außendarstellung hat das Parlament mit einer Reihe von Neuerungen verbessert. Eine der ersten Innovationen war die Aktuelle Stunde, um gerade in der Öffentlichkeit diskutierte Themen aufzugreifen. Seit 1995 sind die „Kernzeitdebatten“ hinzugekommen, in denen meist donnerstagsvormittags die wichtigsten Themen der Sitzungswoche im Plenum zur Sprache kommen. Zuletzt kam es zu einer Premiere im 2. Untersuchungsausschuss der 15. Wahlperiode, dem



Premiere im 2. Untersuchungsausschuss der 15. Wahlperiode: Die Aussage von Außenminister Fischer wurde live übertragen.

„Visa-Untersuchungsausschuss“: Im Mai wurde die Sitzung erstmals ganztägig live im Fernsehen übertragen. Die Zuschauer konnten sich selbst ein Bild machen und ihre Eindrücke mit der sonstigen Berichterstattung vergleichen.

Integriertes Wissensmanagement

Eine große Herausforderung an die Abläufe im Bundestag stellt derzeit die Gesetzgebung auf der europäischen Ebene dar. Da viele wichtige Gesetze mittlerweile in Brüssel gemacht wer-

den, muss der Bundestag Wege finden, hier rechtzeitig seinen Einfluss geltend zu machen. Doch werden derzeit politische Absichten und Vorhaben oft erst zu spät oder eher zufällig – abhängig etwa vom öffentlichen Interesse – im Parlament wahrgenommen.

Zwar wird schon heute der Europaausschuss von der Bundesregierung über neue Gesetzesentwürfe auf EU-Ebene informiert. Doch insbesondere die Informationen über weitergehende Aktivitäten in Brüssel, wie Tagungen von Arbeitsgruppen oder Treffen der Botschafter der Mitgliedsstaaten, haben sich als nicht befriedigend erwiesen.

„Wir brauchen hier dringend eine bessere Koordinierung“, sagt Margot Heimbach vom Sekretariat des Europaausschusses. Ein neues Gesetz für eine bessere Abstimmung mit der Bundesregierung gibt es bereits. Es wurde schon von Bundestag und Bundesrat beschlossen. Das Gesetz legt fest, dass zwischen Bundestag und

Bundesregierung künftig im Einzelnen vereinbart werden soll, wie das Parlament bei EU-Angelegenheiten zu unterrichten und beteiligen ist.

Vielleicht hilft auch ein modernes Wissensmanagement den Abgeordneten, sich in der europäischen Mehrebenendemokratie besser zurechtzufinden. Der Bundestag will so bald als möglich ein elektronisches Wissensmanagement für seine Zwecke realisieren, in dem alle Informationsangebote zusammengefasst werden, die das Parlament derzeit für Abgeordnete vorhält. Wenn ein Abgeordneter oder eine Abgeordnete zu einem Thema Informationen sucht, dann sollen mit einem Handgriff wichtige Plenardebatten, Zeitungsausschnitte und Literaturhinweise abrufbar sein. Noch ist allerdings solch eine intelligente Suchmaschine Zukunftsmusik.

Text: Matthias Rumpf
Fotos: Deutscher Bundestag, studio kohlmeier, Picture-Alliance



ePetitionen

Seit dem 1. September 2005 können Bürgerinnen und Bürger Petitionen per E-Mail einreichen und zugleich Sammelpetitionen im Internet unterstützen. Einstimmig hat sich der Petitionsausschuss am 15. Juni für diesen Modellversuch zur Mitzeichnung von Petitionen im Internet ausgesprochen. Im Einverständnis mit Petentinnen und Petenten und nach Maßgabe des Persönlichkeitsschutzes wird bestimmten Massen- und Sammelpetitionen die Einstellung ins Internet ermöglicht. Der Zeitraum für den Probetrieb wurde auf zwei Jahre festgelegt.

www.bundestag.de/petitionen



Selbstbewusster, transparenter, fairer

Katja Kipping, Die Linke.

 katja.kipping@bundestag.de
www.katja-kipping.de

Wie sähe für mich der Bundestag der Zukunft aus? Nun, auf keinen Fall so wie zur Konstituierung am 18. Oktober. Über 600 hoch bezahlte Menschen wurden damit beschäftigt, mit ineffizienten Wahlverfahren ihre Zeit zu vertun. Andere Länder zeigen, dass es dazu technische Alternativen gibt. Ein Bundestag der Zukunft sollte zudem fairer agieren. Wenn Bedenken gegen eine Person bestehen, sollte es zum guten Ton gehören, diese im Vorfeld zu signalisieren und nicht einfach in trotziger Manier einer Fraktion ihr Recht auf einen Vizepräsidenten streitig zu machen.

Der Bundestag soll zwei Prinzipien einer demokratischen Gesellschaft stärken, an denen sich Politik messen lassen muss. Das sind Transparenz und Bürgerbeteiligung. So könnten beispielsweise am Abend vor Plenarsitzungen Bürgerforen stattfinden, bei denen Vertreter von Regierung und Fraktionen Rede und Antwort stehen müssen.

Zweitens geht es um die Wiedergewinnung des politischen Raums für das Parlament. In den letzten Jahren hat eine Kompetenzabgabe der Legislative an Kommissionen stattgefunden, deren Vorschläge als alternativlos dargestellt werden. Der Beitrag des Bundestages beschränkt sich zunehmend auf das Abnicken von Regierungshandeln. Die Demokratie hat leider einen großen Ansehensverlust erlitten. Die Wahlerfolge neonazistischer Parteien zum Beispiel in Sachsen und bei der U18-Wahl sind dafür nur ein Indikator. Hier gilt es, aktiv zu werden und für eine Redemokratisierung des öffentlichen Diskurses zu sorgen, der Bundestag kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten, unter anderem indem wir uns alle von der Ideologie der Alternativlosigkeit verabschieden und stattdessen in eine faire Auseinandersetzung über unterschiedliche Entwicklungspfade treten.



Argumente per SMS

Ute Koczy, Bündnis 90/Die Grünen

 ute.koczy@bundestag.de
www.ute-koczy.de

Das Parlament der Zukunft ist ein transparentes, internationales und vor allem lernendes Parlament. Zum einen sind Sitzungen öffentlich, Diskussionen werden im E-Netz übertragen, zu den vorgetragenen Argumenten können von außen Gegenargumente per E-Mail oder SMS geschickt werden. Diese werden im Saal eingeblendet und können von den Abgeordneten aufgegriffen werden. Das Parlament repräsentiert in seiner unterschiedlichen Zusammensetzung die gesamte Bevölkerung, Frauen sind zum Beispiel viel stärker vertreten als heute.

Das PdZ will sich schlau machen, nicht nur durch das Heranziehen von Expertinnen, sondern auch durch die Diskussionen in anderen Ländern. Allen ist bewusst, dass zahlreiche Fragen nur global gerecht beantwortet werden können. Soziale und ökologische Herausforderungen werden unverkrampft auf ökonomischer Basis angegangen. Einer Verschwendung von Ressourcen wird rigoros entgegengetreten.

Der Austausch mit Parlamenten in anderen Staaten ist selbstverständlich, unterschiedliche Lösungsansätze werden nicht nur europaweit, sondern weltweit debattiert. Dazu werden die Abgeordneten in Fremdsprachen fit gemacht oder der Sprachcomputer schaltet sich ein. Videokonferenzen gehören dann zum Alltag, werden persönliche Kontakte jedoch nicht ersetzen.

Das PdZ hat einen fundamentalen Schwenk vollzogen. Prävention und vorausschauendes Handeln stehen im Vordergrund und es wird langfristig gedacht. Um dahin zu kommen, hatte sich das Parlament auf Ziele verständigt, die mittel- und langfristig angelegt sind. Die Kriterien in den jeweiligen Arbeitsfeldern sind ständig überprüft worden und haben so den Weg für diese zukunftsorientierte Ausrichtung bereitet.



Das Ansehen des Bundestages steht auf dem Prüfstand. Das Parlament sei zu sehr mit sich selbst beschäftigt, reagiere spät auf gesellschaftliche Entwicklungen und lasse sich immer häufiger von der Regierung bevormunden, lautet die Kritik.

Streitgespräch: Stellung des Parlaments

„Wie souverän ist der Souverän?“, fragt deshalb zum Beginn der neuen Wahlperiode BLICKPUNKT BUNDESTAG die nach 11 Jahren Vizepräsidentschaft aus dem Bundestag ausgeschiedene Antje Vollmer vom Bündnis 90/ Die Grünen und die neu zur Vizepräsidentin des Bundestages gewählte Unionsabgeordnete Gerda Hasselfeldt.



Gerda Hasselfeldt

Das Gespräch führte Sönke Petersen. Fotos: Photothek

Antje Vollmer

Wie souverän ist der Souverän?

Blickpunkt Bundestag: Freuen Sie sich, Frau Hasselfeldt, auf Ihr neues Amt oder ist das nur ein Repräsentationsjob und eine Kompensation für andere, nicht erreichte Ämter?
Gerda Hasselfeldt: Nein, ich freue mich sehr auf diese Aufgabe, sonst hätte ich mich dafür nicht beworben. Es ist eine neue Herausforderung, weg vom tagespolitischen Streit, hin zur Repräsentation, aber auch zu einer Aufgabe, bei der man ein bisschen über den Dingen stehen darf.

Blickpunkt: Frau Vollmer, was sind Ihre Erfahrungen, ist Ihre Bilanz nach elf Jahren vorne auf dem Präsidentenstuhl?

Antje Vollmer: Auch ich habe diese Aufgabe immer als große Chance gesehen, auch einmal etwas neben der normalen Spur zu denken und zu sagen. Ich habe aber auch mit wachsender Sorge gesehen, dass das Ansehen des Parlaments und sein eigenes Selbstbewusstsein in den letzten Jahren stark gesunken sind. Ein Parlament ist doch ein armes Wesen, weil es unter enorm vielen unterschiedlichen Drücken und Einflüssen steht. Es muss sich immer von Zeit zu Zeit selbst die Chance geben, darüber zu diskutieren, ob seine Verortung noch stimmt. Wir haben etwa eine wachsende Tendenz zum Regierungsparlament, siehe die Vertrauensfrage, die eigentlich eine Misstrauensfrage war, oder

das Nachvollziehen-Müssen von vorgegebenen Versprechungen auf der Regierungsseite. Und wir haben daneben eine Tendenz zur Mediendemokratie mit der Konzentration auf einige wenige Leute. Bei Sabine Christiansen sitzen doch immer nur die gleichen 15 bis 20 Leute und nicht die Hunderte von Abgeordneten, die wir im Parlament haben.

Blickpunkt: Das sind kritische Töne. Teilen Sie diese Sicht, Frau Hasselfeldt?

Hasselfeldt: Die Tendenz ist zweifellos vorhanden, insbesondere das starke Anwachsen einer auf Personen fixierten Mediendemokratie, wodurch die in Wahrheit gar nicht so unspannende parlamentarische Diskussion häufig zu kurz kommt. Damit muss man sich auseinandersetzen. Wir müssen immer wieder hinterfragen, wie wir die parlamentarische Arbeit interessanter und attraktiver für die Bevölkerung gestalten können, damit diese nicht nur auf Talkshows angewiesen ist, sondern die Diskussionen im Parlament selbst verfolgt.

Blickpunkt: Bei aller Kritik: Hat nicht der Bundestag eine seiner Hauptaufgaben, stabile Regierungen hervorzubringen und handlungsfähig zu halten, in den vergangenen

Jahrzehnten sehr ordentlich gemacht? Zählt das nicht in der Bilanz?

Vollmer: Doch durchaus. Vor allem, wenn man von außen schaut. Es gibt ja einen eklatanten Widerspruch zwischen dem Selbstgefühl der Deutschen und dem Blick von außen. Das Ausland sieht in der Bonner und jetzt Berliner Republik eine sehr stabile Demokratie, die viele Probleme nicht kennt, zum Beispiel Korruptionskrisen, ständige Regierungswechsel oder Parteiensplinterungen. Von außen gesehen sind wir fast so etwas wie ein kleines Demokratieparadies. Das entspricht aber nicht der Akzeptanz des Bundestages in unserer Bevölkerung.

Blickpunkt: Woher kommt dieses sinkende Ansehen im Innern?

Hasselfeldt: Ich sehe das, mit Verlaub, nicht ganz so negativ. Das Parlament hat zweifellos stark zur Stabilität unseres Staatswesens beigetragen. Auch das Ansehen der Parlamentarier in der Bevölkerung ist so schlecht nicht. Natürlich gibt es Defizite und auch manche Desinformation, aber generell ist das Image des Bundestages zwar immer verbesserungsfähig, dennoch aber nicht besorgniserregend.

Blickpunkt: Hat der Bundestag zu wenig zu sagen? Wird zu viel in Gremien, in Kommissionen vorab entschieden?

Vollmer: Der eigentliche Prozess von Politik ist ja, die unterschiedlichen Teile der Wirklichkeit darzustellen, Lösungsansätze deutlich zu machen und dann zu entscheiden. Dieser Prozess kann öffentlich nur im Parlament oder in den Ausschüssen passieren. Nur: Von diesem Prozess bekommt man nur sehr wenig mit. In der Mediendemokratie wird vieles lediglich nach der Qualität der Krawalligkeit ausgesucht. Das ist oft dreist, dennoch sehr beliebt. Vor allem wird der demokratische Prozess, Kompromisse zu schließen, diffamiert. Stattdessen wird gern die Moral von Politik diskutiert. Das ist wichtig, aber die Essenz von Politik ist doch, mit fehlbaren Menschen so zu agieren, dass Bevölkerungen sich mehrheitlich vertreten fühlen.

Blickpunkt: Werden sich diese Trends in einer Großen Koalition verstärken?

Hasselfeldt: Wir haben in dieser Legislaturperiode ja die besondere Situation, dass drei kleinere Oppositionsfraktionen einem großen Regierungslager gegenüberstehen. Deshalb wird es zu differenzierteren Prozessen kommen, gerade auch deshalb, weil die drei Oppositionsfraktionen



Im Gespräch: Gerda Hasselfeldt ...

ganz unterschiedliche Meinungen vertreten. Ich fürchte, dass vieles an den Kompromissen, die gemacht werden, in der Öffentlichkeit nicht nachvollzogen werden kann. Das ist durchaus ein Problem. Deshalb brauchen wir mehr Transparenz der Ideen und Entscheidungen. Vielleicht könnte mehr Öffentlichkeit bei den Ausschusssitzungen, in denen ja die eigentliche Gesetzesarbeit passiert, dazu beitragen.

Blickpunkt: Nun war der Start mit der verunglückten Wahl von Lothar Bisky zum Vizepräsidenten nicht gerade ein Glanzstück. Wirft das Schatten?

Vollmer: Ich glaube, das sollte man nicht überbewerten. Hier haben offenbar unkoordiniert viele Abgeordnete durchaus selbstbewusst gehandelt und sich gesagt: Die Leitung eines Parlamentes passt mit dem Job eines Parteivorsitzenden, der ja, wie der Name schon sagt, Partei ist, nicht gut zusammen. Also, dieses Stückchen Rebellenrum kann ich nachvollziehen. Mir gefällt eigentlich immer, wenn etwas nicht so klappt, wie es sich die Oberen ausgedacht haben. Wir sollten ohnehin den ständigen Gehorsamsdruck auf frei gewählte Abgeordnete abbauen. Gerade in Zeiten einer Großen Koalition, bei der es nicht auf jede Stimme ankommt, sollte die Devise heißen: Vorrang für Selbstbewusstsein und den eigenen Kopf!

Blickpunkt: Sind die Abgeordneten zu wenig selbstbewusst, zu sehr folgsame Diener ihrer Fraktionsführungen?

Hasselfeldt: Die Gefahr besteht, es ist aber nicht zwingend. Das Parlament kontrolliert die Regierung ja auf zweierlei Weise: Die Abgeordneten der Regierungsmehrheit unter dem Gesichtspunkt der Erfolgsorientierung, denn Regierung und Mehrheit sitzen ja in einem Boot, die Oppositionsfaktionen

kontrollieren aus dem Blickwinkel der Kritik und Alternative heraus. Das sind unterschiedliche Rollenverteilungen. Wenn sie richtig wahrgenommen werden, können sie durchaus zu einem stärkeren Selbstbewusstsein des Parlaments führen. In einer Zeit der Großen Koalition ist der Spielraum für ein selbstbewusstes Parlament meines Erachtens größer als in Zeiten knapper Mehrheiten.

Vollmer: Dann sollte sich das Parlament auch neue Errungenschaften erobern. Zum Beispiel bei der Regierungsbefragung. In England steht dafür die gesamte Regierung samt Premierminister zur Verfügung; bei uns sprechen Staatssekretäre meist vor ziemlich leeren Bänken. Bei uns gehen die Regierungspläne erst zu den Journalisten, dann vielleicht auch einmal ins Parlament. Wenn wir das änderten, würde auch die Tendenz, vieles in der Blackbox kleiner Zirkel zu entscheiden, gebrochen. Das würde das Parlament auf jeden Fall aufwerten.

Blickpunkt: Der Bundestag soll „Forum der Nation“ sein, der Ort, an dem die großen gesellschaftlichen

Themen behandelt werden. Kommt er diesem Anspruch ausreichend nach?

Hasselfeldt: Das ist sicher ausbaufähig. Vieles läuft ja im Bereich der unspektakulären Gesetzesarbeit ab, das ist auch richtig so. Aber die großen gesellschaftlichen Debatten finden eher zu selten statt. Daran sollten wir arbeiten.

Vollmer: Die großen Debatten kommen ja aus den Fragen der Zeit. Wenn man immer nur Klein-Klein diskutiert und nur an der Tagespolitik bleibt, kommt man nicht zu den großen Themen. Zudem werden große Debatten geführt von Menschen, die auch etwas zu sagen haben. Diese Persönlichkeiten nehmen mit dem Abstand zu den großen tragischen Ereignissen unserer Geschichte natürlicherweise eher ab. Hinzu kommt das sinkende Ansehen der Parlamentarier. Vor 20 Jahren war der Beruf des Abgeordneten eindeutig angesehen als heute.

Blickpunkt: Was kann man tun, um das Ansehen des Parlaments zu stärken?

Hasselfeldt: Das bedarf eines ganzen Blumenstraußes an Maßnahmen. Vor allem gehört dazu, den Abgeordneten nicht als Fußabstreifer der Nation zu nehmen, der für alles seinen Kopf hinzuhalten hat. Das heißt, wir müssen öffentlich neu über die Rolle des Politikers nachdenken.

Vollmer: Auch die Politiker selbst müssen sich ehrlich machen und über ihre Würde sprechen. Sie müssen sich mehr trauen und gegenüber der ständigen Gerhorsamsforderung von oben den Rücken gerade machen. Das ist schwer, trotzdem würde ich mir das wünschen.

i Reden Sie mit beim Thema „Stellung des Parlaments“:

gerda.hasselfeldt@bundestag.de
antje.vollmer@bundestag.de
Redaktion: blickpunkt@media-consulta.com

... und Antje Vollmer.



PANORAMA



Begegnungen im Parlamentsviertel Die nächste Etappe

An einem sonnigen Herbsttag startet der Bundestag in seine – seit dem Beginn im Jahre 1949 – mittlerweile schon 16. Gesetzgebungsperiode. Schon einhalb Stunden vor Beginn der konstituierenden Sitzung ist im Reichstagsgebäude Betrieb. Besuchergruppen werden am Eingang kontrolliert, Pressesprecher **Hans Hotter** hilft in der Nähe des Osteingangs Kameralen, die sich auf ihren Einsatz vorbereiten. Am Fahrstuhl wartet **Wolfgang Thierse**, der in wenigen Stunden sein Amt abgeben wird. „Ein wenig elegisch“ sei er an diesem Tag schon, gesteht er. Schließlich habe er als Präsident „sieben gute Jahre im deutschen Parlament“ erlebt.



Vizepräsident Wolfgang Thierse (SPD).

In der Lobby liegen die Anwesenheitslisten aus. Auch **Annette Schavan**, designierte Ministerin und eines der 163 neuen Mitglieder des Bundestages, sucht ihren Namen und trägt sich ein. Sie sei gespannt und neugierig, wie die nächsten vier Wochen verlaufen werden, meint sie. Sie hoffe, dass sie und ihre Kollegen in Parlament und Regierung es schaffen werden, bei den Bürgern „Mutlosigkeit und Skepsis gegenüber der Politik“ abzubauen.

Mallorca-Effekt?

Vor der ersten Plenarsitzung kommt die CDU/CSU-Fraktion zusammen. Ihre Kandidaten für das Präsidium müssen nominiert werden. Bildjournalisten warten auf der Fraktionsebene auf die Politiker. Für **Thomas Köhler**, der für eine Bildagentur arbeitet, geht es heute eher um eine Routineaufgabe. Er betrachtet sie ein wenig als Generalprobe für den Tag, an dem die Kanzlerin vereidigt wird.

Die Sitzung rückt näher, im Plenarsaal haben die ersten Parlamentarier schon Platz genommen. Einer ihrer Kollegen, der erst noch in Ruhe einen Kaffee trinkt, bemerkt mit spitzer Zunge: „Das ist der Mallorca-Effekt – sich morgens als Erster einen Platz sichern.“

Die Saaldienerinnen und Saaldiener erhalten letzte Instruktionen. Seit der Wahl haben sie versucht, sich die Gesichter und Namen der neuen Abgeordneten einzuprägen. Platzmeister **Antonius Müller** trägt neben den Schriftführern die Verantwortung, dass bei den bevorstehenden Wahlgängen alles reibungslos läuft. Er berichtet, schon am

Vortag habe es eine Besprechung mit den Schriftführern gegeben, von denen ja auch einige neu sind. Und damit nichts vergessen wird, ist Müller bestens präpariert. Er sagt:

„Ich habe alles schriftlich hier, zum Beispiel wie lange der Alterspräsident redet und der neue Präsident.“ Auch die Saaldiener, die offiziell Plenarassistenten heißen, haben Unterlagen mit Fotos der Neuen bekommen. So kann eigentlich nichts mehr schief gehen.

Informierte Bürger

Während später im Plenarsaal der erste Wahlgang beginnt, beantworten im Infomobil des Bundestages draußen vor dem Reichstagsgebäude Mitarbeiter der Öffentlichkeitsarbeit des Parlaments Fragen von Bürgern und verteilen Informationsmaterial. Sie haben gut zu tun. In einigen Bundesländern sind noch

Herbstferien und entsprechend zahlreich sind die Touristen, die sich hier über das deutsche Parlament unterrichten wollen.

Sylvia Bachmann verteilt Prospekte in verschiedenen Sprachen und bemerkt, wie gut informiert die meisten Bürger sind, die dem Bus einen Besuch abstatten. „Menschen, die Vorbehalte gegenüber der Politik haben, die kommen erst gar nicht her.“ Ihr Kollege **Michael Kresin** meint, eigentlich toure der Bus ja durch Deutschland, doch habe man wegen der im Wahlkampf gebotenen Zurückhaltung eine Pause in Berlin eingelegt.

Fotos: Deutscher Bundestag



Saaldienerin mit Wahlurne bei der Konstituierung.

Drei Fragen an Abgeordnete

Herr Dzembritzki, was ist Ihr Lieblingsort in Berlin?

Berlin ist zu schön, um mit einem Lieblingsort auszukommen. Entspannend und immer wieder faszinierend ist ein Spaziergang durch den Tegeler Forst. Die Apolloberge zu erklimmen oder sich auf dem Ehrenpfortenberg auszurufen, mit dem Wissen, in Berlin zu sein, hat schon besonderen Charme.

Worüber haben Sie zuletzt gelacht?

Zuletzt habe ich über die Zielgenauigkeit von Wahlprognosen gelacht. Natürlich kommt da die alte Volksweisheit zum Tragen: Schadenfreude ist

die ... und die Freude, dass in meinem Wahlkreis das Ergebnis umgekehrt zu den Prognosen war.

Was soll als Nächstes von ihrem Schreibtisch?

Eine Berliner Künstlerin, Margot Trierweiler, hat 1995 ein Triptychon aus „Kriegsfundsachen“ geschaffen zu Ehren für die Gefallenen der Seelower Höhen. Es stand bis vor einiger Zeit in der Gedenkstätte Seelower Höhen. Jetzt wird ein anderer Ort in Nachbarschaft zu den Seelower Höhen gesucht. Ich bin um Rat und Unterstützung gebeten worden. Wer eine Idee hat, möge sich bitte bei mir melden.



Foto: Deutscher Bundestag

Detlef Dzembritzki (SPD).

Detlef Dzembritzki (SPD), Jahrgang 1943, vertritt seit 1998 als direkt gewählter Abgeordneter im Wahlkreis 78 die Interessen der Menschen aus dem Berliner Stadtteil Reinickendorf im Deutschen Bundestag.

Welches Buch lesen Sie gerade?

Ich lese gerade „Auf den Flügeln der Morgenröte“ von Gunther Hirschligau.

Auf den Flügeln der Morgenröte“ ist ein historischer Roman aus der Magdeburger Börde. Er beschreibt die unglückliche Liebe zwischen Daniel Heidicke und Wolburg Ahrend aus Belsdorf. Für die heutige Zeit ist es schwer nachvollziehbar, wie diese Liebe, die nachweislich keine Geschwisterliebe war, als Blutschande geahndet werden konnte und unter der Dorfbevölkerung großes Aufsehen erregte. Paul Curdes, der Schreiber, Wolfgang Kropf, der Pfarrer Ummendorf, der Burgherr Andreas von Meyendorf, der durch Fürsprache des Ortsgeistlichen diese für die damalige Zeit milde Urteil sprach, der Ampfurther Pfarrer und Hexenjäger Magister Jonas Nikolai – sie alle sind historische Persönlichkeiten und sie haben ihren Platz in diesem spannenden Roman, in dem es um verbotene Liebe, um Hexenverfolgungen und Schatzgräber in

Ummendorf am Ende des 16. Jahrhunderts geht.

Es ist ein Blick zurück zu unseren Wurzeln, zu Lebensvorstellungen in einer Umbruchzeit. Und es zeigt sich, dass es sich lohnt, in der Geschichte nach Geschichte zu graben. Denn wer erinnert sich nach Jahrhunderten an die Schicksale jener, die vor uns in unseren Dörfern und Häusern lebten? Und doch haben manche unserer Vorfahren ihre Spuren hinterlassen. So gibt es im Ummendorfer Pfarrarchiv jenes vergilbte und schwer lesbare Urkundenbuch, aus dem Gunther Hirschligau diesen schönen Roman formte. Der Autor ist Pfarrer in Ummendorf und den umliegenden Gemeinden. Ich hatte die Gelegenheit, ihn bei den jährlich stattfindenden Bibelwochen in meiner eigenen Heimatgemeinde kennen zu



Foto: Deutscher Bundestag

Jens Ackermann (FDP).

lernen. Für mich ist es immer wieder spannend zu erfahren, wie die Menschen in meiner Heimat früher gelebt haben, was sie gedacht, worüber sie gelacht, was sie für Sorgen gehabt haben. Mein Interesse richtet sich aber auch auf Ereignisse der Gegenwart und der Zukunft. Momentan lese ich die Bücher „Kampf dem Terror – Kampf dem Islam?“ von Peter Scholl-Latour und die „Mächte der Zukunft“ von Helmut Schmidt. Zeit hierfür bleibt mir meist nur auf dem Weg von und nach Berlin oder im Urlaub.

Gunther Hirschligau, Auf den Flügeln der Morgenröte, Dr. Ziethen Verlag, Oschersleben, 2000, 208 S.

Jens Ackermann, Jahrgang 1975, ist seit 2005 Mitglied der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages. Er ist über die Landesliste Sachsen-Anhalt in den Bundestag eingezogen.

Fünfzig Jahre Bundeswehr Großer Zapfenstreich fürs Parlament



Großer Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude.

Brennende Fackeln, klappernde Stiefel, ringsum Stille: Es ist eine eindrucksvolle, etwas unwirkliche Szene, die sich auf dem Platz der Republik abspielt. Im Gleichschritt marschieren Fackelträger des Wachbataillons des Bundesministeriums der Verteidigung auf das hell erleuchtete Reichstagsgebäude zu und postieren sich entlang der Freitreppe. Kein Laut ist zu hören, nur die Deutschland- und Europaflaggen flattern im Wind.

Über 4.000 geladene Gäste haben sich an diesem 26. Oktober auf den Tribünen eingefunden, die für den Großen Zapfenstreich der Bundeswehr auf dem Platz der Republik errichtet worden sind. Davor, auf einem Podest, stehen die Ehrengäste: die höchsten Repräsentanten der Verfassungsorgane, Verteidigungsminister Struck, NATO-Generalsekretär de Hoop Scheffer und der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Schneiderhan.

Unter den Klängen des „Yorckschen Marsches“ zieht das Stabsmusikkorps der Bundeswehr und das Musikkorps der Bundeswehr aus Siegburg vor den Sitz des Bundestages. Oberstleutnant Michael Matz, Kommandeur des Wachbataillons, meldet: „Großer Zapfenstreich anlässlich fünfzig Jahre Bundeswehr angetreten.“

Der Große Zapfenstreich, eine festliche Militärmusik, deren Ursprünge bis ins 16. Jahrhundert zurückreichen, ist die höchste Form der Ehrenbezeugung durch deutsche Streitkräfte. Er bildet den Höhepunkt der Feierlichkeiten zum fünfzigsten Geburtstag der Bundeswehr und findet erstmals in der Geschichte der bundesdeutschen Streitkräfte vor dem Reichstagsgebäude statt – eine Reverenz an das Parlament, das die Kontrolle über die Bundeswehr ausübt.

Parlamentsarmee

Allein der Bundestag entscheidet über Stärke, Bewaffnung und Einsätze der Armee – eine Lehre, die die Väter des Grundgesetzes aus der verhängnisvollen Geschichte Deutschlands in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gezogen haben.

Die Tradition der „Parlamentsarmee“ hatte Bundestagspräsident Norbert Lammert zuvor auf dem Jubiläumsempfang, der für Mitglieder des Bundestages, Angehörige der Bundeswehr und geladene Gäste im Paul-Löbe-Haus stattfand, bekräftigt: „Wir, der Deutsche Bundestag, wissen, dass wir uns auf diese Armee verlassen können. Und die Soldatinnen und Soldaten sollen wissen, dass sie sich auf uns verlassen können.“

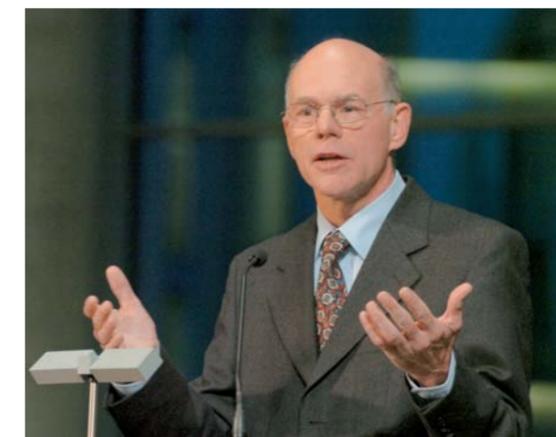
Lammert würdigte den Einsatz der Bundeswehr für Frieden und Sicherheit. Als Bündnisarmee zur Landesverteidigung gegründet, trägt sie heute bei zahlreichen Auslandseinsätzen zur Terrorbekämpfung und Friedenssicherung bei. „Die Bundeswehr ist ein Kind des Kalten Krieges gewesen. Aber dieser Kalte Krieg hätte schwerlich überwunden werden können ohne den Beitrag auch und gerade der Bundeswehr“, sagte der neue Hausherr im Bundestag.

NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer hob die Bedeutung der Bundeswehr für das Bündnis hervor. „Diese Armee ist einer der Grundpfeiler der Atlantischen Allianz“, sagte der Niederländer. Die bundesdeutschen Soldatinnen und Soldaten im Auslandseinsatz verteidigten die Werte, die wir hier alle schätzten.

Draußen, beim Großen Zapfenstreich, erweisen die Musikkorps dem Parlament ihren Respekt – mit Beethovens „Ode an die Freude“, Bachs „Air“, dem Ohrwurm „Berliner Luft“ und dem neuen, schmissigen „Marsch der Bundeswehr“. Dann folgt das traditionelle Zeremoniell: Zapfenstreichmarsch, Blärsignal und „Helm ab zum Gebet“. Mit der Nationalhymne und dem Ausmarsch der Soldaten endet die feierliche Veranstaltung.

Text: Nicole Alexander
Fotos: Deutscher Bundestag

Bundestagspräsident Norbert Lammert.





Experten Immer noch Lust auf Politik, Herr Mierscheid?



Diskret, aber immer präsent: Jakob Maria Mierscheid (rechts?) steht für glasklare Politik.

Selbstverständlich. Politik wird schließlich nie langweilig. Ich bin seit 1979 als bundesweit einziger Experte für geringelte Haubentauben und Erfinder des nach mir benannten Gesetzes über den Zusammenhang zwischen Stimmenanteil der SPD bei Bundestagswahlen und Rohstahlproduktion in den alten Bundesländern im Deutschen Bundestag. Das hat geprägt: Den Bundestag, meine ich.

Die Politik braucht gestandene Männer wie mich. Ich bin Jahrgang 1933, gelernter Schneidermeister aus dem Hunsrück, Kleintierzüchter, Turnerfreund, Gewerkschafter, Mitglied eines Männergesangsvereins und der SPD. Es ist nur gut für diese Partei, dass ich auch dieses Mal den Einzug in den Bundestag geschafft habe. Denn ich gehöre zu jenen, die immer wieder die soziale Frage auf die Tagesordnung heben. Und es ist natürlich auch gut für die geringelten Haubentauben. Durch mich werden bald alle Men-

schen in diesem Land deren Reiserouten und Flugeigenschaften kennen.

Es wurde ja immer wieder von dem einen oder der anderen behauptet, ich, der Nachfolger von Carlo Schmid im Deutschen Bundestag, sei nichts weiter als ein Phantom. Dagegen spricht erstens, dass ich Hunsrücker bin, und Hunsrücker können nur real existieren, weil es ja den Hunsrück auch in echt gibt. Zum zweiten habe ich in den vergangenen Jahrzehnten viele Spuren hinterlassen. Legendär ist noch immer mein Artikel im „Vorwärts“ mit dem Titel „Der Ausweg: Mehr Markt statt Korruption“. Und ebenso wichtig für eine saubere und ökologische Volkswirtschaft ist mein Beitrag auf dem 3. Hoehster Steinlaus-Symposium über den FCKW-Ersatzstoff R 134a.

Ich habe nach dem Wiedereinzug in den Bundestag angekündigt, mich in dieser Legislaturperiode vor allem dafür stark zu machen, dass die geringelte Haubentaube spätestens 2007

Vogel des Jahres wird. Außerdem braucht dieses Land endlich, das habe ich in einem ersten Interview mit meiner Heimatzeitung deutlich gemacht, ein Gesetz, das Männergesangsvereine unter Naturschutz stellt, da diese vom Aussterben bedroht sind.

Das werden harte Kämpfe. Aber ich bin optimistisch, dass ich, dass meine Fraktion diese Kämpfe bestehen wird.

Jakob Maria Mierscheid, Jahrgang 1933, ist mutmaßliches Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion. Der passionierte Hunsrücker geistert als Phantomabgeordneter seit über 25 Jahren durch das Parlament. Er gilt als einer der kreativsten Volksvertreter überhaupt. Gerüchte über einen Fraktionswechsel Mierscheids wurden bislang dementiert.

Aufgezeichnet von Kathrin Gerlof
Foto: studio kohlmeier

LESER BRIEF

Wahl 2005

Das Wahlsonderheft war informativ und gut gemacht. Leider fehlt der Aspekt der Finanzierung des Wahlkampfes völlig. Die Parteien und Politiker reden häufig von Einsparungen, Subventionsabbau etc., dabei sind die Wahlkämpfe mit ihren oft fraglichen Methoden steuerlich voll subventioniert. Gerade bei vorgezogenen Wahlen mit relativ kurzem Wahlkampf wie auch beim Europawahlkampf, bei dem die Parteien sehr sparsam waren, machen sie doch vermutlich Geld gut, das im allgemeinen Parteiapparat aufgeht.

G. Günther aus Tübingen per E-Mail

Impressum

Herausgeber: Deutscher Bundestag

Chefredaktion: Stefan Thomas
(Leiter Referat Öffentlichkeitsarbeit)

Redaktion: Horst Willi Schors,
Klemens Vogel
bei MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Telefon: (030) 650 00-220,
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

Koordination: Michael Reinold
(Referat Öffentlichkeitsarbeit)
Telefon: (030) 227-378 68
Fax: (030) 227-365 06
E-Mail: michael.reinold@bundestag.de

Beauftragte Agentur:
MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Geschäftsführung: Dipl.-Kfm. Harald Zulauf

Art Direction: Hans-Dieter Großjohann,
Daniel Kirschner

Online-Produktion: Jan Scharein

Produktion: Thomas Ahlrichs, Lara Bentsen

Lektorat: Katleen Krause

Abonnement und Vertrieb:

Robert Martin
Fax: (030) 65 000-190
E-Mail: r.martin@media-consulta.com

Druck: Jungfer Druckerei und Verlag GmbH,
Herzberg am Harz

Redaktionsschluss: 22. November 2005

Die Texte aus Blickpunkt Bundestag gibt es auch im Internet: www.blickpunkt-bundestag.de

Ein Nachdruck der Texte mit Quellenangabe kann kostenlos vorgenommen werden, jedoch wird um Zusendung eines Belegexemplars gebeten. Die Beiträge in den Rubriken Essay und Forum geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Fotos und Grafiken:

Deutscher Bundestag: S. 4-7, 12, 19, 21 (unten), 22, 23 (oben links, unten), 24-30, 33, 36, 45, 46 (unten), 47, 48 (unten), 49 (unten), 53-55;
Karl-Heinz Döring (Grafiken): 21, 22, 23, 24, 25, 38;
Mecom/Poklekowski: S. 3 (unten); Patzelt: 31;
Picture-Alliance: S. 3 (oben), 8 (unten), 18, 34, 35 (unten), 37, 46 (oben); Photothek: S. 5 (unten links), 8 (oben), 50-52; studio kohlmeier: Titelfoto, S.1, 2, 9-11, 13-17, 20, 21 (oben), 23 (oben rechts), 32, 35 (oben), 39-43, 44, 48 (oben), 49 (oben), 56

Anschrift für die Post unserer Leser:

BLICKPUNKT BUNDESTAG
c/o MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Wassergasse 3, 10179 Berlin
Fax: (030) 650 00-190
E-Mail: blickpunkt@media-consulta.com

© Deutscher Bundestag, Berlin 2005
Alle Rechte vorbehalten.

Diese Publikation wird vom Deutschen Bundestag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlwerbenden – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Bestellcoupon

Ich möchte über den Deutschen Bundestag aus erster Hand informiert werden.

Abo: Ich bestelle den BLICKPUNKT BUNDESTAG zum Preis von 16 Euro für acht Ausgaben pro Jahr. Mein Abonnement gilt für ein Jahr und verlängert sich um ein weiteres, wenn ich nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf schriftlich kündige.

Bitte ausschneiden und senden an:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH
Blickpunkt-Abo
Wassergasse 3
10179 Berlin

Ort, Datum

Unterschrift

Diesen Auftrag kann ich innerhalb einer Woche mit einer schriftlichen Mitteilung widerrufen. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

Lieferanschrift:

Herr/Frau/Institution

Ansprechpartner

Straße, Hausnummer/Postfach

Ich zahle per Rechnung Lastschrift

Bankverbindung

Kontonummer

Bankleitzahl

Geldinstitut/Ort

Hiermit ermächtige ich Sie zum Bankeinzug des Abonnementpreises.

Datum/Unterschrift